

# Leipziger Volk

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Umtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großschwabedörfchen bestimme Blatt

Besuchspreis mit illustriert. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2,- für Selbstabholer 1.00 M. — Durch die Post bezogen 2,- M. ohne Belegergeld. Telefon Sammelnummer 72208.  
Poststellekonto: Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 72208. — Verlag in Leipzig.  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72208

Insolvenzpreise: Die 10 G. g. Kolonialzelle 35 Pg., bei Platzvorsicht 40 Pg.  
Stellenangebote 10 g. Kolonialzelle 25 Pg. Familiennachrichten von Privaten  
die 10 g. Kolonialzelle mit 50% Nachlass. Nellamezzelle 2 M. Insolvenz v. ausw.:  
die 10 g. Kolonialzelle 40 Pg. bei Platzvorsicht 50 Pg., Nellamezzelle 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Ausgeber, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Weg mit Bürgerblock  
und Hakenkreuz!  
Wählt Sozialdemokraten

Unter dem Zeichen der kommunistischen Liste 4

## Vielleicht ist er schon morgen eine Leiche...

Auf Befehl der KPD-Zentrale ermordet?

### Material zum Fall Leutner

Von Adolf Meineberg.

Der Verfasser dieses Ausschusses gehört zu den Freunden des ermordeten Kommunisten Fridolin Leutner.

#### Die Redaktion.

Die Gerüchte über die Ermordung Fridolin Leutners waren nicht neu. Sie tauchten leineswegs zuerst, wie die KPD-Zeitungen behaupten, in der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse auf. Sie waren eigentlich schon vor dem gewaltsamen Tode Leutners da. Es steht fest, dass ein deutscher Kommunist der Witwe Leutner nach dem Tode nach der überstürzten Abreise ihres Mannes nach Russland lagte:

#### „Ihr Mann wird nicht zurückkommen!“

Auch über die Rolle der Tschechoslowakische Organisation der deutschen Emigranten in Moskau bestanden nie Zweifel; sie wurde sofort zu einem interessanten Thema in den eingeweihten Kreisen der „Kommunistischen Internationale“. So sehr, dass seit 1923 auf der ganzen Welt jeder Kommunist, der in Widerpruch zur „Komintern“ geraten war und nach Moskau gerufen oder geschickt wurde, beim Abschied von seinen Freunden den Schatten Leutners über sich fühlte.

Leutner gehörte zur jungen deutschen, zur Schuhengrabengeneration. Seine sozialistische Bildung erwarb er in den Jugendzirkeln der vorläufigen Sozialdemokratie.

Schon 1919 erbrachten Kommunisten seine Wohnung und suchten nach belastendem Material. Sie fanden nichts und gaben trotzdem ihre Überwachungen nicht auf. In der ganzen Größe seiner Überzeugung verzichtete er großmütig den Wachs- und Nachschlüssel-Männern, die ihn ja doch nur, wie er meinte, um seiner fabelhaften Qualitäten willen benutzten und so gar nicht begreifen wussten, weshalb ihm kein „Verlustunfall“, eine Verhaftung oder anderes passierte.

Von den an der Wasserfront aktiven Nationalbolschewisten trennte ihn der Belagerungszustand. Was er aus den beschränkten Parteidiskussionen von den Hamburgern hörte, bestrieb ihn nicht. Der Kampf zwischen dem Spartakusbund und der aufkommenden „Kommunistischen Arbeiterpartei“ machte ihn passiv.

Das trat am klarsten in die Erneuerung anschließender Entwaffnung der Freikorps durch die rheinisch-westfälische Arbeiterschaft 1920. Erst spät beteiligte er sich an den Arbeiten des Zentralrats, wurde zum lebhaften Anhänger des „Bielefelder Abkommen“ — was ihn erneut verdächtigte — und schließlich beim Reichswehrmarsch nach Berlin. Eine Festnahme und fürgere Haft in der Reichshauptstadt konnte ihn nicht mehr „deden“!

Das Gefängnis hatte ihn in seiner Aussöhnung gefestigt. Mit dem Kapp-Putsch war für ihn der Höhepunkt der deutschen proletarischen Revolution übertritten. Er hoffte als alter Sozialdemokrat nichts mehr, als das „Revolution machen, um der Revolution willen“. Der „primitive bolschewistische Revolutionismus“ musste liquidiert und eine starke, legale, kommunistische Partei geschaffen werden. Das brachte ihm neue, erbitterte Feinde unter den ungeduldigen, verspätet-kämpfenden Elementen der Partei.

Die Hoffnungen, die die Komintern in die Verschmelzung der USPD mit dem Spartakusbund setzte, teilte Leutner nicht. Auf keinen Fall konnten der verlorene Revolution künstlich neue Kräfte eingepumpt werden. Das ZK der „KPD“ verweigerte seine Uebernahme in den Angestelltenapparat der neuen Partei. Als ihn trotz des zentralen Verdritts die Kommunisten des Ruhrgebietes halten wollten, entspann sich folgendes Gespräch zwischen einem nach Berlin gerufenen westfälischen Parteiführer und dem jährligen Reichstagsabgeordneten Wilhelm Pieck:

„Von Leutner fallen. Er ist konträrgeuell und Spiegel! Man muss ihn besiegen!“

Auf die bestimmte Erklärung des Westfalen, von all dem sei im Ruhrgebiet nichts, aber rein gar nichts bekannt, forderte Pieck die Beseitigung Leutners im Interesse der westdeutschen Parteileitung unter der Führung des Reichstagsabgeordneten W. Stöcker.

Als einzige Antwort auf das Ansinnen der Zentrale wurde Leutner von den westfälischen Kommunisten ostentativ zu ihrem Propagandisten gewählt!

#### Der Parteibefehl

Von dem Tage ab war der Teufel im Ruhrgebiet losgelassen. Gegen Leutner und seine Freunde, die „alte revolutionäre Garde“, wurde die Front der neuen Kommunisten organisiert, die an den revolutionären Kämpfen der Vergangenheit nicht beteiligt gewesen waren. Um dem immer gefährlichen Einfluss der „Traditionellen“ zu entgehen, wurden in wenigen Wochen die verlorenen Kämpfe als „Klassenverrat“ diskreditiert. Die geschickliche, spontane Abwehraktion der rheinisch-westfälischen Arbeiter gegen den Kapp-Putsch ging unter in eine wütende Hege gegen das „Bielefelder Abkommen“.

Mittlerweile hatte sich die Situation in der Partei bedeutend verschärft. Die Fraktion der „Ultra-Linke“ organisierte die rheinisch-westfälischen Ungehorsamströmungen breiter Arbeitergruppen gegen den offiziellen Brandt-Kurs, der sich der geschicklichen Vernunft nicht zu widersehen schien. Die ultralinken Führer: Maslow, Fischer, König, Schütt usw. setzten zuerst entscheidend im Ruhrgebiet an. Ihre verlogenen Siegesversprechen mussten ihnen die Parteiführung bringen!

Die großen Mittel, die zu diesem Fraktionenkampf notwendig waren, erstanden die „Ultras“ in bedeutslichen Streitigkeiten. Einzelne Parteisekretariate verwandelten sich rasch in

Bermittlungs- und Sammelstellen für „Sachwerte“: Kupfer, Messing, Roteburg usw. usw. Die Illusion machte selbst das verloseste Metall zu „Gold“. Der „Zerschlag des Kapitalismus“ wurde zum Zerschlag der KPD.

Zuletzt organisierten die „Traditionellen“ den Gegenstand. Leutner sollte von Duisburg, wohin er gerade verschoben war, und ich von Dortmund vorstoßen. Die „Neutralität“ der Brandt-Zentrale war gesichert.

Der Plan wurde verraten, und ich wurde überraschend ausgeschlossen. Leutner wiss. dem Entscheidungskampfe nicht mehr aus, er konzentrierte ihn auf meine Wiederaufnahme. Vielen Ortsgruppen des Ruhrgebietes stellten sich hinter unsere Bewegung. Die Partei stand vor der Spaltung!

In dieser Zeit — im Osten des Ruhrgebietes hatten sich bereits 15 bis 20 Ortsgruppen offen von der Partei gelöst! — erreichte Leutner der

#### Parteibefehl zur Reise nach Russland!

Seine Freunde wüteten, als er ohne Rücksprache mit ihnen abgereist war und befürchteten sofort die eingetretene Katastrophe. Ihre Ahnungen wurden verschärft, als der wenige Tage später tagende Leipziger Parteitag Leutner, der angeblich zur Berichterstattung über die Finanzlage der Partei nach Russland gerufen war, nicht wieder zum Mitglied der zentralen „Revisionskommission“ wählte, eine Eigenschaft, in der er ja doch gerade nach Moskau geschickt war!

#### Leutner in Russland

Er überschritt die russische Grenze. Zwischen durch machte ihn die „Besondere Autos, Tanks- und Panzermaschinen-Brigade“ theatralisch zum Ehrenmitglied der „Roten Arbeiter- und Bauernarmee“. In Briefen und auf Postkarten an seine deutschen Freunde äußert er sich überzeugend. Sie enthalten Bemerkungen, die ihn über alle Zweifel erhaben machen; und doch drückt er Besorgnis aus hinsichtlich seiner immer wieder „verzögerten“ Abreise nach Deutschland. Einmal sogar erschien er mit seinem Reisegepäck Günther-Berlin am Zuge; jedoch konnte er nicht mit abreisen, weil angeblich nur noch ein Reiseplatz frei sei. Günther fuhr ab, und Leutner blieb allein im weiten Russland zurück!

Am 28. Februar 1923, am Tage vor der erneut festgesetzten Abreise Leutners nach Deutschland, erschien im Sowjet-Hotel „Luz“ der jährlige deutsche Reichstagsabgeordnete Edwin Hörsch mit einem unbekannten Russen und bat Leutner, er möge für ihn in einer Fabrikveranstaltung sprechen, da er selber verhindert sei. In einer Stunde kamen zwei Leute, die ihn zu der Versammlung bringen sollten.

Auf dem Wege zu dieser Versammlung wurde Leutner erschlagen!

Zu der von Edwin Hörsch angegebenen Zeit tauchten im Hotel „Luz“ die zwei von Hörsch ausgesetzten Leute auf. Es musste festgestellt werden, dass das Sowjet-Hotel „Luz“ nicht ohne Ausweis der Tscheka zu betreten war.

Aus diesem Grunde schon müssen die Namen der beiden



Die Totenmaske des ermordeten Kommunisten Leutner

"Unbekannten", die Leutner abholten, der Tscha bekann sei! Ihre Namen sind jedoch bisher noch nicht genannt worden! Leutner, der sich kurz vorher bei der Teezubereitung die Hand verbrannt hatte, verließ das Hotel "Lux" und ging mit den beiden Unbekannten davon. Nach langem Marsch mußte er, wie ermittelt ist,

austreten und erhielt in diesem Augenblick von einem seiner Begleiter mit einem schweren Gegenstand einen Schlag auf den Kopf. Er verlor vorübergehend die Besinnung. Seine Begleiter verließen ihn.

Nach einer Resart soll er später von einem "Militärtanten" aufgefunden und als "unbekannt" in einem Krankenhaus abgeliefert worden sein. Nach seiner eigenen Darstellung will er die Besinnung zurückgewonnen und sich selbst an einen "Militärtanten" gewandt haben. Im Krankenhaus, erzählte Leutner, zu dem

niemals außer der Frau des jüngsten Reichstagsabgeordneten Hörnle

Zutritt bekam — man hat anderen Personen, die Leutner ergeben waren, den Besuch verweigert! —, es sei ihm gewesen, als wenn hinter ihm etwas explodiert sei. Dann sei er kurze Zeit besinnungslos gewesen!

Am 2. März 1923 starb Leutner nach einer verunglückten Operation, die Oßig, der Sohn Clara Zetkins, vornahm. Er hatte angeblich sofort das Augenlicht verloren, eine Behauptung, die den jüngsten Reichstagsabgeordneten W. Bied zu der Bemerkung an die Witwe Leutners veranlaßte, es sei besser,

doh ihr Mann gestorben sei!

## Was aber geschah in Deutschland?

In den ersten Meldungen des ZK der KPD über den Tod Leutners wird nur von einem "bedauerlichen Unglücksfall" geredet. Erst als der "Ost-Express" aus Moskau berichtete, Leutner sei einem "Raubüberfall" zum Opfer gefallen, änderte auch das ZK seinen Kurs und spricht von einem "feigen Mord". Und doch soll die erste, auf "bedauerlichen Unglücksfall" lautende Meldung

telegraphisch von der Exekutive gegeben sein! Verdächtig und überschwänglich klingen die Nachrufe, die dem toten Leutner gewidmet sind.

Auf die sofortigen öffentlich erhobenen Beschuldigungen seiner Freunde, Leutner sei aus "partei-politischen" Gründen erschlagen worden, kam die erste, Leutner verächtlich machende Bedeutung, eine bewußte Verbrennung des Tatbestandes. Leutner sei, behauptete der spätere Reichstagsabgeordnete Artur König, ein Opfer seines bekannten sozialistischen Forschungsdranges geworden. Auf einem nächtlichen Streifzug durch die Verbrecher- und Dirmen-Welt Moskaus habe man ihn aus dunklen Gründen ermordet!

Als diese zynische Version das Ansehen der Sowjets zu schmälern drohte, und zur Massenflucht aus der Partei führte, kam eine neue Version, die den Düsseldorfer Kommunisten und Freund Leutners, E. Oehl, auf den Weg der Entdeckung stieß. Es wurde von namhaften Kommunisten nicht einmal, sondern oft ausgesprochen,

Leutner sei eine Parteigefahr, eine Gefahr für die dritte Internationale, er sei der "Spiegelei" gegen die Partei überführt gewesen und deshalb bestmöglich worden!

## Der geheimnisvolle Brief

Ein Moment erscheint erdrückend. In der angeblich geraubten Briefstube Leutners befand sich ein Brief, der zur Umgehung der deutschen Zensur von Leutner nach Deutschland geschmuggelt werden sollte. In dem Brief waren Mitteilungen parteiinterner Natur der Schwägerin eines deutschen Reichstagsabgeordneten in Leipzig lebenden Bruder enthalten.

Die Briefstube, in der sich der Brief befand, wurde Leutner "geraubt". Und trotzdem kam der Brief in die Hände des deutschen Adressaten, und zwar mit einer deutschen Freimarke frankiert und mit dem Poststempel Berlin versehen!

Der Briefempfänger war nicht schlecht "verwundert" und schickte den Brief — vielleicht in der Absicht, zur Aufklärung des Mordes beizutragen! — an seine Schwester nach Moskau zurück. Man darf nicht erstaunt sein darüber, daß dieser geheimnisvolle Vorgang das Hotel "Lux" vollends auf den Kopf stellte!

Welches Interesse — die Frage liegt doch sehr nah — hatten die "Banditen", die Leutner nur um "krimineller" Dinge willigen erschlugen, an der Abwendung des internen Parteidokus? Und wie haben sie es abgedankt? Welche Verbindungen bestanden zwischen ihnen und den Stellen, die den Brief in Berlin zur Post gaben? Das sind Fragen, die jeden objektiven Kriminellen beweglich machen dürften!

## Das Bekenntnis Sindermanns Vorteile bestätigen sein faschistisches Bündnisangebot

SPD Chemnitz, 10. September.

Die Chemnitzer Rede des kommunistischen Abgeordneten des Sächsischen Landtags Sindermann, in der er ein "Bekenntnis zu einem nationalsozialistisch-kommunistischen Bündnis" ablegte, hat in den Kreisen der kommunistischen Parteimitgliedschaft wie eine Bombe eingeschlagen. Unter dem Druck der Veröffentlichungen in der sozialdemokratischen Presse ist Sindermann gezwungen worden, eine Erklärung abzugeben, in der er — nach altbekannter kommunistischer Methode — die Sozialdemokratie der Lüge bezichtigte. Dieses Ablenkungsmanöver hat indessen für die kommunistischen Heiter die gegenteilige Wirkung erzielt: die sozialdemokratischen "Chemnitzer Volksstimme" haben sich eine Anzahl von Zeugen zur Verfügung gestellt, die die nationalsozialistischen Ausführungen Sindermanns bestätigen. Sie haben die "Chemnitzer Volksstimme" um Aufnahme einer Erklärung gebeten, in der es heißt:

„Die Unterzeichneten erklären hierdurch vor der gesamten Öffentlichkeit, daß die Aussführungen des kommunistischen Landtagsabgeordneten Sindermann, die in der „Volksstimme“ vom 5. September zitiert wurden, mit der Rede Sindermanns übereinstimmen. Im „Kämpfer“ (dem Chemnitzer Kommunistenorgan) hat der Abgeordnete Sindermann eine Erklärung veröffentlicht, in der die Ausschreibungen der Volksstimme als „Lügen“ bezeichnet werden. Diese Erklärung ändert aber nichts an der Tatsache, daß Sindermann ein öffentliches Bekenntnis zum Faschismus abgelegt hat. Daher Sindermann sich der Bedeutung seiner Ausschreibungen bewußt war, ergibt sich klar und klar daraus, daß er außerdem noch erklärt hat: „Ich sage da bewußt, und wenn morgen die „Chemnitzer Volksstimme“ meine Ausschreibungen noch so groß (entsprechende Handbewegung) bringt!“ Die Erklärung ist von 8 Zeugen unterschrieben, 2 davon sind parteilos.

## Brünning darf nicht reden

SPD Köln, 10. September.

Als in einem großen Kölner Kino-Theater ein Tonfilm mit einer fünfminütigen Szene des Reichskanzlers Brünning angestrahlt wurde und der Reichskanzler auf der Leinwand erschien, um die zahlreich erschienenen Zuschauer für seine Notverordnung zu begeistern, brach ein Sturm der Entrüstung aus, so daß über die ersten Säle Brünning hinaus nichts zu hören war. Die Leitung des Theaters ließ den Film nach den Missfallsfunktionen sofort abbrechen. Und das in der Hohburg des Zentrums, in Köln!

# Neuer Gewaltstreich Pilsudski

## Weitere Verhaftungen — Protestkundgebungen

SPD Warschau, 11. September.

Die Verhaftung der Oppositioñsführer hat in den Kreisen aller linksgesinnten Elemente eine außerordentliche Erregung hervorgerufen, die am Mittwochabend zu Demonstrationen vor dem Innenministerium und anderen Regierungsbauten führte. Schmährede gegen die Regierung waren an der Tagesordnung. Wo sich auch nur Menschenmassen zeigten, griff die Polizei ein und nahm Verhaftungen vor. Ähnlich wie in der Landeshauptstadt ist die Situation in der Provinz. Auch dort wurden am Mittwochabend zahlreiche Protestversammlungen gegen die Verhaftung der Oppositioñsführer veranstaltet. Auch dabei griff die Polizei ein und verhaftete auf höheren Befehl, was ihr in die Finger kam.

Insgesamt sind bisher 18 oppositionelle Abgeordnete verhaftet worden. Sie wurden in der Mehrzahl in der Nacht zum Mittwoch zwischen 2 und 3 Uhr aus den Betten heraus festgenommen. Die Haftbefehle sind, wie die Oppositioñspresse meldet, nicht etwa von der Staatsanwaltschaft, sondern entgegen den geleglichen Bestimmungen von dem Innenminister unterschrieben. Nach der polnischen Verfassung können Haussuchungen oder Verhaftungen nur auf Anordnung der ordentlichen Gerichte und auch dann nur vorgenommen werden, wenn die Befürchtung der Verdunkelung eines begangenen Verbrechens vorliegt.

Alle Verhafteten wurden von Gendarmen bei Nacht in Autos nach einer entlegenen Festung gebracht, deren Name geheim gehalten wird. Wahrscheinlich ist es Brest-Litowsk oder die Weichselfestung Demblin. Die Warschauer Anwaltskammer hat gegen die Verhaftung ihres Mitgliedes Liebermann sofort protestiert. Er sei als parlamentarischer Ankläger vor dem Staatsgerichtshof auch nach der Parlamentsauflösung rechtmäßig unantastbar. Gleichzeitig haben alle demokratischen Oppositionsparteien am Mittwoch einen gemeinsamen Aufruf zur Rettung des bedrohten Rechtes und der Freiheit erlassen. Keine Gewaltmaßnahmen könne ihren Willen brechen. Die Diktatur-Regierung Pilsudski habe das Land so zerstört, daß für fremde Imperialisten geradezu ein Anreiz zum Eingreifen geschaffen sei. Die Opposition verlangt demgegenüber Rückkehr zur Demokratie, verstärkte Sozialpolitik und friedliche Außenpolitik zur Sicherung der Landesgrenzen.

Die Oppositioñspresse ist am Mittwoch in Massen beschlagen worden.

## Generalstreik beschlossen?

SPD Warschau, 11. September.

In Tarnow, dem Wohnort des verhafteten Oppositioñsführers Ciosko, drang eine große Menschenmenge in die Stadt und zerstörte die Einrichtungen gegenständen und zahlreiche Fensterscheiben. Die Polizei eröffnete das Feuer. Zehn Personen wurden schwer verletzt.

Wie verlautet, hat am Mittwochabend in Warschau eine Versammlung der Berufsverbände stattgefunden, in der beschlossen wurde, zum Protest gegen die Verhaftungen in den nächsten Tagen den Generalstreik zu erklären.

## Für eine Aktion der Internationale

SPD Berlin, 11. September.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat am Mittwoch an das Büro der Sozialistischen Arbeiterinternationale in Zürich folgenden Brief gerichtet:

Werte Genossen! Die auf Befehl der Regierung Pilsudski vorgenommene Verhaftung von Parlamentariern aus den Reihen der Oppositionsparteien Polens, insbesondere von führenden Ge-

nossen der PPS, ist ein Ereignis von so weittragender Bedeutung, daß eine unvergängliche und keastvolle Aktion der Internationale gegen diese faschistische Gewalttat unerlässlich erscheint.

Die gegenwärtige polnische Minderheitsregierung hat damit bewiesen, daß sie die Bahnen der verfassungsmäßigen Legalität, die sie bisher wenigstens dem Schein nach noch zu respektieren vorgab, endgültig verlassen hat. Marshall Pilsudski steuert nunmehr einen bewußt faschistischen Kurs. Der Terror, der bereits bei den letzten Sejmawahlen von der Regierung freilich ohne Erfolg angewendet worden war, wird bei den jüngsten Neuwahlen in unerhöhtem Maße gesteigert, weil die militärischen Machthaber erkannt haben, daß sie bei einer wirklichen Volksbefragung in einer hoffnungslosen Minderheit verbleiben würden.

Die Internationale hat zweifellos die Pflicht,

die Oeffentlichkeit der ganzen Welt zum Protest gegen diese neueste Untat der Regierung Pilsudski aufzurufen,

die alle bisherigen Drangsalierungen der sozialistischen und nicht-sozialistischen Opposition in Polen weit in den Schatten stellt. Unsere Anregung geht dahin, daß das Büro der Internationale sich sofort mit den angelassenen Parteien in Verbindung setzt und ihnen empfiehlt alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um diesen Wahnsinn Einhalt zu gebieten und zunächst vor allem die vorgenommenen Verhaftungen wieder rückgängig zu machen. Überall, wo dies möglich ist und wo eine solche Aktion einen Erfolg verspricht, vor allem in den Ländern der westlichen Demokratien, deren Regierungen einen Druck auf Polen auszuüben in der Lage sind, sollten u. E. von den Vorständen der politischen Parteien und Parlamentsfraktionen entsprechende Schritte unternommen werden.

Es handelt sich nicht nur um eine innerpolitische Angelegenheit Polens, um ein Übergreifen der faschistischen Diktatur auf die polnische Republik, sondern auch um

eine eminente Gefahr für den europäischen Frieden. Diktaturen bedeuten, weil sie alle in ihrem Wesen militäristisch sind und dem Prinzip der Gewalt huldigen, eine schwere Belastung für das friedliche Zusammenleben der Völker. Die Polnische Sozialistische Partei bot bisher die stärkste Gewähr für die Aufrechterhaltung des Friedens mit den Nachbarn Polens. Sie trat am energischsten für die Respektierung der Rechte der nationalen Minderheiten ein, die über ein Drittel der Gesamtbevölkerung Polens bilden. Ihre Vernichtung, die Pilsudski jetzt mit ähnlichen Methoden wie Mussolini erträgt, würde den nationalistischen und militaristischen Elementen freie Bahn verschaffen.

Wir haben uns beeilt, durch diesen Schritt unseren polnischen Genossen, mit denen wir bisher noch keine Fühlung aufnehmen konnten, öffentlich unsere Solidarität zu bekunden

# Rosenfeld spricht

## Freitag, den 12. September, im Neustädter Gathhof

## Das Bankkonto Scheidemanns

SPD Philipp Scheidemann, der seit drei Wochen in seinem Wahlkreis weilt, teilt uns mit:

Drei Tage vor der Wahl macht die "Rote Fahne" eine furchtbare Enthüllung, nämlich die, daß ich bei einem Berliner Bankhaus ein privates Konto von 100 000 Mark hätte. Das sei der Blusold für gemordete und verratene Proleten. Das genannte Blatt wirft die Frage auf, wieviel ich noch bei anderen Banken liegen hätte, wieviel in das Ausland verschoben sei und wieviel Steuern ich zahle. Weiter hat die "Rote Fahne" mir vorläufig nichts vorzuwerfen.

Das ins Ausland verschobene Geld kann die "Rote Fahne" sich mit den Nationalsozialisten teilen, ich schenke es Ihnen hiermit feierlich. Was ich an Steuern zahle, mag die "Rote Fahne" bei dem zuständigen Finanzamt erfragen. Die bei Reit, Simon & Co. von der "Roten Fahne" entdeckten Papiere bin ich bereit, der "Roten Fahne" sofort für 100 000 Mark abzugeben; ein solches Geschäft mit Herrn Münzenberg zu machen, bin ich jederzeit bereit.

Das in der Presse veröffentlichte Dokument ist eine Lüge, die die "Rote Fahne" ausgeschüttet hat.

Die "Rote Fahne" hat mich in ihrer Ausgabe vom 5. September zitiert, in der sie die Ausschreibungen des internen Parteidokus bestätigt hat.

Die "Rote Fahne" hat mich in ihrer Ausgabe vom 5. September zitiert, in der sie die Ausschreibungen des internen Parteidokus bestätigt hat.

Die "Rote Fahne" hat mich in ihrer Ausgabe vom 5. September zitiert, in der sie die Ausschreibungen des internen Parteidokus bestätigt hat.

Die "Rote Fahne" hat mich in ihrer Ausgabe vom 5. September zitiert, in der sie die Ausschreibungen des internen Parteidokus bestätigt hat.

Die "Rote Fahne" hat mich in ihrer Ausgabe vom 5. September zitiert, in der sie die Ausschreibungen des internen Parteidokus bestätigt hat.

Die "Rote Fahne" hat mich in ihrer Ausgabe vom 5. September zitiert, in der sie die Ausschreibungen des internen Parteidokus bestätigt hat.

Die "Rote Fahne" hat mich in ihrer Ausgabe vom 5. September zitiert, in der sie die Ausschreibungen des internen Parteidokus bestätigt hat.

Die "Rote Fahne" hat mich in ihrer Ausgabe vom 5. September zitiert, in der sie die Ausschreibungen des internen Parteidokus bestätigt hat.

Die "Rote Fahne" hat mich in ihrer Ausgabe vom 5. September zitiert, in der sie die Ausschreibungen des internen Parteidokus bestätigt hat.

Die "Rote Fahne" hat mich in ihrer Ausgabe vom 5. September zitiert, in der sie die Ausschreibungen des internen Parteidokus bestätigt hat.

Die "Rote Fahne" hat mich in ihrer Ausgabe vom 5. September zitiert, in der sie die Ausschreibungen des internen Parteidokus bestätigt hat.

## Bredt gegen den Mieterstschuß

### Die Hauszinssteuer ist nur ein Mißverständnis

SPD Berlin, 10. September.

Rechtsjustizminister Dr. Bredt hat in einer Unterredung mit dem Chefredakteur A. Kritsch vom "Grundelgentum" Erklärungen über die künftige Wohnungspolitik und die Realsteuerpolitik abgegeben, die für die Oeffentlichkeit von Interess sind.

Nach Ansicht des Ministers ist der Zeitpunkt nahegerückt, in dem wir die Zwangswirtschaft aufheben können, natürlich mit gewissen Übergangsvoorschriften für die kleinen Wohnungen. Ob diese Forderung schon durchzusetzen sei, hänge natürlich ab von der Zusammenarbeit der Regierung und der Reichsregierung. Wenn es nicht möglich sei, schon die Aufhebung der Zwangswirtschaft — mit den notwendigen Übergangsbestimmungen — durchzusetzen, so müsse zumindest eine erhebliche Lockerung der Zwangswirtschaft durchgeführt werden, wie der Minister, se vor der Auflösung des Reichstags bereits in Arbeit genommen hätte. Wir müßten tunlich schnell dahin kommen, die freie Bautätigkeit wieder in Fluss zu bringen, da eine dauernde Lösung der Wohnungfrage nur auf diesem Wege möglich sei. Zur Frage der Hauszinssteuer führt Dr. Bredt aus: Die Hauszinssteuer ist im Grunde nur ein Mißverständnis in der ganzen Steuergesetzgebung.

Nach dem Auswertungsschlusshesetzung muß selbstverständlich eine Herabsetzung der Hauszinssteuer vorgenommen werden, dies ergibt sich klar aus der Gesetzgebung. Eine Erhöhung der gesetzlichen Miete für solche Zwecke ist untragbar. Die Hauszinssteuer ist im Grunde nur eine Enteignung gewesen, weil sie einen großen Teil des Haushaltstrages und damit des Hauswertes wagnimmt. Die Steuer muß daher vom Standpunkt des Privateigentums aus grundsätzlich bekämpft werden.

## Böllerbund-Vollversammlung

SPD Genf, 10. September.

Die Vollversammlung des Böllerbundes, die am Mittwoch in Anwesenheit von Vertretern von 51 Staaten eröffnet wurde, wählte den früheren rumänischen Außenminister und jüngsten rumänischen Botschafter in London Titulescu mit 46 gegen 50 Stimmen zum Präsidenten der diesjährigen Versammlung.

In der Nachmittagssitzung wurde die Konstituierung der Versammlung fortgesetzt. Bei der Wahl der Kommissionen erhielt Reichsaußenminister Dr. Curtius als Vizepräsident die dritthöchste Stimmenzahl. Auf deutscher Seite deutet man das als ein Zeichen dafür, daß eine Abstimmung gegen Deutschland im Ausland nicht vorhanden sei. Am Donnerstagvormittag wird Irland, am Nachmittag der englische Außenminister Henderson über den Europaplan sprechen.

## Auf zum letzten Stoß!

### Wer will da fern bleiben?

SPD Chemnitz, 10. September.

Als in einem großen Kölner Kino-Theater ein Tonfilm mit einer fünfminütigen Szene des Reichskanzlers Brünning angestrahlt wurde und der Reichskanzler auf der Leinwand erschien, um die zahlreich erschienenen Zuschauer für seine Notverordnung zu begeistern, brach

## Typus: Michel-Harms

"Reichstreu im Sinne der Finanzhöheit ist nämlich, so märchenhaft das manchen politischen Kindern klingen mag, vor allem die Sozialdemokratie. Dass sie zur Abwehr der Gefahren, die dem Reichsbaumeister drohen, unentbehrlich geworden ist, darin erblicken gewisse Angstmeier leider — die größte Gefahr."

Paul Harms, Berliner Tageblatt vom 29. März 1918.

Das „größte Blatt Mitteldeutschlands“ hat schweigend den Vorwurf hingenommen, dass es „den Höhepunkt politischer Charakterlosigkeit“ erkennen hat. Das ist nicht nur das Urteil ihrer politischen Gegenführer. Wir stellen nochmals vor der Offenheitlichkeit des gesamten Mitteldeutschland fest, dass dieses härteste aller Urteile gefällt worden ist von den eigenen Klassengenossen der Hesfurth u. Co., von honorigen Vertretern des Leipziger Bürgertums. Die Leipziger Neuesten Nachrichten haben den Vorwurf der „politischen Charakterlosigkeit“ hingenommen, ohne auch nur den Mut aufzubringen, ein Sterbenswörlein zu erwähnen. Jetzt aber empört sich Paul Harms, der Wandlungsfähige, und bezeichnet es als „Schimpferei“, weil wir auch ihm, den einstigen Leitartillerist der Demopresse, die heuchlerische Maske vom Gesicht gerissen haben.

Im Jahre 1913 höhnte er über die „Angstmeier“, deren Ante bereits bei der Nennung des Namens „Sozialdemokratie“ schlitterten. Heute steht Paul Harms an der Spitze der Angstmeierfront und keine Lüge, keine Verleumdung ist ihm niedrig, schlecht genug, um die Angst vor den gehakten Roten, um seinen Hasskomplex gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft abzulegieren.

Seine „Charakterlosigkeit“ erklärt er mit der „Charakterlosigkeit des Berliner Tageblattes“. Man möge zum dem Kreise um Theodor Wolff stehen, wie man auch will. Zwischen dem Berliner Tageblatt und den Leipziger Neuesten Nachrichten, an deren Spitze heute Paul Harms die Feder führt, ist eine Kluft, die unüberbrückbar ist. Den „Höhepunkt politischer Charakterlosigkeit“ hat das Mosseblatt selbst in den schlimmsten Zeiten der Kriegstreiber nicht zu erreichen vermocht, den jetzt die Leipziger Neuesten Nachrichten unbestritten halten.

Paul Harms röhmt sich, dass er „in allem Wandel der Dinge und Menschen“ nicht stehengeblieben sei, „von dem nur menschliche Versteinerungen unberührt“ bleiben. Versteiner kann nur, wer am Ende der Entwicklung ist. Der heutige Paul Harms aber hat sich, gemessen an seinen eigenen Neuerungen aus der Vorkriegszeit, zurückentwickelt. Paul Harms ist heute nur noch ein Abfall von dem, der 1913 im Berliner Tageblatt geschrieben hat, allwo er den Sozialdemokraten wacker die Stange gehalten hat. Jetzt verleumdet er, wie weisand Herr Dr. Lieberts Reichsligenverband, der niemals in den Spalten des Berliner Tageblattes Eingang fand. Ja, Paul Harms wurde zum echtesten Typus des Michel-Bassermann, der in seinem Hass gegen die verfluchten Roten selbst die Götter seiner eigenen Partei mit Schmutz bewirkt.

Die Leipziger Neuesten Nachrichten werben für die Liste der Volkspartei. Sie werben insbesondere für den Zusammenschluss des Bürgertums. Über den Herren Rademacher, Lauterbach werden erhebliche Schwierigkeiten gemacht, ihren Wahlsieg in den Spalten des „größten Blattes in Mitteldeutschland“ abzulegen. Dafür aber röhmt es die Heldenaten des Herrn Otto Thiel, des Spizienkandidaten der Volkspartei, die noch vor Jahresfrist unter der Führung Stresemanns gestanden hat.

Wer ist verantwortlich für die Grundzüge der deutschen Außenpolitik seit dem Jahre 1923? Wer stand an der Spitze der deutschen Regierung, als die Inflation ihren Höhepunkt erreichte? Wer hat den Ruhrkampf eingeleitet? War es Hermann Müller, waren es Seizing, Otto Braun? Stand nicht damals Herr Cuno, der Geistesverwandte der LNN, an der Spitze des Reichskabinetts? Im August 1923 nahm Dr. Stresemann, mit dem die Partei der Leipziger Neuesten Nachrichten noch heute ihre Rallame macht, das Ruder selbst in seine Hand. Seither ist Dr. Stresemann der Verantwortliche für die deutsche Außenpolitik, der Verantwortliche für den Dawesplan, der Verantwortliche für den Locarno-Pakt, der Verantwortliche für die Young-Tribute, denen im März unter dem Volksparteileiter Dr. Curtius zugestimmt worden ist.

Herr Dr. Stresemann, der in den Spalten der Leipziger Neuesten Nachrichten gerühmt und gefeiert worden ist, ist — wenn schon die Schuldsfrage ausgeworfen werden soll — der Urheber der Tributlasten, die dem deutschen Volke aufgebürdet worden sind. War es die Sozialdemokratie, die Herrn Dr. Stresemann im August 1923 auf jener historisch gewordenen Versammlung in Stuttgart zu der Aufgabe der Ruhrkampfpolitik bestimmt oder verleitet hat?

Nein! Stresemann beugte sich von selbst der eisernen Logik, die die historische Entwicklung nach dem verlorenen Kriege brachte. Er hat den Ruhrkampf zum Abschluss gebracht. Er ist verantwortlich für den Dawesplan. Die Sozialdemokratie haben in all diesen Jahren keinen aktiven Anteil an der Leitung der Reichspolitik gehabt. Trotzdem wagt Paul Harms die Anklage zu erheben, dass die Sozialdemokratie einem „Dogma“ zum Opfer gefallen sei. „Blinde Erfüllungspolitik“ wurde richtunggebend für den neuen Staat, in dem die Sozialdemokratie die m a h g e b e n d e R o l l e spielt.“

Wahhaftig, hier erklamt der Leitartillerist der LNN erneut den Höhepunkt politischer Charakterlosigkeit. Wider besseres Wissen stellt er Behauptungen auf, die er beim besten Willen nicht zu rechtfertigen vermag.

Aber Paul Harms, der einst als Wegbereiter für die Sozialdemokratie im Berliner Tageblatt zum Arger Paul Einmans tätig war, hat jetzt den eigentlichen Dreipunkt entdeckt. Die Sozialdemokratie brauchte den „unerträglichen Druck der Tributlast“ der marxistischen Dogmen wegen.

Erst die blinde Erfüllungspolitik brachte jenseits sozialer Umstreuung in Gang, wobei der vordem selbständige Mittelstand zerrieben, ausgenutzt, proletarisiert wurde.“

Wo standen die Hyänen der Inflation? Wer war König unter den Hyänen? Hugo Stinnes ist der Repräsentant des Zusammenbruches, der von einem Dutzend Großmagnaten gesiebt und herbeigeführt worden ist. Welcher Partei gehörte Hugo Stinnes an? Der Partei Dr. Stresemanns, der Partei Otto Thieles. Wenn jemand für die Vernichtung des deutschen Mittelstandes verantwortlich ist, dann sind es die Kreise um Hugo Stinnes, dann ist es die Organisation, die keine Interessen politisch vertrat, dann ist es die Deutsche Volkspartei, für die das Blatt, das „nur die Klücksicht aus geschäftlichen Vorteilen kennt“, noch immer wirkt und wirkt.

Wer hat sich einer sozial gerechten Aufwertung im Reichstage am stärksten entgegengestellt? Das war der Finanzminister, der spätere Reichskanzler Dr. Luther. Er hat den größten Enteignungsprozess durchgeführt, der je in

der Weltgeschichte zu verzeichnen war. Welcher Partei gehört der jetzige Reichsbankpräsident Dr. Luther an? Er ist ein Prominenter der Deutschen Volkspartei. Er hat hunderttausenden kleiner Rentner die Kehle zertrümmert. Jetzt aber wagt ein Organ dieser Deutschen Volkspartei seine bisherige „Charakterlosigkeit“ zu übertreffen, indem es die Erziehung des Mittelstandes den Sozialdemokraten in die Schule schickt.

Aber wenn einst der Tag der Erkenntnis dämmert, wenn ein missleites und mißhandeltes Volk einsieht, dass es sich um die Kaste der Heiligen und der Ritter in künstlicher Blüte zu erhalten, Engländer und Russen, Amerikaner und Japaner weltweit politisch hat über den Kopf wachsen lassen, dann wehe den Söhnen oder Enkeln, die für die Sünden der Väter zu büßen haben werden.“

So schrieb Paul Harms prophetisch am 17. Mai 1918 im Berliner Tageblatt. Er hat nur allzu recht behalten. Heute aber stellt er sich schirmend und schützend vor die „Kaste der Heiligen und Ritter“ und klagt jene an, mit denen er damals in gleicher Front gesiehten hat. Der Angstmeier flüchtet sich vor der roten Flut.

„Zwischen Krieg und Frieden“, so heißtet sich eine Schrift, die Paul Harms nach dem Kriege herausgegeben hat. Dort schrieb er u. a. das folgende:

„So wird die innere Kraft der stärksten deutschen Partei der Angelpunkt werden, worum sich die ganze innere Entwicklung dreht. Darin wird sich nur fortsetzen, was schon vor dem Kriege zu beobachten war: das nämlich in der inneren Politik des Reichs nichts geschehen könnte, was nicht seine eigentliche Bedeutung dadurch erhält, wie es auf die Sozialdemokratie rückt.“

Das schrieb Harms in den Zeiten des Zusammenbruchs. Auch hierbei hat er recht behalten. Nur dass er inzwischen Angst in die Hosen bekommen hat und dass er darob jammert wie ein vertrockneter Spießer, dem vor der „Ballonmühle“ grausig wird.

Seine Jammerepistel aber gliedern sich vorzüglich ein in die Spalten des Blattes, das, nach dem Urteil seiner eigenen Leser, „den Höhepunkt politischer Charakterlosigkeit am Revolutionstage bewiesen“ hat.

## Der Krach im Nazi-Lager

### Hitler, der Handlanger der Großindustrie

Wie der sozialdemokratische „Hessische Volksfreund“ erfährt, scheint sich die Kandidatur des bekannten Schimpfasters Münnichmeyer in Hessen zu einer Katastrophe für die Nationalsozialisten auszuwirken. Schon die Aufführung der Reichstagswahl ist habe — so teilt der „Volksfreund“ mit — schwere Verstimmung ausgelöst. Nur höchst widerwillig hätten Münnichmeyers Konkurrenten Amt und Ringhaußen sich dem Dictat der obersten Parteileitung gefügt und sich den in Hessen selbst bei den Nationalsozialisten völlig unbekannten Münnichmeyer vor die Masse setzen lassen. Münnichmeyer habe im nationalsozialistischen Lager seineswegs den erwarteten Anslang gefunden. Er habe sich als Demagoge entpuppt, dessen politisches Niveau trock aller Routine und Skrupellosigkeit auch die hessischen Hitlerleute enttäuscht habe.

Mitten in diese Stimmung hinein seien Veröffentlichungen der sozialistischen Presse über Münnichmeyers Vergangenheit gefallen. Sie hätten wie eine Bombe eingeschlagen. Vergeblich habe man auf eine klare Zurückweisung der Anschuldigungen gegen Münnichmeyer gewartet. Zwischenbei sei die Empörung über die Kandidatur im nationalsozialistischen Lager so angewachsen, dass man fast schon von einer Münnichmeyer-Krise sprechen könnte. Einige Ortsgruppen in Rheinhessen, die ohnehin aufs höchste verstimmt seien, dass man die fröhliche Versprechungen, einen Landwirt zu stellen, nicht einhalten habe, hätten sogar mit der Niedergabe der Arbeit gedroht, wenn Münnichmeyer als Spitzenkandidat nicht zurückgezogen würde. Nach den Bestimmungen des Reichswahlgesetzes sei aber eine Zurückziehung der Kandidatur im jetzigen Zeitpunkt nicht mehr möglich. Infolgedessen habe man, um eine offene Meuterei zu verhindern, sich zu dem Kompromiss entschlossen, während der letzten Woche Münnichmeyer nur noch möglichst wenig, und wenn es ohne Aufsehen gehe, in Hessen überhaupt nicht mehr auftreten zu lassen. Aus diesem Grunde sei Münnichmeyer bereits am letzten Sonntag in Worms, wo er mit grotem Tumult angekündigt gewesen sei, nicht mehr als Referent erschienen, ebenso tags zuvor in Offenbach.

\*  
Die oppositionellen Mitglieder und Untersucher des Gaues Hessenland der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei sindigen in einem Rundschreiben eine Spaltung der Nazisbewegung in Köln an. Das Rundschreiben wendet sich vor allem gegen die Beteiligung der Nazis an der Regierung und führt dann fort: „Als Sprungbrett für unser Drittes Reich kann man doch unmöglich diese von jüdischem Kapital abhängigen Ministerstellen besetzen... Die Arbeiter werden in Scharen die Partei verlassen, wenn der Berrat an dem sozialen Programm rückt.“

In München läuft der „Kampfbund wahrer Nationalsozialisten“ seit Tagen ein Flugblatt gegen Hitler verbreiten, in dem es heißt, dass der Nazihäuptling sein eigenes Programm schamlos verraten habe, indem er im Handlanger der Großindustrie geworden sei. Es sei ihm nicht um den sozialen Fortschritt der breiten Masse, sondern um die Diktatur über sie zu tun. Schließlich werden ihm noch seine Wohnung für 5500 Mark Jahresmiete und seine Erholung nach der anstrengenden Parteiarbeit bei Satt und schönen Frauen“ vorgehalten. Im Lager der Danziger Nazis ist eine Palastrevolution ausgebrochen. Sie hat bisher zum Ausschluss des nationalsozialistischen Parteisekretärs Fricke geführt. Im Verlauf der Auseinandersetzungen soll der Sturmführer Stöbe auf fünf Nazis geschossen haben.

\*  
Die blutigen Zusammenstöße zwischen Hitlerianern und oppositionellen Nationalsozialisten in Albersdorf, in deren Verlauf seinerzeit der oppositionelle Naziaffe und einzige Führer des Kärtner Puschkes, Buchrucker, ziemlich schwer verletzt wurde, wird demnächst ein gerichtliches Spiel haben. Die Staatsanwaltschaft hat gegen 14 Personen wegen gefährlicher und schwerer Körperverletzung sowie Sachbeschädigung öffentliche Anklage erhoben.

## Die italienisch-jugoslawische Spannung

### SPD Berlin, 10. September

Alarmierende Berichte englischer Blätter und Agenturen über eine plötzliche Zuspitzung der italienisch-jugoslawischen Beziehungen werden vom „Paris Midi“ durch eine Privatmeldung aus Rom ergänzt. Demzufolge soll die faschistische Regierung die Mobilisierung von 4 Reserveinfanteries in Italien und den einzelnen Distrikten von Triest angeordnet haben. Das Motiv dieser Maßnahmen sei die Befürchtung der faschistischen Regierung, der revolutionären Strömungen innerhalb der Südslawischen Bevölkerung, die durch den Triester Prozess mit seinen Todesurteilen in eine große Fregung geraten ist, nicht mehr Herr werden zu können. Die Demonstrationen in Belgrad und Laibach, sowie die Mobilisierungen und Rüstungen auf italienischer Seite hätten die italienisch-jugoslawische Spannung derart verschärft, dass die Grenzen bis auf weiteres gesperrt werden müssten.

Die plötzliche Abreise Grandis aus Genf wird jetzt in hiesigen politischen Kreisen mit diesen Ereignissen in Zusammenhang gebracht.

## Trigoen im Sterben

Präsident Trigoen liegt im Sterben. Sein Tod wird kündlich erwartet, so dass die von der Regierung angeordnete Überführung aus dem Militärlazarett in ein Sanatorium der Hauptstadt auf ärztliches Erfuchen unterbleiben müsste. Trigoen, der über 80 Jahre alt ist, erkrankte kurz nach seinem Sturz an Lungenentzündung. Die Entzündung hat inzwischen beide Lungenflügel erfasst.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hugo Spaue in Leipzig. Verantwortlich für den Inseraten Teil: Hugo Spaue in Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfasst 16 Seiten.

## Indienkonferenz ohne India

### SPD Bombay, 10. September

Die Regierung hat zu der Londoner Indienkonferenz, in Anbricht des Abbruchs der Friedensverhandlungen zwischen dem Briten König und den allindischen Führern, keine Kongress-India einladen. Die Liste der eingeladenen enthält auch den Namen Spaue, jedoch nicht den Namen Panakar. Vertreten sind ferner alle Religionsgemeinschaften, alle Klassen, auch die unberührbaren India, sowie die indischen Frauen.

## Neues Theater.

**Augustusplatz** Betriebszeit 214 bis  
Donnerstag, den 11. September 1930.  
100. Uraufführung (4. Polizei, braun).  
**Boris Godunow**  
Musikalische Sollbrüderin in vier Aufzügen  
© Bildern: nach Puschkin und Karamzin von  
M. P. Miltorgoff  
Deutsche Uraufführung von Max Lippold  
Musikalische Zeitung: Oskar Braun  
Drehunterricht und Bildenshülle: W. Bräuer  
Verlosen: Boris Godunow (Walter Zimmer);  
Kapor, Jester, kleine Kinder (Walter Trümmer);  
Ulla Stavros; Leopold, Anna (Bertie, Benther);  
Lehmann: Kästle, Wolf, Antonius, Schatz (Hans Thomann); Andrej, Schatzfalter, Geheim-  
Kreisler (Hans Holländer); Pilmer, Chronist, Schreiber,  
Freund (Hans Männer); Der falsche Dimitri (ge-  
nannt "Gigant") (Ernst Neubert); Marita  
Wünscher, Tugot, Ted Wolwoden von Sanbona  
Kästle Gustav, Berlin, G.; Langton, gebürtiger  
Sulz (Walter Spitzer); Warlaam, Miffel,  
Zweigzungen (W. Vogel, G. Bleicher); Eine Schat-  
zenträgerin (Edith Weßkallen); Ein Goldmünzer (G.  
Hauschild); Altmühl, Pont (Otto Salpman);  
Cäsar, Schatzfalter, Schatzfalterin (Marianne Henle);  
Löwenzahn, Schatzfalterin, Jesuiten (H. Holländer);  
Walter Elenbaß  
Bauern, Bauerinnen, Sojaren, Sojarenstüber,  
Streitigen, Baden, Hauptleute, Magnaten, polnische  
Damen, Madchen und Tambourine, wundernde Pilger  
Seit der Handlung 1898-1903  
Übersetzung: Hansch Krüger  
Pausa nach dem 2. Bild  
Einlass in 10 Uhr, Abgang 19½ Uhr, Ende 23 Uhr  
Preise der Plätze 10 Pf. bis 9.- M.  
Freitag, den 12. September, 20 Uhr: Die  
verkaufte Braun.  
Sonntags, 13. September, 20 Uhr: 108. Uraufführung  
Vorstellung (G. Holz, gelb); Ein Maßnahmen.

## Schauspielhaus.

Göppendorf, 1.11. Tel 20067/3211  
Donnerstag, den 11. September 1930, 20½ Uhr  
Nur noch 5 Aufführungen!

Zum 14. Mal

**Wie werde ich reich und glücklich?**  
Ein Kurzus in 10 Aufführungen von Felix Joachimson  
Musik von Willy Spontan  
Inszenierung: Otto Werther

1. Teil:

1. Bild: Der arme junge Mann.  
Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Albin  
(G. Schaffgots); Das Dorf; für die Reichen-  
soße verantwortlich (Edith Dorn); Albin (Edi-  
th Schaffgots); Bild (Verna Heldrich); Der Portier  
(Wolfgang Baumbach).

2. Bild: Kleider machen Leute.

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Albin  
(G. Schaffgots); Der Schneider (Hans Sommer-  
mann); Edith Schaffgots (G. Booy); Zwetler Schaffgots  
(R. Alberti); Gebeliat Regen (A. Wildenbaum).

3. Bild: Das reiche junge Mädchen.

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Marie  
(Grete Reinwald); Mabeline (Petta Zbiele);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); H. D. Lohr-  
mann (Edith Straube); Spaziergänger; Die Comedian  
Harmonists.

4. Bild: Auf Wiedersehen.

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Albin  
(G. Schaffgots); Bild (Verna Heldrich); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Mabeline (Petra Zbiele).

5. Bild: Wie bleibt die Marie?

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Marie  
(Grete Reinwald); Mabeline (Petra Zbiele);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); H. D. Lohr-  
mann (Edith Straube); Die Comedian Harmonists.

6. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Marie  
(Grete Reinwald); Mabeline (Petra Zbiele);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); H. D. Lohr-  
mann (Edith Straube); Die Comedian Harmonists.

7. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

8. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Marie  
(Grete Reinwald); Mabeline (Petra Zbiele);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); H. D. Lohr-  
mann (Edith Straube); Die Comedian Harmonists.

9. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Marie  
(Grete Reinwald); Mabeline (Petra Zbiele);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); H. D. Lohr-  
mann (Edith Straube); Die Comedian Harmonists.

10. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

11. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

12. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

13. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

14. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

15. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

16. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

17. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

18. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

19. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

20. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

21. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

22. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

23. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

24. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

25. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

26. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

27. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

28. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

29. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

30. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

31. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

32. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

33. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

34. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

35. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

36. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

37. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

38. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

39. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

40. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

41. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

42. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

43. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

44. Bild:

Personen: Das Mädchen (Edith Dorn); Gebeliat  
Regen (A. Wildenbaum); Marie (Grete Reinwald);  
H. D. Lohr (Edith Straube); H. D. Lohr (Edith Straube);  
Gebeliat Regen (A. Wildenbaum); Die Comedian Harmonists.

## WAS EINE MUTTER LEISTET DIE IHR KIND 6 MONATE STILLT 140 LITER MILCH



## Die Frau in Familie und Beruf

Eine sozialpolitische Betrachtung aus der Hygieneausstellung in Dresden

Von Dr. O. Pöhl.

Die Gestaltung aller wirtschaftlichen Verhältnisse des neuen Jahrhunderts hat mit zunehmender Geschwindigkeit die Bedürfnisse des Kapitalismus durchgelebt, jede verfügbare Arbeitskraft in die Vollmächtigkeit des Produktionsprozesses zu zwingen; sie hat auch vor der Frau nicht halt gemacht. Als Fabrikarbeiterin steht sie tagsüber an der Maschine im Arbeitsraum, als Verkäuferin sieht sie die zermürbende Aufgabe des Kundendienstes, an der Schreibmaschine tippt sie in laufmännischen und im Behördenbetriebe tagsüber die eintönige Melodie der klappernden Tasten, in der Kranken- und Wohlfahrtspflege gibt sie ihre Kräfte von früh bis in die Nacht hinein her. Aus dem häuslichen Betriebe ist die Arbeit in die Fabrik, in den Großbetrieb gewandert; ihr nach halten die Frau aus der Familie und dem Haushalt durch das Getriebe der Großstadt zu dem Platz, wo sie mit ihren Händen und ihres Hirnes Arbeit mühsam sich das fällige tägliche Brot erwerben kann, erwerben muss.

Von der Wertung der mehrfachen Belastung der Frau muss eine wirksame Hygiene der Frau ausgehen. Wie diese Belastung durch die Lebensleistungen der Frau als weibliches Geschlechtswesen sich gestaltet, zeigt recht eindrucksvoll die Darstellung an der einen Wandfläche, die den Schwankungen der Leistungsfähigkeit unter den Bedingungen der Erziehung, der monatlichen Klausurzeit, der Schwangerschaften nachgeht, um in einer klaren Gegenüberstellung von Mann und Frau zu zeigen, wie verschwindend gering die biologische Belastung des Mannes gegenüber der Frau ist und wie außerordentlich hoch die Verbindung dieser biologischen mit der gewerblichen Belastung bei der Frau sich gestaltet.

Die Unsicherheit der Gesellschaft in der Beurteilung der Leistungen und der Fähigkeiten der Frau kommt zum Ausdruck in der Vorführung der Ausprüche einzelner zu ihrer Zeit bedeutender Persönlichkeiten. Die einander widersprechenden Gedanken werden paarweise verbunden in helles Licht gekehrt. Einmal ist die Frau im Sinne der Haussklavie das minderwertige Wesen, das anderermal ist sie der glänzende Edelstein der Kulturstadt der Menschheit. In Wahrheit bewegt sich ihre Bedeutung zwischen den dargestellten Extremen; sie hat ihren Anteil an den Kulturbewegungen nach ihrer Art ebenso wie der Durchschnittsmann. Ob sie in einzelnen Sonderstellungen des Berufes trocken abgelehnt durch die männlichen Weisen und Machthaber dank ihrer Fähigkeiten eingestuft ist, ob sie Jurist, Arzt, Priester, Lehrer werden kann, ist nicht so bedeutungsvoll wie die umfassende Notwendigkeit, die sie im allgemeinen Erwerbsleben neben den Mann stellt und von ihr rücksichtslos die gleichen Leistungen wie von ihm verlangt. Die 11,5 Millionen Frauen, die in Deutschland erwerbstätig sind, erwerbstätig sein müssen, verlangen in allerster Linie Beachtung. Um ihre Gesundheitsverhältnisse handelt es sich, wenn von der Hygiene der Frau die Rede sein soll.

Wenn in der Ausstellungsguppe die Frau im häuslichen Berufe mit warmem Herzen behandelt und beraten wird, so geschieht das mit zwar recht beachtenswerten Worten und Sätzen, deren Wert durch häufige Wiederholung eingeprägt zu werden verdient, aber hinter den Sätzen birgt sich der Gedanke, dass die Hygiene nichts kostet darf. Gewiss ist es zu begrüßen, wenn man mit den einfachsten Mitteln auf dem billigen Wege hygienische Ziele erreichen kann. Es ist sicher richtig, „Verschwendungen führt zu Mangel und Elend“, „falsche Ernährung beeinträchtigt Gesundheit und Lebensfreude“ und ähnliche goldene Worte, aber trotz der wirkungsvollen Darstellung steht nichts darüber in der Aus-

stellung, dass die Gesellschaft von heute sich bemüht zu sähe, die Grundlagen, die Substanz für die richtige Ernährung in ausreichendem Umfang zur Verfügung zu stellen. Oder kann der häusliche Pflege der Alten und Kranken entlastet die Allgemeinheit verwirklicht werden, wenn weder eine Häuslichkeit bei der herrschenden Wohnungsnott noch die Zeit zur Pflege bei der Anspruchnahme durch die Berufstätigkeit vorhanden ist? Man darf nur einen Blick in den in der Abteilung Wohnung erstellen lämmischen „Wohnraum des Proletariers“ werfen, der bedauerlicherweise keine seltene Ausnahme darstellt, um sich mit Schaudern von dem Gedanken abzuwenden, dass unter solchen Verhältnissen häusliche Krankenpflege zu einem hygienischen Verbrechen werden müsste.

Aber da liegt gerade der springende Punkt: all die schönen Worte können nur Wirklichkeit werden, wenn die Gesellschaft, der Staat, die Gemeinden sich auf die Pflicht befreien, die hygienischen Grundlagen zu schaffen für die Entlastung der Allgemeinheit. Die Hygiene des Einzelnen soll nicht unterschätzt werden, aber leistungsfähig wird sie im Gesellschaftsverband erst dann, wenn sie zur wirtschaftlichen sozialen Hygiene wird. Mit Jähnepuhen und dem Rauchverbote der Jugendlichen wird die körperliche und seelische Gesundheit der Jugend nicht der Gels, auf dem sie die Zukunft des Volkes aufbauen kann. Die vorwähnende Wohnhöhle, die Unterernährung der Arbeiterinder sind neben anderen wirtschaftlichen Notständen Quellen der Errüttung der Volksgesundheit. Forderungen an die Gesellschaft werden nicht erhoben, Wege, wie diesen Notständen abgeholfen werden kann, werden in der Ausstellung nicht gezeigt. — Nun gut, der Besucher mag seine Schlüsse aus eigenem Gedanken vorziehen!

Und nun bedenke man etwa die Darstellung in einer kleinen Nebenabteilung von der Betreuung des Kindes durch die Mutter. Von den Kindern der Textilarbeiterinnen sind während der Arbeitszeit der Mutter 35 Prozent ohne Aufsicht, 23 Prozent stehen unter Obhut der Großeltern, 14 Prozent halten sich bei Verwandten auf, 6 Prozent sind in Heimen, 22 Prozent anderweitig untergebracht. Ist die Zahl der Heime, Horte und Kindergarten so gering, dass sie nicht mehr von den überwachungs-, pflege- und schutzbedürftigen Kleinen aufnehmen können, oder besteht aus anderen Gründen eine Abneigung dagegen? Wäre hier nicht der Plag, die Errichtung von zweckmäßigen Heimen zu fordern, in denen dem Wesen und den Lebens-

bedürfnissen des Kindes im weitesten Maße Rechnung getragen werden könnte? Die Welt des Kindes ist eine andere als die des Erwachsenen, dessen „Weisheit“ und „Lebenserfahrung“ gar zu leicht und zu gern aus geistiger Bequemlichkeit dem Kinde die Leidenschaftlichkeit beiseite lässt, um es zum folglosen, an Kadaver gehornten gewöhnlichen Musterexemplar der menschlichen Gattung zu verhindern. Licht, Luft, Blau braucht das Kind, dann entwickelt es sich spielerisch zu gesundem Wesen.

Wenn der Frau weiterhin gute Ratschläge gegeben werden, wie sie sich den Haushalt leicht vereinfachen kann, wie sie durch Benutzung der technischen Fortschritte in Küche und Haushalt Kraft und Zeit sparen kann, um sie für die Körperpflege zu verwenden, wie sie durch gesunde Kleidung und Ernährung sich vor Krankheiten schützen kann, dann ist das gewiss recht schön; aber wenn festgestellt wird, dass ein erheblicher Teil aller schulentlassenen 15jährigen Mädchen erst nach eines Erholungsaufenthaltes auf dem Lande oder in einem Heim bedürfen, ehe sie körperlich imstande waren, einen Beruf zu ergreifen, so dürfte man sich damit nicht begnügen, sondern müsste laut und eindringlich fordern, dass die Gesellschaft die Art an die Wurzel dieser Erscheinungen legt. Wohnungsnott, Wohnungsmangel, Ernährungsnot, häusliche Kinderarbeit müssen beseitigt, längere Arbeitszeit, ausreichende Freizeit und Ferien für Jugendliche und Lehrerlinge, gründlicher Ausbau der Schulspülungen müssen gesetzlich festgelegt werden.

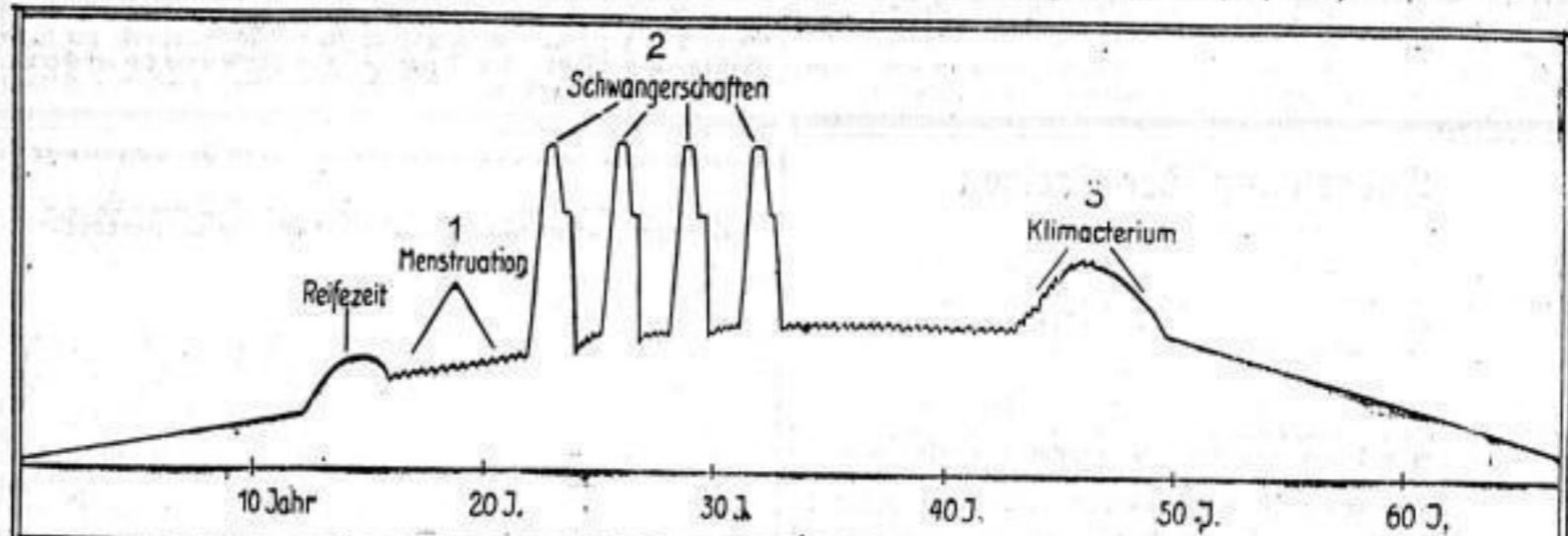
Allt noch so wertvolle Erhebungen, die zu Tabellen zusammengefasst eine bereite Sprache führen, alle daraus entwickelten Anforderungen, dies zu tun, das zu lassen, erreichen ihren Zweck nicht. Sie wenden sich an das Verständnis und den Willen des Einzelnen. Aber wo nimmt er die Mittel zur Hygiene her? Es ist mit dem bloßen billigen oder kostenlosen hygienischen Herumpfuschen an der Gesundheit nicht getan. Die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse ist notwendig, um die Hygiene lebendig wirksam werden zu lassen. Durch die Ausstellung können wir erfahren, wie übel es um die hygienische Wirklichkeit im Leben der Frau steht, aber auch das widerfährt nur dem geringen Anteil der Bevölkerung, die den Besuch der Ausstellung sich leisten können. Diejenigen, denen die Belehrung und die soziale Hilfe am notwendigsten zu wünschen wäre, bleiben von der Erkenntnis der großen Zusammenhänge im Leben unberührt.

Mit wenigen Ausnahmen geht man aus der Abteilung: Die Frau in Familie und Beruf mit dem Eindruck heraus, dass hier wohlmeinende gut bürgerliche Kreise etwas zur Verbesserung ihrer Gewissen hingebaut haben, ohne zu den letzten Schlussfolgerungen aus dem Dargestellten den Mut zu finden. Gewiss, die Gefahren der Berufstätigkeit für die Frau als Mutter und Familienmittelpunkt finden ihnen ausreichenden Ausdruck, aber nirgends findet sich die Betonung, dass durch den vollwertigen Lohn für die geleistete gesellschaftlich notwendige Arbeit die Möglichkeit der freien Entwicklung der Frau mit Rücksicht auf die biologische Belastung sichergestellt werden müsste.

Ja, das geht eben in das Gebiet der Politik über, und Politik muss bekanntlich aus der Hygiene ferngehalten werden. Vor allem darf man der Frau politisch nicht zu einem klaren Blick verhelfen, denn dann befürde die Gefahr, dass sie zu einer Weltanschauung käme, die der Erhaltung des bestehenden Kampfes ansieht, was durchaus nicht im Interesse der heutigen herrschenden Gesellschaftsklasse liegt, die den Aufbau der Hygiene ausstellung betrieben hat.

Und doch wird Politik, Lohnpolitik, wie sie die Sozialdemokratie in ihren Organisationen zur gesellschaftlichen Forderung erhebt, das einzige Mittel sein, Gesundheitspolitik praktisch zu betreiben als Wohnungs-Ernährungs-Arbeitspolitik, und damit den Lebensraum schaffen, der für die Erreichung einer höheren Kulturstufe des gesamten Volkes mit Einführung der Frau notwendige Voraussetzung ist.

Manche neue und fortschrittliche Erkenntnisse zeigt die Ausstellung, aber sie enthüllt nur zaghaft die vielen Schattenseiten des weiblichen Lebens. Und das ist ihre Schattenseite.



1. Die regelmäßige wiederkehrende Fortpflanzungsbereitschaft (Menstruation). 2. Aufgaben der Mutterschaft (Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett, Stilltätigkeit) und 3. Abklingen der Gebärbarkeit (Klimakterium) beanspruchen in hohem Maße die Leistungsfähigkeit und Kraft der Frau. (Nach einer Skizze in der Dresdner Hygieneausstellung).

## Besondere Zeiten verlangen besondere Leistungen.

Die größte deutsche Schuhfabrik zeigt in ihren neuen Herbstmodellen ein hochwertiges Qualitätserzeugnis. Tadellose Paßform, hervorragende Verarbeitung, große Preiswürdigkeit.



# SALAMANDER

Petersstraße 16 Leipzig Grimmaische Straße 15

# Otto Thiel, der Angestellten-Führer

## Energisch für die Privatwirtschaft, mähevoll in der Sozialpolitik

Dieser Tage ging den Leipziger Angestellten ein Brief zu, nicht der berüchtigte blaue Brief mit der Kündigung — der kommt später vielleicht — sondern ein gelber Brief, und so gehämmert und vulgär wie seine blau-gelbe Hülle war auch sein Inhalt: ein Wahlflugblatt, in dem die Angestellten unter Hinweis auf ihren „Führer“ Otto Thiel und seine angeblichen sozialpolitischen Taten aufgerufen wurden, bei der bevorstehenden Reichstagswahl Liste 5 zu wählen. Wie's ist der Wahlvorschlag der deutschen Schlotbarone, der Deutschen Volkspartei, den Otto Thiel im Leipziger Wahlkreis an der Spitze zierte. Freilich ist von dieser Partei in dem von Angestellten zugesonderten Flugblatt nur verdeckt die Rede. Man genierte sich wohl, sie besonders hervorzuheben. Das schandbare Vorgehen der Berliner Metallindustriellen, eben der Mitglieder dieser Deutschen Volkspartei, die vor wenigen Wochen hunderten und Tausenden von Angestellten brutal und aus schändlicher Profitgier die Kündigung austritten, ist noch in zu frischer Erinnerung, als doch es opportun wäre, diese famose „Volks“-partei in den Vordergrund zu stellen. So blieb denn nichts anderes übrig, als eine Renommage über Otto Thiel — ausgerechnet Otto Thiel — vom Stapel zu lassen. Im volksparteilichen Lager meint man offenbar, es bedürfe, um die Angestellten zu täuschen, nur einer Flugschrift, die man ihnen von einem „Wahlauftakt für Angestellte“ zugehen lässt und in der man einen satirisch bekannten DFB-Mann überschwenglich als angestelltenfreudlich beweist, im übrigen, über auf die SPD schimpft.

Das Flugblatt selbst ist sowogen eine Chronik der sozialpolitischen „Taten“ Ottos des großen — Angestellten-Führers. Freilich verlegt es wohlweislich selbst seine, sagen wir soziale Sturm- und Drangzeit — auf die näher einzugehen im Rahmen eines Artikels unmöglich ist — in längst vergangene Zeiten, etwa in das Jahrhundert von 1920 bis 1925. Eine Kontrolle der von ihm in jenem Zeitraum angeblich geleisteten „Arbeitsarbeit“ — wie es auf dem Papier steht — ist also von vornherein recht schwer gemacht. Dagegen schwiegt sich die Flugschrift über seine „Taten“ in den letzten Jahren nahezu völlig aus. Das ist gewiss nur zu verständlich. Einmal ist hier eine Kontrolle schon eher möglich und zudem weiß jeder:

gerade die Fraktion, der Otto Thiel im Reichstag angehörte, eben die Deutsche Volkspartei, kämpfte am wütendsten gegen die sozialpolitischen Errungenheiten der Angestellten und Arbeiter und marschiert auch heute noch und wohl in alter Zukunft an der Spitze der Sozialreaktion.

Was tat nun der „große“ Angestellten-Führer in den letzten Jahren für die Angestellten? Schen wir einmal zu. 1920 erluchte er die Reichsregierung in einem Antrag im Reichstag, eine Denkschrift über eine die Angestelltenversicherung betreffende Frage vorzulegen. Weiter wird angegeben, daß er bei den Novellen zur Arbeitslosenversicherung in zahlreichen Anträgen („Reichstagsdrucksachen Nr. 676, 921 und 1311 u. a.“) die Forderungen der Angestellten in das Gesetz einzubauen versucht habe. Das ist nun eine glatte Unwahrheit. Die Reichstagsdrucksache Nr. 676 betraf einen „Änderungsantrag“ (natürlich eine Verschlechterung, Red. d. L. B.) zur zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über eine Sonderfürsorge bei berufsschichtlicher Arbeitslosigkeit, hat also mit den Angestellten überhaupt nichts zu tun. Der Antrag 921, von Dr. Scholz und Genossen eingereicht und von Thiel mit unterschrieben, enthielt in seinem ersten Teil an die Reichsregierung das Ersuchen, ein Änderungsgebot zur Arbeitslosenversicherung vorzulegen, in dem folgende Verschlechterungen durchgeführt werden sollten:

Ausschluss der Unterstützung während der Dauer der berufsschichtlichen Arbeitslosigkeit.

Anderweitige Regelung der Arbeitslosenfürsorge für die in der Heimat beschäftigten Personen.

Herrstellung eines Verhältnisses zwischen Beiträgen und Leistungen derart, daß die Leistungen nach Höhe und Dauer von der Zahl und Höhe der geleisteten Beiträge abhängig gemacht werden und eine längere Zeit währende Nichtanspruchnahme der Unterstützung in einer Entlastung des Arbeitnehmers und Arbeitgebers sich äußert.“

## Todeskampf der Freiheit

Roman von Pietro Nenni.

Copyright 1930 by Verlag J. S. W. Diek Nachf., G. m. b. H., Berlin.

War es nur ein primitiver Sinn der Revolte, als Reaktion auf die erniedrigende Disziplin der Kriegsjahre, der Bürger und Bürgerinnen auf die Straßen trafen? Das war es wohl. Aber es war nicht nur das. Es gibt immer Menschen, die die Anordnung um ihrer selbst willen lieben. Leute, die die Straße anzieht, die überall sind, wo es gärt. Uebers Jahr werden sie sich ein schwarzes Hemd anziehen und sich sehr ernstlich daranmachen, eine sürterliche Verwirrung zu schaffen, um so ihren Führern die Gelegenheit zu bieten, die Ordnung wiederherzustellen. Vorläufig ziehen sie gern ein rotes Hemd an, obwohl sie nicht das geringste mit den sozialistischen Organisationen zu schaffen haben. Sie sind es, die die Läden plündern und die Menschen anpöbeln. Man trifft sie, wie sie schwerbeladen ihre Beute nach Hause schleppen. Schuhe, die nicht zusammen passen, Seidenstrümpfe, Pelze. Sie kommen aus den zweideutigen Gegenden der äußeren Stadt und lehnen dahin zurück. Sind es Proletarier? Nein, es ist die Hufe.

Das Proletariat, dem das Ideal sozialer Gerechtigkeit leuchtet, will einer neuen Ordnung den Weg bahnen. Es zerstört die Waren nicht, es requirierte sie; es plündert die Läden nicht, sondern stellt Wachen auf, um die Plünderung zu verhindern. Es ist stolz auf die Funktionen, die es sich zuspricht. Sein Instinkt sagt ihm, daß nichts das historische Gelehr aufhalten kann, noch dem die organisierte Arbeit zur einzigen leitenden Macht der Gesellschaft werden muß.

Als die verängstigten Kaufleute in die Arbeitserkämmer kamen, um die Schlüssel ihrer Läden abzuliefern und die Beschlüsse der organisierten Masse entgegenzunehmen, spendete das Proletariat ihnen Beifall, weil es in diesem Verhalten eine der Arbeit vorgebrachte Huldigung sah. Unter richtigen Führern würde dieses Proletariat zum unbesiegbaren Kämpfer der Revolution . . .

Aber ach, die Führer ließen sich nicht blicken.

Als der Befehl kam, die Unruhen einzustellen, gehorchte die Masse ihrer Organisation. Aber der revolutionäre Mystizismus hatte einen ersten schweren Schlag erhalten. Den zweiten erhielt er nur wenige Tage später bei dem internationalen Generalstreik vom 20. und 21. Juli. Auch diesmal war also die große Abrechnung, die geistig die Einbildung der Bourgeoisie bedrohte, in weiter Ferne geblieben. Das von der Bourgeoisie befürchtete Ende mit Schreden sollte nicht kommen. Es kam schließlich, aber für die Arbeiter.

Trotzdem kann es nicht gesagt werden, daß die italienische Gesellschaft als Ganzes alle geistiglichen, psychologischen und wirtschaftlichen Bedingungen ihres Zusammenbruchs aufwies.

Aber die sozialistische Partei vertrödelte ihre Zeit in endlosen dogmatischen Diskussionen über die Formel der Revolution. Nun ist es ein vollständiger Unsinn, in solchen Stunden das Für und Wider sorgfältig abzuwägen; denn während man diskutierte, reisen die Situationen und gestalten sich um.

In der Tat gingen die herrschenden Klassen Italiens nach den Juni-Aufständen und dem Juli-Streik zur methodischen Organisation ihrer Abwehr- und Angriffsmittel über. Als Nitti die Regierung übernommen hatte, war der Staat im Zustand völliger Zerrüttung. Es gab keine Polizei mehr. Die Zahl der Karabinieri war stark zusammengebrochen. Die Ereignisse hatten soeben gezeigt, daß noch sich des Herrens — weder gegen das Proletariat noch gegen die

Angestellten — entschieden der bei Annahme des Gesetzes geschlossenen Entschließung Erhaltlassen für die Angestellten zugelassen werden können . . . Hierzu sei gesagt, daß das Verlangen, in der Arbeitslosenversicherung Erhaltlassen für Angestellte zugelassen, keineswegs eine Angestelltenforderung schlechthin ist. Die Erwerbslosigkeit hat gerade in den Angestelltenberufen solche Dimensionen erreicht, daß derartige Erhaltlassen wahrscheinlich finanziell noch auf schwächeren Füßen ständen als heute die Reichsanstalt schon steht.

Mit der Reichstagsdebatte Nr. 1311 hat Thiel überhaupt nichts zu tun. Es handelt sich dabei um die Gesetzesvorlage zur Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 18. September 1929, die der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wissel wegen der in ihr enthaltenen Verschlechterungen zu unterschriften, sich weigerte und die daraufhin von Söhler unterschrieben dem Reichstag zugegangen.

Das also ist alles, was Otto Thiel für die Angestellten im letzten Reichstag getan hat. Das meiste von diesem lägig wenigen ist nicht zuletzt vom Standpunkt der Angestellten aus gesehen, äußerst bedenklich.

Was aber tat Otto Thiel und seine Fraktion allein auf sozialpolitischem Gebiet direkt gegen die Angestellten und Arbeiter? Greifen wir zunächst auch etwas weiter zurück.

Am 16. Juli 1929 beantragte die Sozialdemokratie bei der Debatte über die Angestelltenversicherung, die Versicherungsgrenze von 8000 Mark auf 8000 Mark zu erhöhen. Mit den Stimmen der Deutschen Volkspartei wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt. Otto Thiel stimmte gegen die Erhöhung der Versicherungsgrenze.

Am gleichen Tage forderte die SPD, daß Heilverfahren zu Mühverfahren gemacht werden sollen, wenn der Vertrauensarzt der Versicherungsanstalt das Heilverfahren für notwendig bezeichnet. Die volksparteiliche Fraktion stimmte einstimmig — also instinktiv Thiel — dagegen.

Anfang Oktober 1929 wurde im Reichstag über das Abänderungsgesetz zur Arbeitslosenversicherung abgestimmt. Die Sozialdemokratie war es gelungen, die Sozialversicherung zurückzuschlagen und den insbesondere von der Deutschen Volkspartei verlangten Abbau, der auch die Angestellten schwer treffen sollte, abzuwehren. Das Gesetz wurde angenommen. Die Deutsche Volkspartei — inklusive Thiel — enthielt sich der Stimme, weil sie die Aenderungen nicht weitgehend genug waren.

Im Dezember 1929 beantragte die SPD, die Läden sollten am Heiligabend, um den Angestellten nach Tagen schwerster Arbeit fröhlig Arbeitsruhe zu verschaffen, um 17 bzw. 18 Uhr geschlossen werden. Die Vorlage wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten und 11 Stimmen der Deutschen Volkspartei angenommen. 24 Abgeordnete der Deutschen Volkspartei stimmten gegen die Vorlage, 7 blieben der Abstimmung unentwöhnt. Otto Thiel stimmte diesmal — wohl aus taktischen Gründen — für den Antrag der sonst von ihm so verläßter Sozialdemokratie.

Am 28. Februar dieses Jahres beantragte die Sozialdemokratie eine zweijährige Verlängerung der Mieterschutzgesetze. Im Hammesprung wurde der Antrag von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Trotz der Unterstützung der Deutschen Volkspartei wurden die wirtschaftsparteilichen und deutschnationalen Anträge, die nach einer halbjährigen Übergangszeit die Mieterschutzgesetze aufgehoben wissen wollten, mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Mit Unterstützung der SPD wurde dann eine einzige Verlängerung beschlossen.

Vor wenigen Wochen, am 18. Juli d. J., forderte die Sozialdemokratie die Aufhebung der Notverordnungen Hindenburgs, die unter Mißbrauch des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassen waren und die eine ungeheure steuerliche Belastung der breiten Massen, den Abbau der Kranken- und Arbeitslosenversicherungsleistungen usw. vorsahen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen

nationalistischen Rechte bedienen konnte. Denn die Soldaten fühlten sich mit ihren Klassengenossen solidarisch. Und die Nationalisten hatten engste Fühlung mit dem Generalstab und dem Offizierkorps. Nitti reorganisierte also die Polizei, vermehrte die Karabinieri und schuf jene „königliche Garde“, die aus früheren Offizieren und Kriegsteilnehmern rekrutiert wurde.

Auf der anderen Seite dachte auch schon die Bourgeoisie daran, eigene Kampfeinheiten zu bilden, um sie dem Proletariat entgegenzustellen. Sie ging an einzusehen, welchen Vorteil sie aus der nationalistischen Hysterie der Jugend ziehen könnte. In Rom nahmen die Kundgebungen für Fiume und Dalmatien immer mehr den Charakter sozialistenfeindlicher Demonstrationen an. Am 15. April hatten in Mailand die Nationalisten, Autisten und „Sturmäpfel“ zum erstenmal den „Avanti“ überfallen. Die ganze Presse donnerte gegen die Sozialisten und entstellte die Ereignisse, um ihre Kampagne des Hasses zu nähren.

Die nachstehende Episode wirkt in dieser Beziehung ein recht merkwürdiges Licht auf Mussolini. Es war kurz vor den Wahlen 1919. Als gerade der Kampf am heftigsten wogte, erhielt einen Tag der Präsident und der Erzbischof von Mailand je ein hübsch verpacktes Palet mit einer Bombe. Große Aufregung in der Presse, feurige Auflagen gegen die Sozialisten. Am meisten entzückt ist natürlich der „Popolo d’Italia“ von Mussolini. Und dabei war es Mussolini selbst, der die Bombe geschnellt hatte! Mit solchen Mitteln machte man die öffentliche Meinung.

9. Der Handstreich d’Annunzios auf Fiume.

Am 12. November 1919 erfuhr das erstaunte Europa, daß Gabriele d’Annunzio an der Spitze einer Kolonne von Freiwilligen, denen sich Offiziere und Soldaten des Heeres angeschlossen hatten, in Fiume eindrang und es besetzt hielt. Von Rom aus war er beim Morgendämmer in die Stadt eingedrungen, hatte vom Regierungspalais Beifall ergriffen und die Fahne des Widerstandes gegen die Beschlüsse von Versailles gehisst. Einem Freunde schrieb er aus Fiume: Solange hier auch nur drei Männer sich aufrecht erhalten, wird es eine Schande weniger in der Welt geben.“

Das Unternehmen an sich entsprach einer Forderung der Gesetzlichkeit. Fiume war zweifellos eine italienische Stadt und hatte sich durch das Plebisitz vom 19. Oktober 1918 in völliger Freiheit zu Italien befreit. Unter den vorliegenden Verhältnissen erlangte über das Ereignis eine innerpolitische Bedeutung, die weit über die italienische Stadt hinausreichte. „Zum ersten Male“, sagte der Ministerpräsident Nitti in der Kammer, „ist der Aufstand bis in das Heer gedrungen.“ Und Filippo Turati fügte als Redner der sozialistischen Opposition hinzu: „Durch solche Ereignisse öffnet man dem Bolschewismus die Tore, den Sie so fürchten.“ Aber es bedeutete noch etwas anderes. Es bedeutete den Bürgerkrieg, dessen Umrisse am Horizont Italiens auftauchten. Das war die Krise im Staate selbst.

Der Marsch d’Annunzios auf Fiume war das Vorbild des faschistischen Marsches auf Rom. Ohne ein Gründer des Faschismus zu sein, den er sogar im Jahre 1923 als „agrarische Sklaventreter“ bezeichnet hat, war d’Annunzio der Schöpfer und umstrittene, unerhebliche Führer der nationalsozialistischen Bewegung in Italien, mit der sich der Faschismus schließlich identifizieren sollte. Ohne d’Annunzio wäre der Faschismus wahrscheinlich eine ganz unbedeutende Bewegung geblieben. Der Haß gegen den Sozialismus, als der Haß gegen die Partei, aus der seine Führer stammten, die Verbrenntheit seiner politischen und sozialen Anschaulichkeiten, die Leidenschaftlichkeit seiner politischen Diskussionen hätten dem Faschismus

der Deutschen Volkspartei angenommen. Thiel stimmte für die Beibehaltung der Notverordnung, also für eine mühlose Belastung der breiten Massen und die Verhinderung der Sozialversicherung. Anschließend erfolgte die Auflösung des Reichstages.

Herner stimmte der Angestellten-Führer Thiel am 2. März 1928 gegen den Antrag der SPD, 5 Millionen Mark für Kinderbetreuung in den Staat einzutragen. Am 21. März 1928 votierte er gegen die von der Sozialdemokratie verlangte Beibehaltung des bisherigen Zollvereins Gewerbeleistungsentgelts von 120 000 Tonnen. Bei der Beratung des Steueraufschwungs brachten die Sozialdemokraten, Demokraten und das Zentrum am 12. Juli 1928 einen Antrag auf Senkung der Lohnsteuer und Erhöhung des Steueraufschwungs um mindestens ein Drittel in der Schulabschaffung angenommen wurde. Otto Thiel enthielt sich hierbei der Stimme. Bei nicht wenigen für die Angestellten- und Arbeiterschaft bedeutsamen Abstimmungen schied er unentwöhnt aus.

Das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Sündenregister des Angestellten-Führers Otto Thiel und seiner Partei auf sozialpolitischem Gebiet. Es darf aber genügen, um selbst den Mitgliedern des Deutschnationalen Handlungsgeschäftes verboten zu machen, daß sie von ihrem Führer nichts zu erwarten haben.

Nun lädt die Deutsche Volkspartei aber nicht nur Wahlflugblätter durch einen Wahlauftakt für Angestellte verschicken. Sie versendet ebenfalls Schnorrbriefe, um Gelder für den Wahlkampf zu erhalten. Ein solches Schreiben erhielt auch der Gauleiter des ADL für Westfalen. In ihm hieß es bezeichnenderweise über den Angestellten-Führer Otto Thiel:

Auf der Liste der Deutschen Volkspartei im Wahlkreis Leipzig steht wieder der bekannte Führer des DSB Otto Thiel, dessen energisches Eintreten für die Privatwirtschaft bekannt ist. Sein mähevoller Eintreten in der Sozialpolitik hat gleichfalls überall Anerkennung gefunden.“

Das ist eine treffende Charakterisierung der „Taten“ Ottos Thiels. Hier wird von den Schlotbaronen offen zugegeben, daß der wunderliche Angestellten-Führer stets nur ihre Interessen, nicht aber diejenigen der Angestellten vertretet. Energisch für die Privatwirtschaft, mähevoll in der Sozialpolitik; Kommentar überflüssig.

Vorstehendes Unternehmerurteil über Thiel sollte allen Angestellten die Augen öffnen. Bei der bevorstehenden Wahl kann es für sie nur die Entscheidung geben:

Mähevoll für Otto Thiel, um so energischer aber für die Sozialdemokratie und ihre Liste 11

## Der Schiedsspruch für den Ruhrbergbau verbindlich

SPD Der Schiedsspruch für den Ruhrbergbau vom 4. September 1930 ist für verbindlich erklärt worden.

Der Kampf um die Löhne im Ruhrbergbau ist damit natürlich zunächst nur für kurze Zeit vertagt. Es war vorauszusehen, daß vor den Wahlen dieser Kampf nicht entbrennen würde.

## Gasausbruch in einem oberhessischen Bergwerk

Drei Tote.

Auf der Karsten-Zentrum-Grube sind drei Leute der Heuerwache, die gestern die Grube zu bewachen hatten, durch giftige Gase getötet worden. Die Bergbehörde hat den Fall bereits untersucht und leiserlei Verschulden Dritter festgestellt. Bei den Toten handelt es sich um einen Aufseher und zwei Arbeiter.

## Volkshaus Leipzig

Spezialgericht Heute: Holländisches Kalbsgekroese 903 Gefüllter Weißkohl mit Speck und Kartoffeln 903 Berliner Eisbein mit Sauerkraut 1.80 Hausgericht: Tagessuppe und Pökelschaukel mit Meerrettich und Käse 803 — Morgen: Pökelschoppen mit Sauerkraut 1.30 Hammekoule mit weißen Bohnen 1.30 Kalbskopf, geb. mit Remoulade 1.20 Hausgericht: Tagessuppe, frische Rinderbrust mit Wirsingkohl 803

nie die Eroberung der Mittelschichten eingetragen, deren er für seinen Erfolg nicht entbehren konnte.

In der Tat ließ sich Mussolini die Gelegenheit nicht entgehen, sich an das Unternehmen d’Annunzios anzuhängen; am Tage nach dem „Marsch“ las man in seiner Zeitung: „Die Regierung Italiens ist nicht in Rom, sondern in Fiume. Dieser Regierung schließen wir Gehorsam.“

Es gab wirklich zwei Regierungen. Eine, deren Oberhaupt man einen „Piraten“ nannte, hatte tiefe Wurzeln im Heere und verkörperte in den Augen des jungen Bürgertums und eines Teils der Heimlehrer die patriotische Leidenschaft eines Volkes, dem man seit Monaten vorpredigt, es würde von seinen Verbündeten gejagt und vertrieben und um seinen Anteil an Kriegsbooten begannert, den es mit 500 000 Toten und einer Million Verkümmelter bezahlt hatte. Und um diese Regierung scharte sich die Reaktion, die unter der Fahne des Patriotismus davon ausging, die Arbeiterbewegung zu vernichten, das allgemeine Stimmrecht ohnmächtig zu machen und vom Staate Besitz zu ergreifen.

d’Annunzio blieb in Fiume vom September 1919 bis zu Weihnachten 1920. Die Regierung Giolitti verjagte ihn, indem sie die Kanonen der Kriegsmarine auf die Stadt richten ließ. Wie in seinem ganzen Leben zeigte sich d’Annunzio auch hier malerisch, theatralisch und reich an großartigen Gesten. Er sprach sich den Titel eines Kommandanten zu und trug sich in die Register des „Fascio“ von Fiume eigenhändig als „Mann vom Waffenhandwerk“

# Generalversammlung des Baugewerbsbundes

## Für die Sozialdemokratie und Liste 1

Die Halbjahresgeneralversammlung nahm gegen 18 kommunistische Stimmen folgenden Antrag an:

"Da die Sächsische Arbeitserziehung fortwährend unsere Baugewerkschaft durch verlogene Artikel beschimpft sowie die Bauarbeiter aussortiert, die Liste 1 zu wählen, wird die Verbandsleitung aufgefordert, in der Leipziger Volkszeitung die Verlogenheit der Sächsischen Arbeitserziehung richtigzustellen. Die Generalversammlung beschließt, daß die Bauarbeiterchaft am 14. September ihre Stimme nur der Sozialdemokratischen Partei, Liste 1, gibt, die Haltung der Verbandsleitung bildigt und sich geschlossen hinter die Verbandsleitung stellt."

Der Grund für diese Stellungnahme der Generalversammlung war der in der Sächsischen Arbeitserziehung Nr. 205 vom 3. September 1930 erschienene Artikel: "Bauarbeiter ausgewählt!", den wir nachstehend vollinhaltlich wiedergeben:

In Leipzig-Connewitz baut gegenwärtig die katholische Kirchengemeinde neben ihrer Kirche ein katholisches Krankenhaus. In sich schon ein Zeichen, wie weit sich diese Schwarzlistel in dem sogenannten roten Sachsen vorwagen. Mit den ausführenden Firmen hat die katholische Kirchengemeinde in den Verträgen vereinbart, daß an katholischen Feiertagen die Arbeit zu ruhen hat. Die Diener Gottes auf Erden vergessen bloß, daß sie in diesem Fall, wenn sie die Arbeiter zum Feiern zwingen, ihnen natürlich die Zeit bezahlen müssen. Dessen weigern sich diese sonst so "wohlütigen" Herren. Die Baufirmen haben einen Anschlag herausgebracht, welcher besagt, wer mit diesen Maßnahmen nicht einverstanden ist, gilt als sofort entlassen. Der Deutsche Bauernbund, den diese Sache angeht, hält sich in Schweigen und kennt keine. Vielleicht ist die Frage erlaubt, steht der Bauernbund mit der katholischen Kirche unter einer Dede? Ein Wunder wäre es nicht, denn in der SPD und in den Gewerkschaften sind ja Katholiken bis in die höchsten Funktionen tätig. Es sei nur erinnert an den Reichstagsabgeordneten Schrey-Bielefeld und andere mehr.

Bauarbeiter, das dürft ihr euch nicht gefallen lassen. Beim nächsten katholischen Feiertag müßt ihr einfach zur Arbeit antreten, und wenn euch diese Herren wieder nach Hause schicken, dann gilt es sofort, den Kampf auszumachen. Diese Frechheiten der katholischen Clique können nur gebrochen werden mit dem rücksichtslosen Kampf auf der Baustelle. Jetzt gilt es, sofort die Belegschaft zusammenzurufen und taftige Delegierte zu wählen, um beim nächsten Feiertag, wenn diese Frage wieder steht, diesen Schwarzlistel zu zeigen, daß Leipzig kein Rheinland ist.

Bei diesem Kampf dürft ihr euch nicht auf den Baugewerbsbund verlassen, dieser wird auch, wie bisher, auch in dieser Frage im Stich lassen und am Ende verraten. Sofort eine Kampftstellung gewählt und vorgestossen, dann wird der Sieg euer sein!

Zu gleicher Zeit werden aber auch die Leipziger Baufirmen immer frecher. Bisher war es üblich, und so muß es auch in Zukunft bleiben, daß die Bauarbeiter, wenn sie wirklich einmal Ferien bekommen, ihren vollen Stundenlohn als Feriengeld ausbezahlt bekommen. Die Baufirma wittern aber jetzt Morgenlaut, sie werden jeden Tag frecher, gestützt auf den Vertrag der Gewerkschaftsbilokratie. Jetzt zieht man den Bauarbeitern die 7 Pfennig Feriengeldzulage, welche im Lohn mit enthalten sind, einfach vom Feriengeld mit ab.

Was macht der Baugewerbsbund in dieser Situation? Er macht den Boden zum Gärtner und läuft zum Arbeitsgericht.

Kollegen, so seien die Kampfmahnahmen des Baugewerbsbundes aus! Vor dem Arbeitsgericht werden ihr kein Recht bekommen, dieses Gericht ist wie jedes andere ein Unterdrückungs-institut in den Händen der Ausbeuter gegen die Arbeiterklasse. Ihr seht, die Bürokratie — zu feig, Kämpfe zu führen — bringt euch immer tiefer ins Elend. Es gilt jetzt, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition fest zu organisieren, um den Kampf aufzunehmen um Lohn und Brot. Zeigt, daß ihr als Bauarbeiter wie bisher in erster Reihe steht!"

Kollege Richter hat in der Beiratssitzung vom 4. September 1930 eingehend über die in vorgenanntem Artikel behaupteten Fälle berichtet.

Nach diesem Bericht erklärten die Fachgruppenobeleute Otto Richter (Maurer) und Albin Herbst (Bauhilfsarbeiter), die beide eingeschriebene Mitglieder der Kommunistischen Partei sind, daß sie derartige schwindelhafte Artikel der SAZ auf keinen Fall billigen könnten, sondern die Stellungnahme der Verbandsleitung aufzuhören vermöchten.

Dieses Bekennnis der eigenen Parteigenossen der angeblichen einzigen revolutionären Arbeiterpartei ist wohl Beweis genug dafür, welch traurige Agitation die KPD betreibt, um die Stimmen der Bauarbeiterchaft am 14. September für sich zu erschleichen.

Wie verhält es sich mit obigem Fall nun in Wirklichkeit?

Richtig ist, daß die Firma Steyer durch Vertrag gebunden ist, an fünf katholischen Feiertagen nicht arbeiten zu lassen. Richtig ist, daß die Verbandsleitung die Betriebsvertretung angewiesen hat, die Belegschaft aufzufordern, sich an den in Frage kommenden Feiertagen der Firma zur Arbeit zur Verfügung zu stellen und die Unterzeichnung des von der Firma vorgelegten Schriftstückes zu verweigern. Richtig ist ferner, daß die Verbandsleitung sofort gegen die willkürliche Maßnahme der Firma Steyer beim Unternehmerverband energischen Protest mit dem Hinweis, daß Tarifbruch vorliege, eingelebt und bei den Verhandlungen mit Erfolg der scharfsten Maßnahmen gedroht hat. Weiter entspricht es den Tatsachen, daß die Belegschaft trotz wiederholter Aufforderung, sich zur Arbeit zu stellen, es vor gezogen hat, zu Hause zu bleiben. Unser Vertreter stand bei einer Kontrolle dieser Baustelle morgens 7 Uhr vor verschlossenen Planen.

# SACHSEN

## Über 416 000 Arbeitslose in Sachsen

Die Arbeitsuchendenkurve ist in der Berichtszeit vom 15. bis 31. August 1930 fast im gleichen Ausmaße, nämlich um über 10 000, angewachsen wie in der ersten Augusthälfte und erreichte am 31. August den Stand von rund 416 700. Während in der Arbeitslosenversicherung durch die fortschreitenden Aussteuerungen eine weitere Enlastung um 1581 oder 0,3 Prozent eintrat und die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger von 193 337 auf 193 756 gestiegen ist, erhöhte die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Kreisunterstützung wiederum die erhebliche Steigerung von 83 589 auf 88 900, also um 6,4 Prozent.

Die stärksten Zugänge von Arbeitsuchenden kamen wiederum aus der Metallindustrie und aus der Lohnarbeit wechselnder Art mit je über 2300. Das Spinnstoffsektor gab in der Berichtszeit 1600 Personen frei, darunter 950 weibliche. Die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden im Baugewerbe zeigt bereits seit Ende Juli wieder eine Zunahme. Die Bereitstellungen von Reichsmitteln für den Wohnungsbau haben noch keinen fühlbaren Einfluß ausgelöst. Wohnungsbauprojekte wurden bisher nur in ganz geringem Umfang begonnen und in sehr kurzer Zeit fertiggestellt. Nach wie vor herrscht eine starke Fluktuation unter den Bauarbeitern. Auch die übrigen Auflandberufe belasteten den Arbeitsmarkt bereits durch zunehmende Entlassungen. Eine beachtliche Abnahme der Zahl der Arbeitsuchenden verbucht lediglich das Betriebsgewerbe, was wohl auf den Beginn der Herbstsaison zurückzuführen ist. Die Gesamtlage wird durch allgemeine Unsicherheit und besonders Kurzfristigkeit der Arbeitsverhältnisse gekennzeichnet. Auch Stilllegungen fanden wieder in großem Umfang statt und trübten das Bild.

Vergleicht man die einzelnen Arbeitsamtsbezirke nach dem Ausmaße der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Kreisunterstützung auf 1000 Einwohner nach dem Stand vom 15. August 1930, so stehen besonders ungünstig da die Arbeitsämter Sebnitz mit 28,4 v. T. in der Kreisunterstützung und 45,7 v. T. in der Arbeitslosenversicherung, Freital mit 24,9 v. T. in der Kreisunterstützung und 47,1 v. T. in der Arbeitslosenversicherung, Flöha mit 24,7 v. T. in der Kreisunterstützung und 45,2 v. T. in der Arbeitslosenversicherung, Chemnitz mit 24 v. T. in der Kreisunterstützung und 42,4 v. T. in der Arbeitslosenversicherung.

## So sieht ein Nazi-Bonze aus

Der nationalsozialistische Kandidat für das sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium, Oberregierungsrat Dr. Herzsch, hat sich etwas Einzigartiges geleistet. Er hat eine Klage gegen den sächsischen Staat eingereicht, weil ihm am 1. September auf Grund der neuen Steuern von seinem Monatsgehalt, das 1200 Mark beträgt, 27,50 Mark abgezogen wurden.

Während die Nazis in ihrer Wahlagitierung so tun, als ob sie für die notleidenden Schichten eintreten wollten, zeigt sich hier ganz deutlich ihr wahrer Charakter. Statt dafür zu kämpfen, daß die schwer belasteten unteren Beamtenklassen weniger Steuern zu zahlen brauchen, weigert sich ein Mann, der ein Jahresgehalt von rund 15 000 Mark bezieht, seine Steuern zu zahlen. Das ist ein echter Nazibonze!

## Ein Nazi-Bürgermeister?

Die Stadtvorstände von Pulsnitz (5000 Einwohner) haben den Radebeuler Rechtsanwalt Dr. Jurgeleit zum Bürgermeister von Pulsnitz gewählt. Jetzt berichtet unser Löbauer Parteiblatt, daß Dr. Jurgeleit bei einer Stadtverordnetenwahl in

Es entspricht den Tatsachen, daß der Syndikus des Unternehmensverbands an seine Mitglieder eigenmächtig ein Rundschreiben herausgegeben hat, statt der Ferienentshädigung von 1,30 Mark für Maurer und 1,15 Mark für Bauhilfsarbeiter nur den Grundlohn von 1,30 für Maurer und 1,08 Mark für Bauhilfsarbeiter zu zahlen. "Was macht die Baugewerkschaft?" schreibt die SAZ.

Der Vorstand der Baugewerkschaft riet nicht zum Arbeitsgericht, wie von der SAZ behauptet wird, sondern bei dem Erscheinen des Artikels in der SAZ vor die ganze Angelegenheit vor der in Frage kommen den Tarifinstanz bereit geregelt. Es wurde entschieden, daß die Entshädigung der Ferien nach den geltenden Stundenlöhnen wie bisher zu erfolgen hat, also der Maurer 1,30 Mark und der Bauhilfsarbeiter 1,15 Mark pro Stunde Ferienentshädigung erhält. Wir halten es für unter unserer Würde, noch weiter auf das Geschreibsel der SAZ einzugehen.

Kollegen vom Baugewerbsbund, so sieht die Wahrheit aus. Wendet euch ab von dieser Schwindsucht, diesen Verrätern der Arbeiterklasse, den Helfershelfern der kapitalistischen Gesellschaft! Stärkt die Sozialdemokratische Partei durch euren Beitritt und helft, die gesamte Arbeiterklasse zu dem Sieg zu führen, der uns von dem kapitalistischen Joch befreit und den Sozialismus bringt! Führt deshalb die Beschlüsse der Generalversammlung durch und gebt am 14. September eure Stimme einzig und allein der Sozialdemokratischen Partei, Liste 1!

Radebeul als Spitzenkandidat der "Völkischen Freiheitspartei" fungiert hat. Kommunalpolitisch ist Dr. Jurgeleit nicht besonders hervorgetreten, und seine juristischen Kenntnisse werden von Nachleuten umstritten — aber diese Mängel werden für die bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit offenbar durch die Nazi-Gesinnung des neuen Bürgermeisters weitgemacht.

## Die Sozialdemokratie schafft Arbeit

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion in Dresden hat im Stadtverordnetenfolgium den Antrag eingebracht, den Rat zu erneuern, sofort weitere 3 Millionen Mark für den Wohnungsbau (etwa 600 Wohnungen) aus Mitteln der Mietzinssteuer, 2 Millionen Mark für Notstandsarbeiten und 500 000 Mark zum Bau des geplanten Abfangkanals links der Elbe bereitzustellen. Ferner fordert der Antrag umfangreiche Hilfmaßnahmen für die Erwerbslosen.

## Kommunistischer Presseprozeß

Das Gemeinsame Schöffengericht Dresden verurteilte den 24 Jahre alten verantwortlichen Schriftleiter der Dresdner "Arbeiterstimme", Willi Horner, wegenüber Nachrede durch die Presse zu 1 Monat Gefängnis. Die kommunistische Arbeiterstimme hatte mehrere Artikel gebracht über angebliche Wohlstände in der Reichswirtschaft in Sachsen. Das Gericht hat den Wahrheitsbeweis nicht für erbracht angesehen.

## Die Verletzung von Hölz

Max Hölz hat bei der Schlägerei in der Wahlversammlung in Bad Elster eine Kehrrichtschüttung und Armquecksilber erlitten. Von den durch Türen und Fenster flüchtenden Versammlungsteilnehmern sind, wie sich erst jetzt herausstellt, außer Hölz noch 12 weitere Personen verletzt worden.

Die kommunistische Presse schneidet auf, die Aerzte hätten sich geweigert, Hölz Hilfe zu leisten. Es wird aber berichtet, daß Hölz zu einem Arzt in Behandlung gebracht wurde, dort aber erklärte, er wolle nicht in Bad Elster bleiben, sondern zu seinem Freund nach Falkenstein gebracht werden. Das ist auch geschehen.

## Menschenopfer unerhört

SPD Chemnitz, 11. September. Wieder hat sich in der Nähe von Chemnitz eine erschütternde Familienschrecke abgespielt. In Oberlichtenau hat sich ein 19jähriger Arbeiter, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und Sohn eines langjährigen Parteimitgliedes, vom Juge überfahren lassen. Seit langen Jahren arbeitslos, ausgesteuert und zugleich noch frant, das waren die Motive zu der Verzweiflungs-akt. Der junge Mann war einer der ältesten von zehn Geschwistern. Er brachte es nicht mehr fertig, seinen Eltern noch weiter zur Last zu fallen.

## Eine Muttertragödie

In Chemnitz wurde im Abort eines Grundstücks eine weibliche Kindesleiche aufgefunden. Offenbar handelt es sich um eine heimliche Geburt. Das Kind ist wahrscheinlich vom Hofe aus in die Grube geworfen worden. Die Mutter ist unbekannt. Die Tat dürfte erst in den letzten Tagen ausgeführt worden sein.

Dresden. Ein ungemütlicher Vater. In seiner Wohnung geriet ein Dienstmänn mit seinem 26 Jahre alten Sohn in Streit. Der Sohn wagte schließlich, um sich vor seinem Vater wie rasend gebärdenden Vater zu retten, kleinen anderen Ausweg mehr, als aus dem Fenster zu springen. Er blieb mit erheblichen Verletzungen liegen. Der Vater wurde der Heil- und Pflegeanstalt zugeführt.

Lichtenstein-Callenberg. Das Motorrad auf dem Hundewagen. Zwischen Oberlichtenau und Lichtenstein-Callenberg fuhr ein Motorradfahrer von hinten auf ein Hundegespann. Der Kraftfahrer und der Führer des Hundewagens waren auf der Stelle tot, während eine Frau leicht verletzt wurde.

Neustadt. Durch Hufschlag schwer verletzt. In Langburkersdorf wurde ein Bierkutscher schwer verletzt im Pferdestall aufgefunden. Das Pferd hatte ihn beim Füttern mehrfach geschlagen. Er wurde bewußtlos ins Krankenhaus geschafft.

Chemnitz. Eine unangenehme Überraschung in der Luft. Am 10. September erlebten die Gäste eines Flugzeuges, das nach Prag startete, in der Luft eine unangenehme Überraschung. Als das Flugzeug etwa 20 Meter hoch gestiegen war, blieb aus noch unaufgelöster Ursache plötzlich der Motor stehen. Der Führer versuchte, wieder über dem Flugplatz zu landen. Der Apparat blieb aber mit einem Flügel an einer Gartenlaube in der Nähe des Flugplatzes hängen und wurde beim Niedergehen stark beschädigt. Der Führer und die Fluggäste sind unverletzt geblieben.

Waldheim. Strom aber ungezähmt. Der Sekretär Ungerheim von der Stadtkirche hat 1600 Mark Kirchengelder unbedeckter Weise eingezogen und ist seitdem flüchtig. Er wird, da er auch noch anderer Straftaten beschuldigt wird, von der Staatsanwaltschaft steckbrieflich verfolgt.

**Wir liquidieren und verkaufen jetzt**

# Tische und Stühle

in verschiedenen Modellen und Holzarten, roh, gebeizt und poliert

vollständige Zimmer, Einzelmöbel

**zu besonders niedrigen Preisen**

# Hausrat Sachsen

Verkauf vormittags 9 bis 1 Uhr und nachmittags 3 bis 7 Uhr

G. m. b. H. LEIPZIG € 1

in Liquidation Querstraße 21/23

# UMGEBUNG

## Verordnetenfikung in Engelsdorf

Die Neubauten in der Schulstraße sind soweit gediehen, daß am 1. Oktober mit der Eröffnung der Apotheke zu rechnen ist. Ein Wiederherstellung der Bauvorrichtungen, die Inneneinrichtungen der Baugenossenschaft nicht zu bebauen, um den Wohnungen genügend Licht, Luft und Sonne zuzuführen; der Übernahme der Friedrich-Ebert-Straße durch die Gemeinde sowie der Herstellung des Triftweges hinter der Siedlung Engelsdorf-Ost für den öffentlichen Verkehr, stimmt man zu. Die unter dem Reichswohnungsbauprogramm zur Errichtung kommenden 24 Wohnungen werden nicht in der Pausendorfer Straße, sondern in der Bahnhofstraße gebaut, um zu erreichen, daß jede Wohnung bekannt wird. Der Antrag des Sportvereins Vorwärts um Überlassung eines Platzes wurde gegen die zwei Kommunisten abgelehnt. Hierbei brachten unsere Genossen ganz eindeutig zum Ausdruck, daß sie eine solche Eigenbrätelei grundäßig ablehnen und ihnen die mühsam aufgebrochenen Gemeindegelder zu wertvoll sind, um sie in solchen, die Kulturbewegung der Arbeiterschaft schädigen, Unternehmungen zu verzetteln.

Der kommunistische Gemeindeverordnete Weischke stimmte für diesen Antrag und erklärte sich damit für die Zerstückelung der Arbeiterturns- und -Sportbewegung. Arbeitersportler merkt ihr, wohin es gehen soll?

Die SPD-Fraktion hatte beantragt, für verheiratete Arbeitslose, Krieger- und Fürsorgeempfänger für Winterlohe und Kartoffeln Mittel zur Verfügung zu stellen. Dies fand einstimmige Annahme. Die Kommunisten wollten generelle Unterstützung, obwohl sie genau wissen, daß das ungünstig ist. Die Hilfsbedürftigen tun gut, schon jetzt ihren Antrag beim Fürsorgeamt zu stellen.

## Verordnetenfikung in Böhmen

Für Instandsetzung der Stöhmauer und Röthaer Straße kommt eine weitere Bezugshilfe durch den Bezirksverband nicht in Frage. Die ASW teilen mit, daß das Trinkwasser auf Grund einwandfreier Untersuchungen nicht gefundenschädlich ist. Zur Kraftwagenlinie Zwönitz-Rötha eine bestimmte Summe zu garantieren wurde abgelehnt. Die Abrechnung über die Pflastierung der Stöhmauer und Röthaer Straße, welche vom Bauausschuß geprüft und für richtiggefunden wurde, ist vom Kollegium anerkannt worden. Die sich etwas einstellenden Fehler werden vertragsgemäß innerhalb der Garantiezeit behoben. Aus Reichsmitteln soll die Gemeinde zur Errichtung eines zwölffamilienhauses 42 000 Mark erhalten. Zugunsten der BVG (Bergmanns-Wohnstätten-Gesellschaft) verzichtet die Gemeinde auf die 42 000 Mark. Dafür baut aber die BVG statt eines zwölffamilienhauses ein 24-Familienhaus, wovon 12 Wohnungen ausschließlich der Gemeinde zur Verfügung stehen. Diese 12 Wohnungen unterliegen dem Mieterschutzgebot. Die vorgelegte Zeichnung, über die Einführung der elektrischen Straßenbeleuchtung wird genehmigt. Durch die SPD-Fraktion kommt zum Ausdruck, alle gemeindlichen Bauvorhaben schnellstens durchzuführen, bei Vergabe verpflichtet an Unternehmer aber darauf zu achten, daß besonders Böhmer Erwerbslose Beschäftigung finden.

## Großherziger Nachrichten gegen Sozialdemokraten

In Nr. 104 vom 4. September bringt vorerwähnte Zeitung eine Notiz „Die Krankengebühr, eine Einrichtung, die von den Sozialdemokraten gefordert wurde.“ Es ist da u. a. zu lesen: „Es bleibt dabei, daß die von den Sozialdemokraten jetzt so schief bestimmt Vorläufe des Reichsarbeitsministers Siegewald zuerst von dem Vorsitzenden des Sozialdem. Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, Lehmann, und nachher von dem früheren Sozialdem. Reichsarbeitsminister Wissell vorgeschlagen worden sind.“

### Was ist Tatsache?

Sowohl der Verbandstag von 1928 wie der von 1930 in Nürnberg haben die Erhebung einer Krankengebühr oder eines Arzneikostenanteils als nicht in Frage kommend erklärt. Gen. Lehmann hat bei der Tagung des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen am 17. August 1930 in Dresden die ihm persönlich gemachten Vorwürfe in dieser Angelegenheit als unrichtig zurückgewiesen.

Unter Wissell wurde ein Referentenentwurf ausgearbeitet. Wissell aber hat erklärt, daß er den Referentenentwurf weder dem Kabinett noch dem Reichstag vorlegen werde. Erst sein Nachfolger Siegewald (Zentrum) hat sich den von Wissell abgelehnten Entwurf zu eigen gemacht.

Somit steht fest, daß sich die Großherziger Nachrichten in einer Front nicht nur mit Hugenberg und Konsorten, sondern auch mit Nazis und Kommunisten befinden. Ein derartig öffentliches Wahnsinnsspiel muss jedem einzelnen Großherziger Parteimitglied Veranlassung sein, überall, im Betrieb, beim Gewerkschaften, bei geselligen und privaten Zusammenkünften

der Schwindelnoten ausläufern entgegenzuwirken und die Zeit bis zum Wahltag auszunutzen, daß am 14. September alle proletarischen Leser der Großherziger Nachrichten ihre Stimme vereinigen auf Liste 1.

## Provokation der Nazis und Nazis in Elstra

In der Absicht, auch bei dieser Wahl dem Marxismus Stimmen abzusaugen, veranstalteten die Hitlerbanditen am Sonntag eine Kundgebung. Von dieser lange Zeit vorher Kenntnis genommen, veranstalteten die Leipziger Kommunisten bereits schon am Sonnabend eine Versammlung. Die auswärtigen KPD'lern waren angeblich als Ortschutz mobilisiert worden. Der ganze Nacht galt ihr Treiben. Sehr trefflich schreibt die SUZ: In der Nacht wurde jede Wahlarbeit gemacht. Transparente gehangen und Plakate geklebt und als die Elstraer Arbeiterschaft am Sonnabendmorgen auf die Straße kam, konnten sie überall sehen, daß unsere Genossen nicht müßig gewesen sind. Wir haben auch diesmal wieder den wahren kommunistischen Klassenkampf kennengelernt.

Kein unbefriedetes Wahlplatzt von uns war mehr zu sehen. Die KPD hatte ganze Arbeit geleistet.

Gegen 16.15 Uhr rückten die Nazihorden, sofort von der Polizei empfangen, in unserem Orte ein. Ohne große Beachtung war ihre Kundgebung nach einer halben Stunde abgeschlossen worden. Obwohl Herr Haase die größte Mühe gab, durch seine Rede die Massen an sich zu ziehen, isolierten sich die paar Neugierigen immer mehr von ihrer Umgebung. Während dieser Kundgebung marschierten die Kommunisten mutig auf und ab. Nach, Nach, halste es dann und wann aus jugendlicher Kehle. Als die Nazigestalten den Ort verlassen wollten,

wäre bald noch in letzter Minute ein Blutbad angerichtet worden. Dank der 70 Mann stark angeforderten Polizei ist es den Kommunisten vorbeigegangen.

Es muß an dieser Stelle offen gesagt werden, daß an einem Blutvergießen einzige und allein, ohne Rücksicht auf die Nazihorden, die Schuld der KPD beizumessen gewesen wäre. Warum hat die KPD ihre Versprechen nicht gehalten, während der Anwesenheit der Nazis den Sportplatz nicht zu verlassen? Warum? Wollte man durch ein Blutbad eine Heimspielstätte gegen Genossen freiznieren? Mit verleumderischen Argumenten versucht die SUZ das müster-gültige Verhalten der Polizei zu fristigen.

Den besten Eindruck jedoch hat die Soz. Arbeiterrjugend hinterlassen. Mit Fanfarenläufen und Sprechchor durchzogen sie den Ort. Ihre ernsten Gesichter zeugten davon, daß diese Wahl einen schweren Kampf für das Proletariat bedeutet. Mit einem begeisterten aufgenommenen Appell des Gen. Herberts verließ die Jugend noch getreue Agitation die hiesigen Einwohner.

Am 14. September gilt es, den Bürgerblock zu sprengen.

Gebt eure Stimme der Sozialdemokratie — Liste 1.

## Großstädteln.

**Verordnetenfikung.** Das Wegebauprogramm für 1930/31 wird nach dem Vorschlag des Bauausschusses aufgestellt und die Nachbelastung für die elektrische Straßenbeleuchtung festgelegt. Die Anträge der KPD werden mit 3 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Es war gefordert worden, Protest gegen die Steuerverordnung zu erheben und die Einziehung der Steuern zu unterlassen. Für die Entschädigung des Gemeindearbeiters wird fünfzigfach der Tarif für angelernte Arbeiter zugrundegelegt. Es wird die Errichtung einer Cheberatungsstelle mit der Stadt Leipzig und deren Bestimmungen belastiggegeben. Zu 4 Bauvorhaben werden die Baubedingungen aufgestellt und der Amtshauptmannschaft übertragen.

**Die elektrische Straßenbeleuchtung für den Gemeindebezirk** konnte dieser Tage zum erstenmal ihre Leuchtkraft beweisen. Es sind 49 Brennstellen eingeführt worden; Richtungslampen werden bis nach Mitternacht brennen.

## Taucha.

Im vergangenen Monat sind bei der hiesigen Sparkasse 145 483 Mark in 525 Posten eingezahlt und 30 050 Mark in 130 Posten zu rückgehoben worden. 84 Einlagebilanzen wurden neu ausgestellt, zehn sind erschlossen.

## Großjoch.

Das Ortskartei für proletarische Jugendpflege demonstriert Sonntag, den 14. September, vormittags 10.30 Uhr, für die Sozialdemokratische Partei — Liste 1. Die Teilnehmer sammeln sich um 10 Uhr auf dem Sportplatz der Freien Turner, Schleiterstraße. An dieser Demonstration beteiligt sich alles!

## Eisenburg.

Aus dem Gewerkschaftskartell. Zunächst hören die Delegierten einen fesselnden Vortrag des Arbeitsesekretärs Gen. Buchholz, Halle, über „Gewerkschaften und Reichstagwahl“. Hierauf wurde die vom Vorstand vorgeschlagene Liste der Arbeitsgerichtsbeisitzer, welche gemeinsam mit dem Torgauer Ortskartei aufgestellt wird, ohne Aenderung genehmigt. Eine Ausprache über die eingeführte Brüting-Notverordnung betr. der Krankenkassen wurde für eine erweiterte Sitzung bis nach den Wahlen zurückgestellt.

**VERPFLICHTET  
der Wahl  
die guten  
preiswerten  
Lebens-  
mittel  
von**

Stückenzucker z. Einmachen Pfd. ....	<b>.35</b>	Smyrna Sultaninen Pfd. ....	<b>.35</b>	Tilsiter Käse ½ fett Pfd. ....	<b>.62</b>	Auslands-Eier frisch geleuchtet 10 Stück	<b>.78</b>
--	------------	--------------------------------	------------	--------------------------------------	------------	--	------------

## KOLONIALWAREN

Kartoffelmehl	Pfund	22,-
Vollkreis	Pfund	22,-
Weizenmehl	Pfund	24,-
Kaiserauszugmehl	Pfund	28,-
Grießbadenudeln	½-Pfd.	25,-
Pudding-Pulver	½-Pfd.-Pak.	25,-
Maispuder	Pfund	32,-
Rote Grütze	½-Pfd.-Paket	35,-
Eiernudeln	1-Pfund-Paket	50,-
Makkaroni	1-Pfund-Paket	50,-
Schokoladen-Pulver	Pfund	95,-
Gebr. Kaffee	½ Pfd. 1,40, 1,10	95,-

## FRISCH-FLEISCH I. KLASSE

Rind-Fleisch	Schweine-Fleisch
Beinfleisch	Pfund 1,10
Hohe Rippe	Pfund 1,30
Schmorbraten o. Kn. Pfd.	1,60
Rouladen	Pfund 1,70

## Kalb-Fleisch

Brust u. Kamm	Pfund 1,20
Blatt u. Wickelbraten	Pfd. 1,30
Keule und Niere	Pfund 1,50
Koteletten	Pfund 1,50

## Hammel-Fleisch

Bauch	Pfund 1,20
Rücken	Pfund 1,30
Keule	Pfund 1,40
Koteletten	Pfund 1,40

## FETTE UND KÄSE

Margarine	Pfund	62, 56, 47,-
Kokosfett	Pfund	50,-
Vollmilch	große Dose	50,-
Amerikan. Schmalz	Pfund	78,-
Molkereibutter	½ Pfund	83,-
Allfeste. Molkereibutt.	½ Pf.	92,-
Dessertkäse	30% 3/6 Kart.	25,-
Emmentaler Käse	6/6 Kt.	75,-
Edamer Käse 20%	Pfund	78,-
Dänischer Käse 30%	Pfd.	95,-
Steinbuscher, vollfett	Pfd.	95,-
Roggengröt	... 3 Pfund	45,-

## Jauersche Brühwurst

-85
-----

## Oelsardinen

5 Dosen
---------

## Ringelheimer Auszugmehl

1.35
------

## Braunschweiger Schlackwurst

1.78
------

## KONFITÜREN

Pralinen-Mischung	Pfund	60,-
Husten-Mischung	Pfund	60,-
Kokosflocken m. Schok.	Pf.	80,-
Sahne-Bonbon	Pfund	80,-
Speise-Bruch-Schokol.	Pfd.	85,-



### Wahlplanimetrie des Rates

Seit einiger Zeit werden bei öffentlichen Wahlen auf jeweiligen Weihachten der Stadtverordneten Wahltafeln aufgestellt, auf die die Parteien ihre Wahlplakate kleben können. So geschieht es auch bei den letzten, im Juni erfolgten Landtagswahlen. Diese Tafeln wären im normalen Lauf der Dinge unmittelbar nach der Wahl wieder abgebrochen worden. Diesmal ging es anders. Leipzig hat seine IPA. Die IPA-Partei möchte gern, dass die Leipziger Bevölkerung das nicht vergibt. Deshalb hat sie den Rat erzürnt, die Wahltafeln für IPA-Propaganda zur Verfügung zu stellen. Der Rat ist, wie die IPA-Partei wünschte. Da kam die Reichstagsauflösung. Schneller als sonst, und vor allem ohne von den Stadtverordneten dazu gedrängt zu werden, ließ der Rat



neben die für die Landtagswahlen errichteten Tafeln noch solche für die Reichstagswahlen stellen. Nun prangt diese Fiete der Stadt überall in verdoppelter Auflage.

Doch ein Unglück kommt selten allein. Für die Reichstagswahlen gibt es eine große Anzahl Parteien, die Plakattafeln aber sind klein. In dieser Not begann der Rat zu rationieren. Und das machte er, wie es unter Bild zeigt. Er ließ über jede Tafel die schwarze Farbstoffe ziehen, was besagen sollte, keine Partei darf auf den Strich gehen. Und noch viel weniger darüber hinaus. Die Felder sind klein und die Plakate werden immer größer. Nur ganz wenige fügen sich in den vom Rat vorgeschriebenen Rahmen. So kommt es, dass die Plakattafeln aussiegen, wie unser Bild es zeigt.

Vor einiger Zeit hielten es die LNM für notwendig, sich über die SPD zu beschweren. Sie rechtfertigte nicht die vom Rat festgelegten Raumvorschriften. Das Blatt hat aber noch nicht Gelegenheit genommen, gute Ratskläge zu geben, wie in diesem Falle die Ratsvorschriften innegehalten werden sollen. Ein zweites sehen wir noch, dass so ähnlich alle Parteien sich genötigt sehen, die Ratsplanimetrie zu ignorieren.

### Protest der Schrebergärtner

Das steht im Freistaat Sachsen regierende Beamtenkabinett treibt, wie schon wiederholt in diesen Spalten nachgewiesen, einseitige bürgerliche Interessenpolitik. Von der vielgerühmten Überparteilichkeit dieser Regierung, an deren Spitze der volksparteiliche Herr Schied steht, war nach den bisherigen Taten dieser Regierungsmänner zu urteilen, wenig zu merken. Sogar die Schrebergärtner müssen sich neuerdings entschieden gegen die einseitige nur bestimmten Interessengruppen dienende Maßnahmen der sächsischen Regierung wenden. So hat die Vertreterversammlung des Leipziger Kreises der Schreber- und Gartenvereine in einer Entschließung einstimmig zugestimmt. Nach dieser nehmen die 28 500 Schreber- und Kleingärtner mit Entrüstung Kenntnis von den vom Beamtenkabinett Schied erlassenen Richtlinien für die Ausübung des Schankes in Kleingartens anlagen. Diese Richtlinien seien geeignet, die Schreberbewegung und die mit dieser zusammenhängende Jugendpflege ernstlich zu gefährden. Nochmalige Überprüfung, eventuell Erlass von Zusatzrichtlinien, sei dringend gebeten.

Wir zweifeln daran, dass die Schrebergärtner bei dieser Regierung, die in Wirklichkeit die Sachwalterin einzelner Interessengruppen ist, Erfolg haben. Am Wahltag sollten die Schrebergärtner eingedient sein des Unrechts, das ein bürgerliches Beamtenkabinett ihrer Bewegung zufügen will. Starke sozialdemokratische Vertretungen sind die besten Sicherungen gegen solche Anweisungen der Regierung, mit denen einer kleinen Gruppe Gewerbetreibender geholfen, die Allgemeinheit aber und die Schrebergärtner insbesondere geschädigt werden.

### Offnung der Leseäle der Bücherhallen

Auf Grund der Beschlüsse der städtischen Kollegien werden vom 16. September ab die Leseäle der 1., 3. und 4. Städtischen Bücherhalle wieder geöffnet. Der Leseaal der 2. Bücherhalle in der Zeitzer Straße wird nicht wieder geöffnet, da die 2. Bücherhalle am 1. Oktober nach dem neuen Gebäude in der Steinstraße übergesiedelt und etwa Mitte Oktober dort den Betrieb eröffnet. Die neue 2. Bücherhalle wird – ebenso wie schon die 4. Halle – über einen Zeitungs- und einen Bücherlesesaal, sowie über ein Kinderlesezimmer verfügen. Die Öffnungszeiten der Leseäle sind dieselben wie im letzten Jahre, und zwar: 1. Bücherhalle (Grenzstraße 3): Montags, Mittwochs, Freitags 12 bis 14, 16 bis 21 Uhr, Dienstags, Donnerstags, Sonnabends 14 bis 21 Uhr; 3. Bücherhalle (Richterstraße 8): werktäglich von 11 bis 13 und 15 bis 21 Uhr; 4. Bücherhalle (Johanneskirche Straße 14) Bücherlesesaal werktäglich von 15 bis 21 Uhr, Zeitungslesesaal werktäglich von 11 bis 13 und 15 bis 21 Uhr, Kinderlesezimmer Montags, Mittwochs und Freitags von 16 bis 18 Uhr, Dienstags und Donnerstags von 15 bis 17 Uhr.

# Krone des Reichsgerichts

## Herr Jorns in seinem „Dienst“zimmer

Liebe Volkszeitung!

Vor einem Jahr hat man das Reichsgericht „oben herum“ renoviert, doch in diesem Jahr kommt nun, wie du bereits schon in deinem Artikel vom 29. August 1930 mitgeteilt hast, die vordere Fassade daran. Ob aber die Republik jemals daran gehen wird, auch das Innere, den „Geist“ des Reichsgerichts zu renovieren, bleibt der Zukunft überlassen.

Aber nun noch eins: Als ich mich am Freitag, dem 29. August 1930, gegen 13 Uhr, „Studienhalber“ im Reichsgericht aufhielt, begegnete ich im Gange des Gebäudes Herrn Reichsanwalt. Ja, rate mal wem? Du kommst ja doch nicht darauf, also will ich es unter dem Siegel der Verjährtheit verraten! Rund heraus gesagt: Herrn Jorns! Jawohl, Reichsanwalt Jorns lustwanderte mit noch einem Herrn im Gebäude des Reichsgerichtes, um bald darauf in seinem „Dienstzimmer“ zu verschwinden.

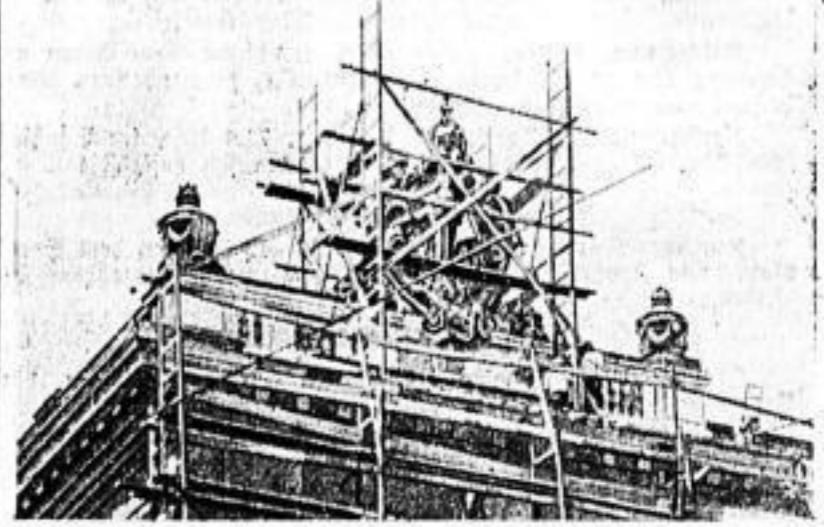
Nun sprach aber am 16. Mai 1930 der damalige Reichsjustizminister Dr. Bredt bei der Beratung zum Justizrat folgende Worte:

Reichsgerichtsrat Jorns hat nach seiner Beurlaubung keinerlei Arbeit mehr im Reichsgericht geleistet. Es mag sein, dass er sein Amtszimmer aus privaten Gründen noch mehrere Male betreten hat. Ich versichere auf das, bestimmtste, dass er nicht mehr im Reichsgericht tägt ist.

Den Worten eines Justizministers soll man Glauben schenken und so wird wahrscheinlich auch diesmal ein Dementi dahingehend folgen, dass Herr Jorns nur die Vertretung einiger seiner Kollegen, die sich gegenwärtig in den Herren befinden, übernommen hat. Was sollt sich denn sonst der beurlaubte Herr Jorns im Reichsgericht aufhalten? Solange aber noch Herr Jorns im Reichsgericht Besitz machen kann, solange wird eine Renovierung des Reichsgerichtes im Innern nicht erfolgen, denn Kollege Jorns verkörpert den Geist des höchsten deutschen Gerichts.

Und nun noch ein zweites Beispiel: Das Gerüst, das zum Abputzen des Reichsgerichtsgebäudes aufgestellt wurde, reicht hinauf bis zu den höchsten Spalten der kaiserlichen Reichsadler mit der Kaiserkrone. Aus der Höhe des Gerüstes wird mancher Schlussfolger, dass sich die Republik endlich auf sich selbst besonnen hat und diese monarchistischen Probleme entfernt. Un-

getrübter Kinderglaube! Als ich am nächsten Tage wieder am höchsten deutschen Gericht vorbeiging, bemerkte ich zu meinem Erstaunen, dass die Steinmetzen damit beschäftigt sind, dieses monarchistische Andenken nicht abzubrechen, sondern auch zu renovieren. Sie putzen also gewissermaßen das Firmenbild



des Reichsgerichtes. Damit wenigstens da kein Dementi erfolgen kann, leiste ich meine Kamera in Bewegung; ein Knips und – da hast du das beispielhafte Bild.

Du siehst also, liebe Volkszeitung, wie weit es schon in der deutschen Republik gekommen ist. Das republikanische Reichsjustizministerium lässt Kaiserkrone flimmern. Wittern einige Stellen in Berlin Morgenlust? Es scheint so!

Kollege Jorns und die monarchistischen Embleme in und um das Reichsgericht, nehmen der deutschen Justiz das letzte Vertrauen. Beides muss verschwinden! Über Näheres reden wir nach der Wahl.

### Jugendverderber aus Profitgründen

Wer denkt nicht mit Grauen und Entsetzen an die Greuel des Krieges und an die ungeheuren Opfer, die er Generationen aufgelegt. Unsere heutige Zeit der Winterns- und Not ist doch wahrlich Warnung genug. Dennoch gibt es Leute, die keine schöneren Lebensaufgabe kennen, als den Krieg zu verherrlichen und zu neuen Kriegen zu treiben. Und nicht minder verwerthlich scheinen uns die gewerblichen Unternehmungen, die lediglich des nackten Geldgewinnes wegen in Kriegsbegeisterung machen, und sich besonders den unreifen Sinn der jüngsten Jugend ihrer kriegsschürenden Profitmacher zu nützen. Vor uns liegt ein an die Frauen und Männer gerichtetes Schreiben der Firma O. H. Meier, Petersstraße 26, in dem es unter anderem heißt:

„Zinnsoldaten nicht darf haben, eine ganze Schachtel voll.“ So singt Ihr kleiner Vichtling, wenn er mit seinen Kameraden in den ersten Jahren aus der Schule kommt.

Kaufan Sie sie ihm, gnädige Frau, viele bunte Zinnfiguren: Deutsche, Franzosen, Russen, Japaner, Engländer und Schotten mit ihren bunten Röcken, Kolonialsoldaten und Harbigel. Zum Namenstag, zum Geburtstag, zu Weihnachten und freuen Sie sich an der Intensität des Soldatenspiels Ihres Jungen mit seinen

### Wahl-Beranstaltungen

Donnerstag, den 11. September, 20 Uhr

#### Böhlitz-Ehrenberg

Große Eiche: Otto Schröter, Leipzig

Die toten Ratten wicken mit

#### Mackenstädt

Volkshaus: Reichstagsabgeordn. Hugo Sauer

Die toten Ratten wicken mit

#### Taucha

Schützenhaus: Walter Zeiler

### SPD Unterbezirk Groß - Leipzig

Kameraden, wie er sich daran freut, Regimenten ins Manöver ziehen zu lassen, Paraden abzunehmen, ja sogar seine Heere gegeneinander in den Krieg zu schicken. Welch Siegesbegeisterung malt sich auf dem Gesicht Ihres Buben aus, wenn er die Feinde in die Flucht geschlagen hat. Seien Sie überzeugt, gnädige Frau, er denkt dabei nicht an die Wolllichkeit des Krieges, er verzweigt nur das eben Gehörte aus der Geschichtsstunde. Er lädt die Franzosen durch Deutschland nach Moskau, die Russen gegen die Japaner ziehen, er kämpft im Varentkrieg.“

„Freuen Sie sich an Ihrem Buben... erfüllen Sie ihm seinen einzigen Wunsch“, fleht der geschäftstüchtig an die Gemütsseite der Frau appellierende Zinnoldatenfabrikant. Krieg ist eine furchtbare Begeisterung, aber Zinnoldatenfabrikate sind eine Notwendigkeit für den Zinnoldatenfabrikanten. Der Junge wird schon aus diesen Gründen gar nicht „seien Sie überzeugt, gnädige Frau“, an die Wolllichkeit des Krieges denken. Das ist zweifellos richtig fassbar. Der Junge wird bei Kriegsgeschichtsunterricht und Zinnoldatenspiel nur an die kriegsromantischen und manchmal höchst verbrecherischen Erzählstil derer denken, die ihm die Liebe zu Zinnoldaten und die Neigung zur Kriegsspielerei eingetrieben haben. Würde er sich eine klasse Vorstellung von der Wolllichkeit des Krieges machen können, würden ihm die für den Zinnoldatenfabrikanten profitablen Wünsche nach solchem Spielzeug vergehen. So aber können nicht nur gewissenlose Kriegstreiber immer noch einige Hoffnung auf Erfolg haben, sondern auch noch junge Gemüter zu bestimmen, die in der Vernichtung der Menschen jenseits der Landesgrenzen ein göttliches, weil profitversprechendes Werk sehen.

### Die gestohlene Unterschrift

Die Volkspartei hat sich seit ihrem Bestehen immer weiter in Mitleid bei den Wählern gesetzt. Es traut ihr keiner recht. Die Volkspartei ist zweifellos auch diejenige Partei, die am wenigsten Reaktion bei der breiten Masse der Wählerschaft hat. Um so eifriger wirbt sie darum. Besondere Hoffnungen legt sie auf die politische Unerschrockenheit der Angestellten. Dabei begeht sie einen kleinen Schwund. Und zwar in einem besondern Rundschreiben, mit dem sie den Angestellten zugestandenes Flugblatt begleitet. In diesem Rundschreiben wird zum Beispiel auch behauptet, es sei ein „Aus- schuss gebildet worden, der es sich zur Aufgabe gemacht habe, die von den Parteien zur Wahl vorgeschlagenen Verhältnisse hinsichtlich ihrer Eignung, Sachwalter der berechtigten Angestellteninteressen zu werden“, zu prüfen. Der Volkspartei Thiel sei der Mann, der diese Prüfung bestanden habe. Diesem Ausschuss gehörte auch der Gewerkschaftsbund der Angestellten an.

Und das eben ist der Schwund. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten ist über diesen Schwund begreiflicherweise sehr empört. Er stellt sich sogar verantwortlich, im Interesse der Leipziger Neustadt Nachrichten dagegen Stellung zu nehmen. Er schreibt nämlich:

„Eine große Zahl von schriftlichen und mündlichen Anfragen veranlasst uns zu nachfolgender Erklärung:

Ein Wahlauftakt für Angestellte im Wahlkreis Leipzig“ unter Führung des DHB wird in einem an viele Leipziger Angestellte verfassten Rundschreiben vom 29. August 1930 für die Wahl des Herrn Thiel, Geschäftsführers im Deutschnationalen Handlungshilfsverband. Im ersten Satz des Rundschreibens betont dieser Ausschuss, dass er sich u. a. aus prominenten Mitgliedern auch des Gewerkschaftsbundes der Angestellten gebildet habe, und erwähnt damit den Eindruck, als ob der GdF die Wahl

des Herrn Thiel unterstütze. Wir stellen dazu fest, dass wir weder von der Bildung dieses Ausschusses und seinem Wirkeln unterrichtet wurden, noch prominente Mitglieder unseres Bundes an diesem Ausschuss beteiligt sind.“

Eine verflucht blamable Geschichte für den Deutschnationalen Handlungshilfsverband nicht minder als für die Volkspartei. Es muss sehr hoffnungsvoll um die Aktien dieser Partei stehen, wenn ihre Manager zu ihrer Rettung zu solchem fauldrischen Schwund greifen.

### Wichtig bei gewerblicher Hausarbeit

Vom städtischen Gewerbeamt wird uns geschrieben: Wer Arbeit an Hausarbeiter ausgibt oder ihnen abnimmt, hat in dem Raum, wo das geschieht, Lohnverzeichnisse offen auszulegen oder Lohnnoten auszuhängen. Jeder Hausarbeiter ist entweder ein Lohnbuch oder ein Arbeitsnotiziel auszuhängen. Dafür darf nichts berechnet werden. Neben die Hausarbeiter ist ein Verzeichnis nach vorgegebtem Muster zu führen. Das Verzeichnis hat zu enthalten: Ort, Namen des Arbeitgebers, Zwischenmeisters, Lage der Betriebsstätte, Ort, Namen des Hausarbeiters, dessen Familienstand (ledig, verheiratet), Lage der Betriebsstätte, Art der Hausarbeit, Stand des Ehemannes bzw. Ernährers. Die Personen sind nach Wohnorten geordnet aufzuführen. Eine Abschrift des Verzeichnisses ist in diesem Jahre von allen Unternehmen, die Hausarbeiter beschäftigen, bis zum 12. September 1930 dem Gewerbeamt (Neues Rathaus, Zimmer 167) einzureichen. Maßgebend für das einzurichtende Verzeichnis ist der Stand vom 1. August 1930, der Tag der allgemeinen Arbeitnehmerzählung. Zur Abgabe dieses Verzeichnisses sind auch die Arbeitgeber verpflichtet, die im Laufe dieses Jahres bereits ein Verzeichnis eingereicht haben. Die Verzeichnisse sind zu unterschreiben und mit der Versicherung zu versehen, dass das Verzeichnis vollständig ist. Für die Hausarbeiter besteht die Kranken- und Invalidenversicherungspflicht.

### Feindliche Brüder

Das Polizeipräsidium teilt mir: Am 10. September in der ersten Stunde nachts kam es in der Kochstraße, in der Nähe des Kreuzes in Leipzig-Connewitz, zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten Hitlerischer und Otto Strasser'scher Richtung, an der sich dann auch noch ein Kommunist beteiligte. Vom Überfallkommando wurden zwölf Personen dem Polizeipräsidium zugeführt, von denen elf wieder entlassen wurden. Ein Nationalsozialist ist wegen dringendem Tatverdachts dem Gericht übergeben worden.

Der Bund der Kriegsverletzten, Witwen und Waisen der tschechoslowakischen Republik in Deutschland, Sitz Chemnitz, E. B. hält am 13. und 14. September 1930 im Südbau, Zeitzer Str. 36, seinen 4. Bundestag ab.

## Wo ruft die Pflicht?

**Motorradfahrer (Solidarität).**

**Kameraden des Motorradklubs Schwarz-Rot-Gold**  
sowie alle Motorrad fahrenden SPD-Mitglieder  
stellen am Freitag, 12. September, 18.45 Uhr, zu mächtiger Wahl-  
demonstration am Stephanplatz — Keiner darf fehlen, jeder sorge  
für regste Beteiligung.

Funktionäre.

Pausendorf. Morgen Freitag, 18.30 Uhr, kurze Funktionärs-  
sitzung, Bibliothek (Materialausgabe). Wahlhelfer müssen auch  
erscheinen.

Großschocher. Morgen, 20 Uhr, Funktionäre und alle Ge-  
nossinnen und Genossen, welche am Sonntag Wahlarbeit leisten  
wollten, in der Frohsburg. Zum Fackelzug für Sonnabend,  
13. September, stellen wir 18.45 Uhr ebenfalls in der Frohsburg.

Probstheida. Zur Wahlkundgebung mit Fackelzug treffen wir  
uns 18.30 Uhr auf dem Turnplatz.

Pegau. Wahlhelfer und Funktionäre, Freitag, 20 Uhr, im  
Volkshaus. Flugblattverteilung und Wahlarbeit.

Alt-Leipzig, Süden. Alle arbeitsfreudigen Genossinnen und  
Genossen sind zu der heut' abend, 19 Uhr, stattfindenden Wahl-  
helferstiftung eingeladen. Nebensaal Sintls.

Neuschönfels. Treffpunkt Sonntag, 7.30 Uhr, im Sophien-  
schlößchen. Arbeitsfreudige Genossen können sich daselbst mit ein-  
finden.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Deutsch. Morgen alle Kinder von 17—19 Uhr auf dem Sport-  
platz. Die Sparbücher sind mitzubringen zweds Auszahlung des  
Geldes.

## Mitglieder-Veranstaltungen

Sünn. Alle Mitglieder, Jugend, Sportler, Sänger usw.  
Sonnabend, 13. September, zum Fackelzug mit Pausendorf. Stellen  
10 Uhr am Konsum, Fackelzug im Turnerheim Pausendorf.

Dölln-Dösen. Alle Parteigenossen, Turner und Sportler  
treffen sich zum Fackelzug am Freitag, 10.30 Uhr, in Dösen,  
Johannishöhe Ecke Marktmeißner Straße. Nicht zahlreiche Be-  
teiligung ist erwünscht.

Bösdorf. Wir besuchen die Wahlversammlung in Entha am  
Freitag, 12. September, im Reichsadler. Treffen 19.30 Uhr am Kon-  
sum Bösdorf.

Modau. Morgen, Freitag, Fackelzug! Alle Genossinnen und  
Genossen, Jugend, Freidenker, Turner, Sportler, Radfahrer und  
Sänger treffen sich 19 Uhr an der Wollkämmerel. Es ist Pflicht,  
dass sich alle daran beteiligen.

## Treviranus über Beamtengehaltskürzung

Für Mittwochabend hatten die sogenannten Volkskonservativen  
eine Versammlung nach dem Zoo einberufen, in der Reichsminister  
Treviranus für das derzeitige „Frontkämpfer“-Kabinett im  
allgemeinen sowie für sein Grüppchen im besonderen nach Kräften  
die Reklamekrammel rührte. Er nahm dieses Mal den Mund bei  
weitem nicht so voll wie in zahlreichen vorangegangenen Wahlreden,  
was allerdings auch auf das lästige „Klima“ zurückzuführen sein  
könnte.

So oft die Reichsregierung seit 1918 unter sozialistischem Ein-  
fluss gestanden habe, sei es in jeder Beziehung bergab gegangen;  
die Währung sei dauernd abgerutscht, in der Außenpolitik habe man  
nichts erreicht, auf handelspolitischem Gebiet wurden ungünstige,  
erst ab 1925 ländliche Handelsverträge mit den meisten übrigen  
Staaten abgeschlossen. Da habe 1924 ein entschlossenes Rechts-  
kabinett das Steuer herumgerissen, die Valuta stabilisiert, Deutsch-  
lands Stellung wesentlich gestärkt, den Reichssäckel prall gefüllt;  
dagegen: ohne die SPD ging es auswärts, auswärts, auswärts! Unter  
Hermann Müller hingegen sei eine katastrophale Wirtschaftskrise  
ausgebrochen, die Erwerbslosigkeit ins Unermeßliche gestiegen, die  
Pump- und Schuldenmisere des Reiches unerträglich geworden, bis  
man endlich der SPD das Host aus der Hand genommen und be-  
gonnen habe, den Karren aus dem Dreck zu ziehen. Das gehe freilich  
nicht so fix, wie sich viele wünschen; man müsse Geduld, Geduld  
und noch einmal Geduld haben; auch das Brüning-Kabinett könne  
bloß mit Wasser sogen...

Und nun kamen einige „Rosinen“, die sich Herr Treviranus in  
seinem Interesse besser für die Zeit nach den Wahlen aufgespart  
hätte. Mit der Ankündigung, dass „eventuell eine weitere Kürzung  
der Beamtengehälter zur Sanierung der Finanzen des Reiches vor-  
genommen werden“ müsse, därfte er selbst in den konserватiven  
Beamtenkreis keine Begeisterung für das „Frontkämpfer“-  
Kabinett erwarten. Und mit dem besonders betonten Hinweis dar-  
auf, dass die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit „nie und nimmer  
Ausgabe des Staates“ sein könne, möchten wohl auch Erwerbslose  
taum für Brüning und seine Mannschaft gewonnen werden. Bitter  
war ferner das Eingeständnis, dass trotz aller Dringlichkeit und  
trotz der geradezu katastrophalen Lage der Gemeinden „frühestens  
1932 mit einem neuen Finanzausgleich zu rechnen“ sei; bis dahin  
möchte wohl oder übel weitergewurstelt werden wie bisher!

Im übrigen gab Treviranus der Erwartung Ausdruck, dass die  
Hugenberge nach den Wahlen nicht noch einmal die Notverord-  
nungen ablehnen, sondern lieber mitarbeiten werden. Hätten doch  
die zwölf Jahre ununterbrochener Opposition der preußischen Land-  
tagsfraktion einfach gar nichts für die Deutschnationalen eingebracht,  
so dass verständlich sogar ultraeigene Abgeordnete von der  
Parteileitung verlangt hätten, „eventuell auch eine Koalition  
mit den SPD zu gestatten“. Der Sinn dieser Wahlen sei, eine  
starke Mehrheit für das Kabinett Brüning und sein Reform-  
programm zu schaffen; dann könne man auf die SPD pfeifen!

In der Debatte produzierte sich der Nationalsozialist Weise  
so lästig, dass es dauernd Höllekeitsstürme gab. Den Mangel an  
Kenntnissen suchte diese Säule von Deutschlands Zukunft durch  
äußerst forsches Ausstreiten zu erzeigen. Aber auch die preußische  
Heldewelschnauze wäre diesem geistigen Wanjo nicht gewachsen  
gewesen. Dann machte Herr Blähmann noch in wohlgeferteten  
Worten Treviranus einen Vorwurf daraus, dass dieser die Partei  
erschlagen habe. Mit derartigen „Familienzwist“ und ihrer Er-  
örterung schlug die Versammlung.

X.

## Fehlgeglückte Nazi-Abenteuer

Nazihelden sind „Männer“ der Tat. Mit genau demselben  
fanatischen Geifer, wie er die Kommunisten zierte, ziehen sie tag-  
täglich in grimmwütigen Krieg gegen sozialdemokratische Wahl-  
pläne. Neuerdings haben sie es besonders auf die an Häusern  
angebrachten Transparente abgesehen. Wir haben schon wieder-  
holt auf die Heldenstückchen der latendurftigen Leuthen hin-  
gewiesen. Sie treiben allenfalls ihre Unwesen. Doch manchmal  
geht's ihnen auch ein wenig schief. So in der Dauthé- und Kreuz-  
straße. Erst verluden sie sich in Steinbombardements, dann in  
der Verprügelung von Passanten. Schließlich wurde es der dortigen  
Bewohnerchaft aber doch zu toll. Sie schritten zur Gegen-  
abwehr. Mit solchem Erfolg, dass die Nazis schleunigt das Weite  
suchten, so schleunigt, dass sie sogar ein Motorrad zurücklassen mussten.  
Spannig anzusehen war auch eine andere Aktion in der Kron-  
prinzstraße. Dort hatte man es auf eine rote Fahne abgesehen.  
Mit einer langen Leine wurde immer wieder verucht, den auf die  
Straße hinaustragenden Schaft einzufangen. Etliche der nächtlichen  
„Fassowerfer“-kolonne standen Schiere, andere warfen Leine. Viel  
Geißel vernichten sie dabei nicht zu entwindeln, denn immer  
wieder fiel die Leine hilflos zu Boden. Schließlich zogen die  
tapferen Ritter vom traurigen Strid wieder ab. Sichtlich un-  
zufrieden mit der Welt und sich selbst, denn: stolz weht die Flagge  
rot! rot! rot!!

# Die Sozialkennner für Liste 1!

In einer stark besuchten Wahlkundgebung des Zentralverbandes für Arbeitsinvaliden, des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und des Vereins der sozialistischen Arzte sprach im großen Saal des Volkshauses Genosse August Karten, Berlin, der Anwalt aller Sozial-, Invaliden-, Unfall und Fürsorgerentner im Reichstag.

Er führt u. a. aus: Die Sozialdemokratie ist aus der Regierung herausgedrängt worden, weil man mit ihr keinen Kompromiss abrauben kann. Nur hat es die Regierung Brüning unternommen, durch Notverordnungen den Reichshaushalt „in Ordnung“ zu bringen. Auch die Arbeitsinvaliden und Kriegsbeschädigten werden durch diese Schandverordnungen aufs schwerste getroffen. Die Ledigensteuer, die in Höhe von 10 Prozent von jedem Monatsinkommen über 220 Mark erhoben wird, trifft die, die für Eltern zu sorgen haben, während die verheiratete Frau, deren Mann als Beamter verdient, bestreit ist. Von der Bürgerabgabe, der berüchtigten Negersteuer, die zuerst von Fried in Thüringen eingeführt wurde, sind nur Arisenunterstützte und Fürsorgerentner bestreit, sie trifft den Empfänger von Arbeitslosenunterstützung und alle übrigen Rentner.

Der Abbau der Erwerbslosen- und Krankenversicherung fällt am schwersten auf die Sozialrentner zurück. Unter 17 Jahren gibt es keine Unterstützung mehr, für die nun die Eltern aufzukommen haben. Versicherungspflichtig sind nur solche mit über 30 Arbeitsstunden in der Woche. Damit sind eine Menge von Sozialrentnern, die Nebenbeschäftigung haben, aus der Versicherung herausgeworfen. Wer das Pech hat, nur von Zeit zu Zeit Beschäftigung zu finden, bekommt eine niedrigere Unterstützung. Über die Doppelverdiener in den höheren Schichten bleiben ungeschoren.

Dann die 50 Pfennig für den Krankenschein, den Mordschein! Die Kriegsbeschädigten haben keinen klagbaren Anspruch mehr auf Heilsverschreibungen, auf Kriegsrente überhaupt und Verschlimmertenrente. Nur in wenigen Fällen besteht noch das Klagerrecht. Der Invalidenversicherung, die in ablesbarer Zeit auch in finanzielle Nähe kommen wird, hat die Regierung Brüning 65 Millionen im Jahr genommen.

Auf die Frage der Sozialdemokratie im Reichstag, wann denn endlich die Novelle komme, die nicht mehr die alten, sondern die neuen Grundlöhn für die Berechnung der Unfallrente vorsehe, hat sich Brüning in sehr bedetes Schweigen gehüllt. Über es kann noch viel schlimmer kommen. Es droht Abbau der Invaliden- und Sozialversicherung überhaupt, der Bedürftigkeitszwang. Die Sozialdemokratie verlangt dagegen Ausbau der Knapp-  
schafts-, Invaliden- und Unfallversicherung.

Sparen kann man beim Reichswehretat, bei den Kosten für unsere Diplomaten im Ausland, bei den Offizieren, die in Russland „tätig“ sind, bei den hohen Preisen, die dem Reich berechnet werden, an dem aufgeblähten Verwaltungssapparat.

Nur hat Brüning einen Gesetzentwurf zur Kürzung der Pensionen eingebracht. Da hat er plötzlich den Artikel 48 ver-  
gessen. Da gilt es nicht. Da soll eine Zweidrittel-  
mehrheit gesunden werden.

Der Stockholmer Gewerkschaftscongres hat den Ausweg gezeigt:  
bei der zunehmenden technischen Rationalisierung kann nur die  
Einführung der 44-Stunden-Woche helfen. Wir leben nicht, um  
zu arbeiten, wir arbeiten, um zu leben.

Genosse Dr. Solowetschik brachte einige Beispiele aus seiner  
Gutachtertätigkeit als sozialistischer Arzt. Die Mehrzahl der bürger-  
lichen Arzte, die eine Scheinhöchstabilität zeigen, sind von vorn-  
herein Partei gegen den schwächeren Rentenkämpfer, der gegen die  
Mauer der Versicherungsbürokratie rennt.

Versuche des Kommunisten Grenzel vom Internationalen  
Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, in der Diskussion der  
Sozialdemokratie wieder mal eins auszuwischen, fielen läufig zu  
Boden, da sie von der Versammlung einmütig und enttäuscht abgelehnt wurden. Man hatte von der Störung der Willens-  
versammlung genug.

Mit dem Gelöbnis, am kommenden Sonntag alles für die  
Sozialdemokratie zu mobilisieren, fand die von den  
Genossen Schönfeld und Schröder geleitete Versammlung ihres  
Abschluss.

Dem Reichsbanner, das in diesen Tagen schwere Arbeit zu  
leisten hat, gebührt auch hier für seine Ausopferung alle  
Anerkennung. W.

## Nazis im Amt

Was die Nazis am schärfsten auszeichnet, das ist ihre oft an  
Freiheit grenzende Unvernunft. Wo sie in Amt und Würden  
sind, benutzen sie beides zu ärztligen Missbräuchen. Auch in der Post-  
verwaltung Leipzig gibt es solche Brüder in Hitler und Strafer. Dass sie für ihre verhorbenen Ideen Anhänger suchen und sich für  
ihre Organisation Richtlinien schaffen, ist gewiss ihr gutes Recht.  
Dass sie aber für ihren christlichen Werbeverkehr sich amtlichen  
erst durch Diebstahl erworbenen Materials bedienen, fordert allerdings  
schärfste Juristewbung. In unseren Händen befindet sich eine  
für innerorganisatorische Zwecke herausgegebene national-  
sozialistische Anweisung, die auf postamtlichen Formblättern ge-  
druckt ist. Das nicht allein. Man hat zu ihrer Herstellung auch  
die ganze amtliche Apparatur in Bewegung gebracht. Schreibmaschine,  
Steindruckapparatur, Papier. Fehlt nur noch, dass die Arbeiter  
zu Herstellung dieser Anweisung in der vom Staate bezahlten  
Arbeitszeit gefestet würden. Wir hoffen, auch darüber in nächster  
Zeit bestimmtes berichten zu können. Wo hat die Postverwaltung  
ihre Augen, dass sie gar nicht wahrnimmt, was Nazis in ihrer  
Dienstzeit in den amtlichen Räumen treiben?

## Infolge Herzschlags gestorben

Um sich den Strafvollzugsbehörden zu entziehen, stellte sich  
der Bücherrevisor Bruno Helmhold aus Falkenstein i. B. eine  
Sterbeurkunde aus, nach der er im Juni d. J. infolge Herzschlags  
gestorben sei. Dann ging er auf Reisen, die ihn nach München  
und später nach Falkenstein führten. Alle Zeitungsurkunden,  
die man Helmhold nach Leipzig schickte, landete seine Chefsfrau mit  
dem Bemerk zuerst, dass ihr Mann doch gestorben sei. Um ihren  
Mann weiter vor seinen Verfolgern zu schützen, ließ Frau Helmhold

## Stimmschein besorgen!

Für Städte Freitag letzter Tag

Wähler und Wählerinnen, die am Wahltag aus beruflichen  
oder anderen zwingenden Gründen außerhalb ihres Wohn-  
ortes sich aufzuhalten, müssen sich bei der Gemeindebehörde  
ihres Wohnortes einen Stimmschein besorgen. Kleine  
Gemeinden stellen Stimmscheine noch am Sonnabend aus.  
In größeren Gemeinden können Anträge auf Stimmscheine am Sonnabend nicht mehr entgegengenommen  
werden, weil die Stimmkarten bereits an die Wahlvorstände ausgegeben sind.

Wer einen Stimmschein benötigt, darf mit dem Antrag  
nicht bis zum letzten Tage warten. Es besteht sonst die  
Gefahr, dass der Antrag nicht mehr rechtzeitig erledigt  
werden kann.

Logar Todesanzeigen drucken und veröffentlichen. Heute stand  
nur der Drückerberger wegen Urkundenfälschung vor den Schranken  
des häusigen Schöffengerichts, das ihn zu 1 Jahr 7 Monaten Ge-  
fängnis und 5 Jahren Ehrentreitsverlust verurteilte.

## Indirekte Werbung für die Nazis

Es gibt in Leipzig nicht wenige, die deshalb nicht mit den  
Nazis in aller Öffentlichkeit sympathisieren, weil es zur Stunde  
noch ein bisschen risikant ist. Man weiß nicht recht, was für eine  
Zukunft dieser Partei der bürgerlichen Pleite beschieden ist. Aber  
es gibt ja auch noch andere Mittel und Wege, den Nazis einige  
Steine des Antikes aus dem Weg zu räumen. Von einem dieser  
Mittel macht man dieser Tage in der Frauenberufsschule ver-  
meintlich treffsicheres Gebrauch. Man erlässt, es sei den Berufs-  
schülerinnen strengstens verboten, sich an kommunistischen Kund-  
gebungen irgendwelcher Art zu beteiligen. Dass die National-  
sozialistische Arbeiterpartei genau denselben Blödmann und genau  
dieselbe verbrecherische „Politik“ betreibt, verschwiegt man aus  
sicher nicht unbekannten Gründen. Fühlen die für das Leipziger  
Schulwesen verantwortlichen Leiter nicht die Pflicht, in der gleichen  
Weise wie sie vor der kommunistischen Verbrennerpolitik warnen,  
die Schüler auf die nicht minder verhängnisvolle nationalsozialistische Politik hinzuweisen? Gibt es vielleicht in der verantwortlichen Schulleitung auch Leute, die einfältig genug sind, die von der Unterstützung der nationalsozialistischen Bewegung drohende  
Gefahr nicht zu sehen oder gibt es dort gar solche, die trotz der Erkenntnis dieser Gefahren ihnen verwegene Schmierstehdienste  
leisten?

## Schweres Straßenbahnunglück in Zürich

### Zwei Tote, sehn Verletzte

U. Zürich, 11. September.

Ein schweres Straßenbahnunglück, bei dem zwei Frauen ums  
Leben kamen und zehn Personen verletzt wurden, ereignete sich am  
Mittwochabend in Zürich. In einem Straßenbahnhof waren  
drei aneinandergepolzte Anhängewagen auf bisher unbekannte  
Weise in Bewegung gekommen. Einer der Wagen bemerkte werden  
konnte, rollten die Wagen auf dem etwas abschüssigen Gelände aus  
dem Bahnhof hinaus und die abschüssige Straße hinunter. An einer  
Haltestelle zögerten die Wagen auf einen gut besetzten Straßenbahn-  
wagen auf, der darauf ebenfalls in rasende Fahrt geriet. Der Fahrgäste  
bemächtigte sich ein durchbohrtes Schreie. Ein Fahrgast versuchte  
abzuspringen, blieb aber mit einer schweren Kopfverletzung liegen.  
In einer scharfen Kurve sprangen die Wagen aus dem Gleise und der vorderste Wagen zerschellte an einer Mauer, die drei nachfolgenden schoben sich in die Trümmer des ersten Wagens hinein.  
Aus den Trümmern erschollen durchbare Schreie. Glücklicherweise war bald ärztliche Hilfe zur Stelle. Die zehn Verletzten, darunter ein Fr. Schaller aus München, wurden sofort in ein nahegelegenes Krankenhaus gebracht. Die beiden Toten konnten erst nach mehrstündigem Arbeit aus den Trümmern geborgen werden. Der Straßenbahnhüter blieb unverletzt, erlitt aber einen Nervenschaden. Unter dem Eindruck des durchbohrten Unglücks beging der stellvertretende Leiter des Straßenbahnhofs einen Selbstmord-  
versuch, indem er einen Mast der elektrischen Hochspannung er-  
schnitten. Mit schweren Brandwunden stürzte er zu Boden.

## Die Zeppelin-Landung in Moskau

### Russland ist begeistert!

U. Kowno, 10. September.

Wie aus Moskau gemeldet wird, war zur Landung des Luft-  
schiffes „Graf Zeppelin“ auf dem Moskauer Flugplatz eine Kom-  
panie Fliegertruppen als Haltemannschaft bereitgestellt, die ihre  
Aufgabe gut erfüllte. Der Flugplatz selbst war mit dichten Men-  
schenmengen überfüllt. Bereitete Polizei und Truppen der OGPU  
hielten die Ordnung aufrecht. Auf dem Ehrenplatz lag man den  
Vertreter des Außenkommissariats unter Führung des früheren  
Berliner Handelsvertreters Stomonjakow, den Vertreter der  
Luftstreitkräfte Baranow, Vertreter des Kriegs- und Revolu-  
tionsrates, den Oberbefehlshaber des Moskauer Militärbezirks  
Kort, ehemaliger Militärrat in Berlin, ferner die deutsche  
Botschaft unter Führung des Botschaftsrats von Twardowski,  
die deutsche Kolonie und die Vertreter der deutschen sowie der  
übrigen ausländischen Presse. Die Vertreter der Sowjetregierung  
beglückwünschten Dr. Eckener zu dem erfolgreichen Flug nach Russland  
und der glatten Landung in Moskau. Immer wieder jubelte  
die Menge dem großen deutschen Luftfahrer zu. Die Vertreter des Stadtrates übermittelten so-  
dann Dr. Eckener die Grüße der Moskauer Stadt-  
sowjets.

# Sorgen des Droschkgewerbes

## Wo bleibt die Reichsregierung?

In Leipzig findet gegenwärtig der 10. Verbandstag des Zentralverbandes für das Droschkgewerbe Deutschlands statt. Und diese Veranstaltungen brachte — gegen alle Erwartungen — eine Reihe von interessanten Überzeugungen. Nachdem der Verbandsvorsitzende Franz Schneider in einer eingehenden Begrüßungsansprache die große ökonomische Bedeutung des Gewerbes unterstrichen und die Förderung seiner Bestrebungen durch das Polizeipräsidium Leipzig hervorgehoben hatte, erhielt nach den Vertretern von Reichs- und Landkreisregierungen Stadtrat Leiske für die Stadt Leipzig das Wort. Nach einer kurzen Einleitung führte er folgendes aus: „Es war mir angenehm, aus dem Munde Ihres Herren Vorsitzenden erfahren zu haben, daß die Vertreter der großen Brennstoffkonzerne an Ihrer Tagung teilnehmen. Ich brauche darum nicht in der Abwesenheit der Angegriffenen über die Preisentwicklung in der Brennstoffversorgung und die Werbemethoden dieses Industriezweiges zu sprechen. Das Droschkgewerbe ist der stärkste Kunde des Brennstoffhandels. Ähnlich wie in Leipzig hat es sich wohl auch in anderen Städten zum gemeinschaftlichen Einkauf des Brennstoffes zusammengetragen, um die Vorteile des gemeinsamen Einkaufes auszunützen. Wir haben nun in Leipzig das Gefühl — und ich spreche das mit Bedacht — in aller Offenlichkeit im Namen der Stadtverwaltung aus —, daß der Brennstoffhandel Wege einzuschlagen beginnt, die nicht mehr als wirtschaftlich bezeichnet werden können! (Bravo!) Wir erleben im Rathaus Leipzigs seit Jahren einen stürmischen Wettkampf des Brennstoffhandels um das Leipziger Geschäft. Wir können uns nicht retten vor Anträgen auf Zulassung von Tanzställen auf den schönen Plätzen unserer Stadt. Das ist in einer Zeit der Fall, in der der Fahrraumverkehr nicht zunimmt, sondern vermutlich eher zurückgeht. Wir haben das Gefühl, daß dieser Wettkampf zu Auswüchsen der Reklame geführt hat. Reklame ist selbstverständlich notwendig, besonders in schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen, aber Reklame kann auch unzweckmäßig werden und wir haben im Leipziger Rathaus den Eindruck, daß es bei dem Brennstoffhandel schon fast soweit gekommen ist. Hoffentlich wird sich Ihr Verbandstag mit diesem Problem beschäftigen!“

Es ist bedeutsam, daß ein Vertreter der bürgerlichen Ratsmei-

hren diese scharfen Worte gegen die Überzeichnung des Benzinhandels gebraucht hat und von den Verbrauchern dieses Rohstoffes ein Einschreiten verlangt.

Der Vorsitzende des Verbandes begrüßte die Anregung des Stadtrats Leiske und fügte hinzu, daß man die Verbesserung der Benzinpreise als „hortend“ bezeichnen müsse. Vor dem Kriege habe ein Liter Benzin 16 Pfennige gekostet, heute beträgt der Preis (bei einer wesentlich schlechteren Qualität) 39 Pfennige. Auch die örtliche Preisgestaltung sei durchaus „willkürlich“. Es sei zu hoffen, daß die anwesenden Vertreter der Brennstofffirmen die Warnungen des Ratsvertreters beherzigen würden, so lange es noch rechtzeitig sei!

Obwohl die Benzinkonvention also den Betriebsstoff für das Droschkgewerbe in der ungeheuerlichsten und züchtloschten Weise verteuert hat und zum großen Teile Schuld daran trägt, daß die Existenzsorgen der kleinen Droschkenunternehmer ständig wachsen, denkt die Reichsregierung nicht daran, gegen die Benzinkonvention einzutreten. Auch die gerichtlichen Verfahren gegen die Konvention werden in ihrer Durchführung unter Duldung der Behörden sabotiert, wofür unmittelbar der Reichsjustizminister Dr. Bredt verantwortlich ist, dessen Partei besonders eifrig um die Stimmen des Droschkgewerbes wirbt!

Auch das Verhalten der deutschen Automobilindustrie wurde kritisiert. Das kam im Geschäftsbericht und in einem Referat des Verbandschefs Bruno Henschler zum Ausdruck. Henschlers Referat war recht deutlich zu erkennen, in welcher unglaublichen Weise große Teile der deutschen Automobilindustrie ihre Experimente auf Kosten des Droschkgewerbes gemacht haben, wie sie dessen Verlangen nach Einführung von Serienware in Form von Einheitsdroschen jahrelang zu sabotieren suchten! Für Droschken, deren Karosserie entsprechend der polizeilichen Vorschriften etwas anders, aber durchaus nicht kostspieliger, gestaltet werden mußte als bei Privatwagen, wurden Zuschläge bis zu 2000 Mark erhoben!

Anschließend sprach der Reichstagsabgeordnete der Wirtschaftspartei Mollath über die Stellung der gejagten Körperschaften zum Droschkgewerbe. Sein Vortrag war ein typisches Beispiel von Gemeinplatz-Demagogie. Durch geschickt vorgebrachte Selbstverständlichkeiten und eine Reihe von Seitenhieben gegen die Sozialpolitik versuchte er, für die Wirtschaftspartei Wahlpropaganda zu machen. Daß gerade Mollaths Partei in der Reichsregierung an der schweren Belastung des Mittelstandes im all-

gemeinen, des Droschkgewerbes im besonderen, beigebracht hat, daß die schwersten Bedrohungen der Existenz des Droschkgewerbes durch die Großindustrie und die Großkonzerne erfolgt; daß die Reichsregierung Brünning-Schlie-Bredt nicht daran denkt, die Kartellverordnung gegen die Benzinkonvention zur Anwendung zu bringen; werden die beteiligten Kreise am 14. September hoffentlich nicht vergessen!

## Die „Notwehr“ der Bombenschmeißer

Im Altonaer Bombenprozeß wurden in den letzten Tagen die Zeugenvernehmungen fortgesetzt. Bemerkenswert sind die Aussagen des Zeugen Rechtsanwalt Dr. Strauß aus Sünderup, der auch Nebenkläger ist. Er berichtet von den Schäden, die die an seinem Hause zur Explosion gebrachte Bombe angerichtet hat. Der Zeuge will bei dem Attentat sofort an Bord gekommen sein. Als Motiv des verübten Anschlags bezeichnete er die Wut der Volksfront darüber, daß er Republikaner, früherer Reichsbannermann und Jude sei. Hinzu kam, daß die Angriffslagen, die sonst immer so tun, als ob sie zusammen durch die und dünn gehen würden, durchaus nicht mehr so geschlossen austraten, wenn es ans Zahlen gehe. Auf das ihm gemachte Angebot, auf die Teilnahme am Prozeß als Nebenkläger zu verzichten und dafür eine leichtere Entschädigung im Empfang zu nehmen, habe er selbstverständlich verzichtet.

In den Befunden des als Zeugen vernommenen Bauernhundgeschäftsführers Gellert ist besonders interessant, daß in öffentlichen Versammlungen der Angeklagte Becker erklärt habe, daß angesichts der Not der Landwirtschaft durchaus ein Notwehrrecht bestände, zu töten. In diesem Zusammenhang sollen auch die Namen Grzelinski und Braun genannt worden sein.

Am Schlusse der Verhandlung am Mittwoch stellte Oberstaatsanwalt Dr. Hollnagel den Antrag, die Angeklagten Becker und Wessels, die in den letzten Tagen oft in Versammlungen gesprochen hatten, zu verhaften. Nach mehr als einstündigem Beratung wurde der Gerichtsbesluß verkündet, Wessels und Becker neuerdings in Haft zu nehmen, da aus ihrem öffentlichen Auftreten geschlossen werden müsse, daß sie Zeugen beeinflussen wollten.

## Arbeiter und Arbeiterinnen!

Werbt neue Leser für die Volkszeitung!



## Paul Baumann

Fischwarengroßhandlung  
Windmühlenstraße 42 und Nürnberger Straße 3  
Fernsprecher: 14122

<b>Schellfisch</b> , frisch, o. Kopf, 4 Pfd.	<b>98</b>
<b>Grüne Heringe</b> .... 4 Pfd.	
<b>Fetter Goldbarsch</b> , 3 Pfd.	<b>98</b>
<b>Fillet</b> von Goldbarsch, bes. fett, 2 Pfd.	
<b>Fettbücklinge</b>	<b>150</b>
Kiste, 5 Pfund Inhalt	
<b>Fettbücklinge</b>	<b>48</b>
Ausgewogen, 1 Pfd.	

Wählen Sie beim  
Einkauf von Fischen  
Baumann!

## Nicht wählen,

sondern das einzige  
richtige tun: Aus  
ihrem Stoff für  
**Mk. 29.-**  
oder  
**Mk. 39.-**  
einen  
**Anzug**  
oder  
**Mantel**  
anzfertigen lassen!  
**H. Weigler**  
Jakobstr. 6  
(am Fleischerplatz)\*

## Die Frauenwelt

Ist eine unentbehrliche Helferin und Beraterin jeder Arbeiterfrau, der Frauen des Angestellten- und mittleren Beamtenstandes. Alle Frauen, jung, alten, Mütter, die sich mit der Frauenwelt befassen, die ihren hohen praktischen und theoretischen Wert für sich erkannt haben, wollen sie nicht mehr in ihrem Hause misen und zählen zu dem großen treuen Leserkreise, der von Heft zu Heft um viele Hunderte wächst.

Die Frauenwelt erscheint 14-täglich. Jedes Heft einschließlich der vierseitigen Modenschau. Selbst ist die Frau, Preis pro Heft mit Schnittmusterbogen 45 Pfennige, ohne Schnittmusterbogen 35 Pfennige. Alle Aussträger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

**Leipziger Buchdruckerei A.-G.**  
Abt. Buchhandlung  
Tauchaer Str. 19/21



und alle übrigen Lebensmittel und Haushaltartikel billigst mit

## 6% Rückvergütung 6%

in den bekannten Verkaufsstellen, oder, wo nicht vorrätig, durch Zentrallager Leipzig N 22, Wilhelmstraße 54, Fernspr. 52567.

Bestellungen auf **Herbstkartoffeln** zum jeweiligen Tagespreis frei Keller nehmen alle Verkaufsstellen an

## Vorzügl. Marmeladen und Konfitüren erster Firmen

Erdbeer-Konfitüre mit Früchten	1-Pfd.-Eimer	125	Pflaumenmus	1-Pfd.-Glas	50,-
Himbeer-Konfitüre	1-Pfd.-Eimer	125	Johannisbeer-Konfitüre	1-Pfd.-Glas	100,-
Aprikosen	1-Pfd.-Eimer	125	Himbeer-Johannisbeer-Gelée	1-Pfd.-Glas	100,-
Kirsch-Konfitüre	1-Pfd.-Eimer	125	Gold-Orang-Gelée	1-Pfd.-Glas	105,-
Ananas-Konfitüre	1-Pfd.-Eimer	125	Stachelbeer-Konfitüre	1-Pfd.-Glas	95,-
mit Früchten			Himbeer-Konfitüre	1-Pfd.-Glas	120,-
Erdbeer-Apfel-Marm.	2-Pfd.-Eimer	125	Kirsch-Konfitüre	1-Pfd.-Glas	110,-
mit Früchten			Rhein-Apfelkraut	2-Pfd.-Eimer	120,-
Vierfrucht-Marmel.	2-Pfd.-Eimer	85,-	Aprikosen-Konfitüre	1-Pfd.-Glas	120,-

## Lebensmittel in bekannter Güte und Preiswürdigkeit.

### Frisch-Fleisch 1.Kl. Wurstwaren

Rindkochfleisch	1-Pfd.	1.10	Haussmacher-Leberwurst Done ca. 1 Pfd.	75,-
Schmorfleisch	1-Pfd.	1.60	Bayr. Bierwurst	1-Pfd. 1.35
Kalbskamm Brust	1-Pfd.	1.20	Schinken gekocht	1/2 Pfd. 50,-
Kalbskeule oder Niere	1-Pfd.	1.50	Zungenwurst	1/2 Pfd. 66,-
Schweinebauch mager	1-Pfd.	1.00	Kassler Loberwurst	1/2 Pfd. 55,-
Schweinekeule	1-Pfd.	1.20	Salami Ringdarm	1/2 Pfd. 40,-
Schweinskamm	1-Pfd.	1.40	Hammelfleisch	1-Pfd. 1.78
		1.20	Mettwurst ca. 150 g.	Stück 40,-

Eisbein ohne Knochen 1-Pfd.-Dose 1.10

### Konfitüren - Weine

Bonbon-Mischung z. Teil gefüllt	Pfd.	45,-	Eier-Bruch-Makkaroni	Pfd. 42,-
Milch-, Nuß-, Sahne-, Mokka-Karamell	1/2 Pfd.	55,-	Linsen (neue Ernte)	Pfd. 43,-
Gefüllte Waffeln	Pfd.	75,-	Souchong-Tee	1/2 Pfd. 95,-
Falter-(Feodora)-Eßblock-Schok.	Pfd.	1.30	Kaffee (frisch geröstet)	1/2 Pfd. 1.10
Gelee-Frucht-Würfel	Pfd.	78,-	Deutsche Markenbutter	1/2 Pfd. 92,-
Citronen-Gebäck	Pfd.	95,-	(Unsere Spezialmarke)	1/2 Pfd. 95,-
1923er Delidesheimer Hofstück 1/4 Fl.	95,-	Edamer Käse (vollfett)	1/2 Pfd. 88,-	
1924er Kalistadter Saumagen 1/4 Fl.	95,-	Echter Schweizerkäse	1/2 Pfd. 83,-	
Vollmilch	4 Dosen	95,-	Vollmilch	4 Dosen 95,-

Mastenten ... Pfund 1.20

### Holsteiner Zervelatw.

Pfd. 1.20

### Verschiedenes

Eier-Bruch-Makkaroni	Pfd.	42,-
Linsen (neue Ernte)	Pfd.	43,-
Souchong-Tee	1/2 Pfd.	95,-
Kaffee (frisch geröstet)	1/2 Pfd.	1.10
Deutsche Markenbutter	1/2 Pfd.	92,-
(Unsere Spezialmarke)	1/2 Pfd.	95,-
Edamer Käse (volffett)	1/2 Pfd.	88,-
Echter Schweizerkäse	1/2 Pfd.	83,-
Vollmilch	4 Dosen	95,-

## BRÜHL

Heute und morgen große Modenschau von 3-6 Uhr nachm.  
unter Mitwirkung der diesjährigen deutschen Mode-Königin

### Machtvolle Kundgebung der Alten in Gera

Die alljährlich stattfindende Altersriegefahrt des Leipziger Bezirks vom Arbeiter-Turn- und Sportbund hatte diesmal Gera zum Ziel, um dort an dem Abschluß der Reichsarbeiter-Sportwoche und der damit zusammenfallenden 25-jährigen Erinnerungsfest der Turnhallenweihe des Ostvorstädtischen Turnvereins teilzunehmen.

Weit über tausend Leipziger Altersturner nahmen an der Veranstaltung teil, die am Sonnabend mit zwei großen Vergrüßungsabenden begonnen wurde.

Bei schönem Wetter wurden am Sonntag früh Ausflüge in die nähere Umgebung Geras unternommen. Der Höhepunkt der Veranstaltung war der gewaltige Aufmarsch der Geraer und Leipziger Arbeitssportler, der durch die von Zehntausenden von Menschen umstauten Straßen der Stadt führte. Stolz wehten die roten Sturmjähre im Winde und als auf dem Marktplatz der Bundesvorstande Gellert an alle Versammelten Worte des Dankes und anfeuernde Worte für die Weitergestaltung des Arbeitssportes hand, stimmten außer den Teilnehmern auch fast alle in großer Zahl erschienenen Besucher in das Treugelobnis zum Sozialismus und den Kampf für den Sieg der Lüste ein.

Sportliche Darbietungen aller Art umrahmten die prächtig gelungene Veranstaltung, die wieder einmal so richtig zeigte, was durch Einheit der Bewegung erreicht werden kann.

In Koters Restaurant am Plagwitzer Bahnhof wurde von Teilnehmern an der Altersriegefahrt eine Tasche mit Inhalt vertauscht. Abzuholen im genannten Lokal.

### Erfolg des Werbespieltags in Paunsdorf

Der Vormittag brachte Handballspiele von den unteren Mannschaften mit nachteiligen Resultaten: Die 2. Jugendmannschaft gegen Südost 2:4:1, die 1. Jugend behauptete sich gegen Eiche-Blauen mit 9:1, das Spiel der zweiten Vertretung gegen Eiche-Blauen 2 war ein abwechslungsreiches Treffen, 6:2 blieb Paunsdorf siegreich. Nachdem standen sich die Spielerinnen von Paunsdorf und Eiche-Blauen gegenüber. Das Ergebnis lautet 3:1. Der Nachmittag war den Hauptspielen gewidmet. Zahlreiche Zuschauer fanden sich ein, um diese interessanten Kampfauftritte zu beobachten. Im allgemeinen kann man diesen Tag als einen gelungenen bezeichnen. Es werden wohl alle Arbeitssportfreunde mit Zustimmung den Platz verlassen haben. Zu den Spielen selbst. Paunsdorf - Lindenau 9:1. Von Anfang an übernahmen die Braunweißen die Führung, um sie bis Ende in ihrer Hand zu behalten. Paunsdorf war technisch besser und konnte durch Schnelligkeit den Sieg sicherstellen. Lindenau spielte sehr planlos und bediente die Außen schlecht. Das Spiel der Hohen Spielerinnen gegen Südost wurde von Paunsdorf mit 2:0 gewonnen. Anschließend begann unter dem allgemeinen Jubel der Zuschauer sowie Spieler das Spiel mit dem Ball „Ungeschöner“ (Fußball). Diese Begegnung stellte die Anforderungen an die Nachmuskeln der Außenstehenden. Auf den:

Feldern stritten die Sportler gegen die Turner um den Sieg. Infolge größerer Schnelligkeit blieben die Sportler mit 8:0 im Vor teil.

Im Handballtreffen Paunsdorf - Halle 1:1 wurde den Zuschauern ein schönes Kombinationspiel gezeigt. 7:3 blieb unser Bezirkmeister siegreich. Beide Mannschaften legen ein schnelles Tempo an den Tag, jedoch ist Paunsdorfs Sturm schneller und der Erfolg läßt nicht lange auf sich warten. Der Veranstalter kann das Resultat bis Wechsel auf 4:1 festsetzen. Nach wiederanpfiff geht Halle mehr aus sich heraus, muß aber den Ball zweimal passieren lassen. Gutes Können zeigten beide Hälften. Sie gaben Tore, die als sichere Tore galten. Das gegenseitige Kritisieren der Paunsdorfer Spieler untereinander gab dem sonst gutem Spiel ein lächerliches Bild.

## AUS ALLER WELT

### Leuchtende Rettungsringe

Die Rettung Extrinsender ist nachts natürlich besonders schwer. Auch die Rettungsringe zeigten sich in ihrer bisherigen Form nicht allen Anforderungen gewachsen. Denn der Extrinsende kann sehr oft den Ring nicht sehen, und umgekehrt ist es der Mannschaft der Rettungsboote nicht möglich, den mit einem Ring auf dem Meer treibenden Menschen in der Dunkelheit zu erkennen. Man hat daher einen Rettungsring konstruiert, der durch eine eingebaute Leuchtwirkung sichtbar bleibt. In den Ring ist eine Aluminiumhülse eingeschlossen, die am oberen Ende eine Glasslinse trägt. Unter der Linse ist eine elektrische Birne angebracht. Die Kontakte der Luft- und wasserdrückt abgeschlossenen Batterie, durch die die Birne betrieben wird, laufen in eine Kammer, die mit Sichverschluß versehen ist. Kommt der Ring nun mit dem Wasser in Berührung, so dringt das Wasser durch diesen Sichverschluß in die Kammer ein. Im Innern der Kammer befindet sich auf dem Sieb ein trockener Schwamm. Dieser saugt das einströmende Wasser auf, dehnt sich dabei aus und bringt dadurch die dicht über ihm liegenden, lebten Kontakt zur Berührung. Der Stromkreis ist geschlossen, die Birne leuchtet auf. u.

### Ein Vogelnest aus Stahl

Die Vögel bedienen sich zum Nestbau oft des eigenartigsten Baumaterials, wie Fischknochen, Holz- und Metallstückchen usw. Daß aber ein Vogelpaar sein Nest vollständig aus Stahl aufbaut, dürfte doch nicht alle Tage vorkommen. In einem Ort in der Nähe von Genf, wo sich viele Uhrenfabriken befinden, konnte man beobachten, daß ein Vogelzweipaar blinkende Gegenstände aus einem Abfallhaufen eifrig zum Nestbau sortierte. Die Vögel wurden weiter beobachtet, und es stellte sich heraus, daß sie von dem Abfall der Uhrenfabriken haarscharfe Stahlspäne aufsuchen und aus diesen fast ihr ganzes Nest aufzubauen. Nach dem Aussiedeln der jungen Brut wurde das seltsame Nest entfernt und dem Genfer Museum übergeben.

### Maikäfer vertilgen Millionen

Der Maikäferflug, der im vorigen Jahre wieder einmal in großem Umfang auftrat, hat nach einem französischen Bericht Schädigungen im Wert von etwa einer Milliarde Frank angerichtet. In Niederösterreich, wo die Maikäfer in diesem Frühjahr sehr zahlreich auftauchten, soll der Schaden etwa 20 Millionen Kronen betragen haben.

Und warum das alles? — Weil der „Kultur“-mensch in seiner Weisheit vielsach die natürlichen Feinde der Maikäfer vernichtet, weil er alles, was nicht seinem unmittelbaren Nutzen dient, zerstören zu müssen glaubt, weil namentlich der Stadtmench von der Natur und ihren Gesetzen nichts mehr wissen will.

## Morgen

# Wieder Freitag, wieder Ausnahmen



Ausgestellt im Fenster Nr. 5

### Ein Schalkragen

gefüttert, mit Fuchs Crêpe de chine und breiter Spitze garniert, weiß, champ. rosé

Als Ausnahme 1.45

Ausgestellt im Portal

**Ein Strumpf** Ein günstiger Zufall noch einmal die gleiche Ausnahme vom gleichen Fabrikant in gleicher Qualität

feinmaschige Kunstseide, in modernen Farben blond, blond-rosé, nougat, braun und toupe mit doppelter Fußverstärkung zum gleichen günstigen Preis

als Ausnahme 1.65

Ausgestellt im Fenster Nr. 1

### Marocaine-Druck

in prachtvollen Druckmustern. Qualität und Muster müssen Sie sich ansehen, Sie werden staunen

Als Ausnahme Meter 1.65

Ausgestellt im Fenster Nr. 1

### Mantelstoff

ca. 140 cm breit, teils reine Wolle, eine gute Qualität zu diesem kleinen Preise und dazu noch in den schönen Farben bleu, grün und braun, bedeutet eine Leistung.

Als Ausnahme Meter 1.65

### Krawatten-Sonder-Angebot

an Qualität, Form und Musterauswahl können Sie große Ansprüche stellen. Dazu ein Preis, der eine erstaunliche Leistung darstellt.

Als Ausnahme 1.85

Ausgestellt im Fenster Nr. 3

### Ein Prinzenrock

aus Kunstseide, mit sehr breiter Bogenspitze (teils oben und unten) in allen Modefarben, in dieser Qualität etwas ganz Besonderes

Als Ausnahme 3.90

Die schwere Qualität beweist die Ausnahme  
Ausgestellt im Fenster Nr. 2

## Extra billige Lebensmittel

Rindkochfleisch . . . Pfd. 95
Rind-Gulasch . . . Pfd. 1.10
Rind-Rouladen . . . Pfd. 1.48
Hammelkochfleisch . . . Pfd. 1.10
Hammelrücken . . . Pfd. 1.15
Schweinebauch . . . Pfd. 95
Schweinskeule . . . Pfd. 1.18
Schweinskoteletts . . . Pfd. 1.40
Hammelkeule . . . Pfd. 1.25
Schweinspökelkeule . . . Pfd. 1.15

Blut- od. Leberwurst Pfd. 85
Ger. Schweinsbacken Pfd. 88
Rauchfleisch . . . Pfd. 1.38

Frisch gebrannter Kaffee 95
1/2 Pfd. 1.40 1.20 1.10

Hühner zum Braten und Kochen . . . Pfd. 98

Junge Enten . . . Pfund 1.20

Bücklinge . . . Pfund 38

Steinpilze . . . 2-Pfd.-Dose 1

Schmelzschorle . . . 200-Gramm-Tafel 50

4 Tafeln Vollmilch- oder Haferflocken . . . 95

Linsen neu Erste Pfd. 48

Bruchmakaroni . . . Pfd. 42

Eier-Nudeln . . . Pfd. 48

5 Pfd. Weizenmehl . . . 1.05

5 Pfd. Huf-Zucker . . . 1.95

Margarine . . . Pfd. 62 55 54 47

Kokosfett . . . Pfd. 50

Molkereibutter . . . 1/2 Pfd. 83

Haferflocken . . . Pfd. 26

Linsen neu Erste Pfd. 48

Bruchmakaroni . . . Pfd. 42

Eier-Nudeln . . . Pfd. 48

5 Pfd. Weizenmehl . . . 1.05

5 Pfd. Huf-Zucker . . . 1.95

Pflaumen . . . 2-Pfd.-Dose 50

Heidelbeeren . . . 2-Pfd.-Dose 75

Mirabellen . . . 2-Pfd.-Dose 95

Erbsen mittelfein, 2-Pfd.-Dose 95



Unsere beliebte Kernseife 68  
auch weiterhin 1000 gr.

# DIE LISTE 1

Gegen den Abbau der Arbeitslosen-, Kranken- und Invaliden-Versicherung  
Gegen die Diktatur mit § 48

## Achtung, Kriegsopfer!

Hört mal zu!

Von Erich Nohmann (Stuttgart).

In der gegnerischen Presse wurde die Behauptung aufgestellt: „Noch keine Regierung hat so einschneidende Verschlechterungen in der Versorgung der Kriegsopfer getroffen, wie die von den Sozialdemokraten beherrschte jüngste Regierung.“ Der Reichsarbeitsminister Wissell, ein Sozialdemokrat, hat bei seiner Etatübersetzung 25 Millionen für Kapitalabsindung einfach gestrichen.

„Der Deutsche“, das Blatt der christlichen Gewerkschaften, hat vor kurzem diese Vorwürfe in anderer Form erneut und wiederum hat sich die Schlangen durch die gesamte bürgerliche Presse gewälzt. Die Presse des Stahlhelms, der Kriegervereine und der Nazis hat diese Angriffe selbstverständlich unbeschwert übernommen. Dabei ist jeder Satz eine Unwahrheit. Wahr ist, daß Wissell den vollen Antrag von 88 Millionen Mark bei der Kapitalabsindung für die Kriegsopfer in seinem Vorauswahl für 1929 aufgenommen hatte. Nicht er hat die Streichung von 25 Millionen Mark veranlaßt; sie geschah gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten auf Drängen der Volkspartei, die ursprünglich sogar 40 Millionen absetzen wollte. Als Wissell im Sommer 1929 erkannte, daß die Mittel für die Kriegsopfer nicht ausreichten und neben neuen Mitteln die Zustimmung verlangte, daß im Haushalt 1930 wieder 88 Millionen für die Kapitalabsindung bereit gestellt würden, wie unter seinem Vorgänger Dr. Brauns,

sind ihm in einer interfraktionellen Besprechung die Koalitionsparteien unter der Führung des jüngsten Reichsfinanziers Dr. Brüning in den Arm gefallen.

Wissell hat dann noch im Haushaltsvoranschlag für 1930 wieder 88 Millionen gefordert. Darauf hat man ihm die Summe wieder auf 63 Millionen gekürzt. Im Haushaltsausschuss hat Wissell persönlich eine Erhöhung auf 88 Millionen beantragt und begründet. Abgelehnt wurde die Erhöhung von den jüngsten Regierungsparteien und den Deutschen-nationalen. Dieser Vorgang wiederholte sich in der Plenarsitzung vom 3. 7. 30. Jetzt hat die Regierung Brüning weitere 14 Millionen an der Kapitalabsindung auf Grund der Notverordnung gestrichen. Niemand hat in der Sozialdemokratie jemals daran gedacht, den Kriegerwitwen die Heiratsabsindung streitig zu machen. Der Wiederbeginn der Nachuntersuchungen war schon von dem früheren Reichsarbeitsminister Dr. Brauns (Zentrum) für 1. 1. 1930 angeordnet.

Mehr ist, daß während der Tätigkeit des sozialdemokratischen Reichsarbeitsministers 23 500 Kriegsbeschädigte und rund 90 000 arme Kriegerältern in den Genuss früher entzogenen oder zu Unrecht vorenthalterner Rente gekommen sind.

Wissell wurde deshalb in der bürgerlich-kapitalistischen Presse beschuldigt, bewußte und unbewußte Simulanten bestimmt zu haben.“

In der Reichstagsitzung vom 2. Juli 1930 — 2 Wochen vor der Auflösung also — habe ich die Zentrumsfraktion wegen der unerhörten Angriffe öffentlich gestellt. Ihr Sprecher, der Abgeordnete Dr. Krone, hat darauf folgende Erklärung abgegeben:

„Sie haben dann, Herr Kollege Nohmann, von der Kritik gesprochen, die eine Reihe Zentrumszeitungen an dem Verhalten Ihres Herrn Reichsarbeitsministers Wissel geübt hat. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich diese Kritik nicht billige! Es hat gar keinen Zweck, gerade auf diesem Gebiete irgendwelche Vorwürfe zu erheben. Die Maßnahmen, die auch Sie erwähnt haben und die Ihr Herr Reichsarbeitsminister im vorigen Jahre durchführen mußte, waren aus der Not der Zeit heraus geboren. Ich und meine Freunde lehnen es ab, dem Herrn Reichsarbeitsminister Wissel den Vorwurf zu machen, daß er mit Rücksicht auf die Kriegsopfer unverantwortlich gehandelt habe.“

(Amtliches Reichstagsprotokoll über die 189. Sitzung vom 2. 7. 30.)

Das Zentrum hat wohl gewußt, warum es eine solche Erklärung abgab. Das Zentrum war als Regierungspartei im Kabinett Müller nicht nur mitverantwortlich dafür, „wie man mit den Kriegsopfern umgeht“, sondern es hat zusammen mit der Deutschen Volkspartei innerhalb des Kabinetts der Großen Koalition die Sparpolitik an den Kriegsopfern gegen den Widerspruch der Sozialdemokratie direkt erzwungen. Das Zentrum wußte am 2. Juli auch bereits, daß die von der Sozialdemokratie hartnäckig verteidigten Leistungen der Reichsversorgung von der Regierung Brüning rücksichtslos abgebaut werden sollten. Das geschah denn auch bald. Neue Renten dürfen jetzt nicht mehr bewilligt werden, auch wenn die Gesundheitsstörung ganz zweifelsfrei auf den Kriegsdienst zurückzuführen ist. Der Antrag der Sozialdemokraten, Versorgung wenigstens noch zuzulassen, wenn es sich um Schwerbeschädigte handelt, wurde von den Parteien des Kabinetts Brüning und den Deutschen-nationalen niedergestimmt. Selbst denjenigen, die schon einmal Rente hatten oder deren Dienstbeschädigung durch rechtsträchtiges Urteil anerkannt ist, wurde der Rechtsanspruch entzogen, der bisher bei eintretenden Verschlimmerungen ohne weiteres wirksam wurde. Eltern von Gefallenen oder von solchen Kriegsteilnehmern, die vor 1927 an ihren Dienstbeschädigungen gestorben sind, können fünfzig keine Elternrente mehr erhalten. Der sozialdemokratische Antrag, ihnen wenigstens eine bescheidene Beihilfe zu sichern, ver-

## An die Kriegsopfer in Stadt und Land!

Ihr wart gewohnt zu kämpfen, ihr habt hierbei Leib und Seele zu Markt getragen / Kärgliche Renten, Drosselung des Rechtsanspruches auf eure wohlerworbenen Rechte sind der Dank / Euer >Kriegskamerad Paul von Hindenburg hat durch Mißbrauch des Artikels 48 der Reichsverfassung eure Rechte noch mehr beschnitten

### Frontkämpferkabinett, unter Führung des obersten »Kriegskameraden«, gegen die Kriegsopfer!

Wie der Beamte zur Reichshilfe beitragen muß, so sollen auch eure Renten in Zukunft um denselben Betrag gekürzt werden / Diese Beträge sollen mittels der Osthilfe den Krautjunkern von Ost- und Westpreußen zugeschanzt werden / Kriegsopfer, die wegen ihrer Erkrankung nicht heiraten und somit der Volksgesundheit dienen, sollen Ledigensteuer bezahlen / Kriegsopfer! Eure Angehörigen dürfen nur 15 Wochen krank sein, sie müssen dann 6 Wochen gesund sein, ehe sie einen neuen Anspruch auf Krankenhilfe stellen können

### Kriegsopfer, soll das so bleiben?

Wollt ihr am 14. September einen Reichstag wählen, welcher diese Schandverordnung noch weiter ausbaut, wollt ihr euch und eure Familien noch mehr dem Hohn und Spott der zur Zeit herrschenden Klasse aussetzen,

oder

wollt ihr am 14. September eine Reichsregierung wählen, die für den Ausbau der Reichsversorgung eintritt und somit eine menschenwürdige Versorgung sicherstellt? Wollt ihr dies, dann kämpft mit in den Reihen der

### Sozialdemokratischen Partei Deutschlands!

Nehmt aktiv teil am Wahlkampf / Verhelft

## der Liste 1 zum Sieg!

**Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen / Kreis Leipzig**

fiel der Ablehnung durch die Parteien des Kabinetts Brüning und die Deutschen-nationalen. Der Rechtszug wurde abgedrosselt.

Die vom Reichstag 1927 auf Drängen der Sozialdemokratie beschlossene Härteversorgung ist beseitigt.

Sämtliche Verschlechterungen in der Krankenversicherung wurden auf die Kriegsbeschädigten übertragen, deren gesetzlich garantierte Heilbehandlung damit eine starke Durchlöcherung erfahren hat. Die entsprechenden Gesetze wurden zwar im Reichstage nicht mehr verabschiedet; aber das „Kabinett der Frontkämpfer“ hatte es mit der Verschlechterung der Kriegsopfersversorgung so eilig, daß sie von ihm als eine Tat des berühmten Hindenburgprogramms durch den Diktaturparaphraphen verordnet wurde.

Das Ausgabenentlastungsgebot der Regierung Brüning sieht u. a. sofortige Verschlechterungen vor:

700 000 Kindern von Kriegsbeschädigten sollen die Kinderzulagen genommen werden,

um 70—75 Millionen Mark zu sparen! Die Sterbegöhrenisse für die Hinterbliebenen sollen gekürzt werden! Bezüge aus der Invaliden-, Angestellten- und Unfallversicherung, die bisher neben der Rente gezahlt wurden, sollen fünftig auf die Kriegsrente angerechnet werden.

Die von Monat zu Monat wachsende Finanznot war den kapitalistischen Parteien ein willkommener Vorwand zu einem weit ausgeholtens Schlag gegen die deutsche Sozialpolitik, von der auch die Kriegsopfersversorgung ein Teil ist. Die Sozialdemokratie war die größte Hemmung, die der Durchführung dieser Pläne entgegenstand. Sie mußte beseitigt werden. Deshalb die sinnlosen, verleumderischen Angriffe, die am 14. September auf die Urheber zurückfallen werden, nachdem die Kriegsopfer erkannt haben, welches frivole Spiel die bürgerlichen Parteien mit ihnen getrieben haben. Kriegsopfer! Rechnet ab!

**Wählt Liste 1!**



Der Aufbauwillen der Sozialdemokraten brachte dem deutschen Volke eine jährliche Milderung der Reparationslast von 700 Millionen Mk

# Der Landbundfuchs geht um!

In den Mantel des „Erneuerer“ gehüllt

„Das Landvolk wird also in diesem Wahlkampf mit eigenen Listen auftreten, die der Reichslandbund mit dem Einsatz seiner ganzen Autorität unterstützen wird. Der Landbund paßt sich damit der Situation an, die durch die falsche Führung der bisherigen großen Rechtspartei geschaffen wurde.“ So hieß es in der Wochenschrift des Reichslandbundes. In demselben Aufruf wurde auch gesagt, wofür der Reichslandbund kämpft:

„Für die Abänderung des nachrevolutionären Systems durch planmäßige Erneuerung auf allen Gebieten: Verfassung und Verwaltung, Zoll- und Handelspolitik, Siedlungspolitik, Steuer- und Sozialpolitik.“

Der Landbund als „Erneuerer“ auf allen Gebieten! Da lachen denn doch alle Hühner. Wen will denn dieser Fuchs glauben machen, er wolle wirklich zugunsten der breiten Massen des Volkes etwas erneuern?!

Nicht erneuern, sondern verjüngter will der Landbund die Verfassung.

Es paßt ihm nicht, daß die Klasse des Volkes unter der jetzigen Verfassung solch großes Mitbestimmungsrecht hat. Das frühere preußische Dreiklassenwahlrecht, bei dem ein Besitzer das hundertfache Stimmrecht eines Arbeiters hatte, das wäre dem „Erneuerer“ Landbund recht. Es paßt ihm auch nicht, daß heute in die Verwaltung Menschen hineinkommen, die nicht mit ihm durch dick und dünn gehen, sondern eine andere Meinung vertreten als die vom Reichslandbund patentierte.

Der Reichslandbund will auch eine „Erneuerung“ der Zoll- und Handelspolitik. Das heißt:

Er will eine Zoll- und Handelspolitik, die es den falsch geleiteten Großbetrieben ermöglicht, auf Kosten der Gesamtheit weiter zu wirtschaften, die aber den kleinen Landwirten das Dasein äußerst erschwert. Eine Zoll- und Handelspolitik, die uns mit allen übrigen Staaten in Handelskriegen verwirbelt und uns noch mehr Arbeitslose beschert, als wir schon heute haben.

Wenn der Landbund von „Erneuerung“ der Sozialpolitik spricht, so hat der Landarbeiter an den Ausspruch des Präsidenten des Landbundes und Abgeordneten der Christlich-nationalen Bauernpartei, Hepp, zu denken, der im Februar 1928 auf der 8. Reichslandbundtagung sagte, es sei festzustellen, „daß das Gesamtmaß der Auswendungen zu sozialen Zwecken in keinem Verhältnis steht zur Leistungsfähigkeit der Verpflichteten“. (Stürmisches Beifall.)

Andere Landbündler drückten sich noch sozialreactionär aus. So der Landbündler von Richthofen. Er prägte 1928 auf dem 9. Schlesischen Landbundtag folgende Worte:

„Leiden alle unsere Geseze in neuerer Zeit unter Perversität, so kann man vornehmlich die neuartige Sozialgesetzgebung als den Gipfel der Perversität bezeichnen; und als solche bezeichnen sie alle verständigen Arbeiter ebenfalls. Noch sind unsere Landarbeiter zu verständig und sehen ein, daß solche Gesetzgebung und solches Gebaren auf die Dauer unmöglich sind. Niemand aber kann man es heute verdenken, wenn er die Arbeit niedergiebt, die Wohnung beibehält und Erwerbslosenfürsorge bezieht. Im übrigen wird ja bekanntlich, wie man sagt, diesen Leuten „von der Natur der Tisch gedekkt.“

## Unerhört dieser Appell

an die „verständigen“ Landarbeiter!

„Pervers“, widernatürlich soll es sein, daß ein Arbeiter, der im Dienst des Kapitals jahrelang geschuftet hat, in seinen alten Tagen als Invalid eine Rente von monatlich durchschnittlich ganzen 37 Mark erhält. „Pervers“ soll es sein, wenn ein unschuldig arbeitsloser Familienvater mit Frau und zwei Kindern, der einen Wochenverdienst von 30 Mark hatte, als Erwerbsloser 14,85 Mark Arbeitslosenunterstützung erhält.

Man kann das Elend der Millionen, die erwerbslos sind, nicht blutiger verhöhnen, als mit der junferlich unverschämten Bemerkung, „für diese Leute“ sei „von der Natur der Tisch gedekkt“.

Aber der Landbund verspricht ja noch mehr als „Erneuerung“, d. h. Abbau der Sozialreform. Er will

## „auch schulpolitische Erneuerung“

Wie die aussehen würde, wenn der Landbund sie zu organisierte hätte, das enthielte ganz unmöglich ein fortbildungsschulfeindlicher Landbündler, der im Frühjahr 1928 auf einer Landbundkundgebung in Rudolstadt unter lebhafter Zustimmung der Versammlungen so loslegte:

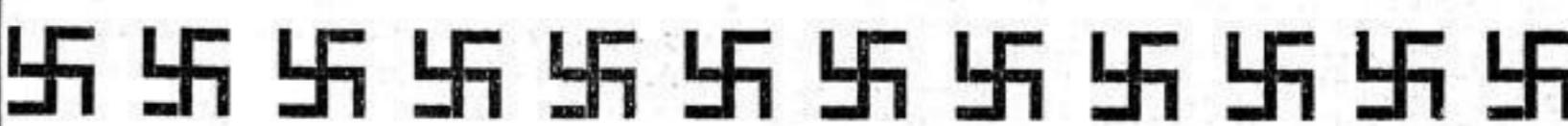
„Wir haben keine Lust, unsere jungen Leute allwöchentlich in die Schule zu schicken, damit sie abends, wenn sie mit der Luterei nach Hause wandern, das schöne Lied singen: „Solange noch der Baum in die Weite paßt, wird keine Arbeit angefaßt. Schrumpf, schrumpf, schrumpf, wer arbeit, der ist dummkopf.“ Fort mit dem Zauber, weg mit der Fortbildungsschule!“

Es genügt, diese freche Attacke gegen das Fortbildungsschulwesen niedriger zu hängen und dadurch anzuprangern.

Landarbeiter und Kleinbauern, die auf die Erneuerungsheuchelei des Landbundfuchses hineinfallen und bündlerisch wählen, begehen politischen Selbstmord. Sie liefern sich und ihre Familien den schlimmsten Feinden eines Kultursaessens der Massen aus.

# Was heißt NSDAP?

Neckische	Spießer,	Doll	Auf	Profit
National	Salbadernde	Demagogen	Allerhöchster	Potenz
Niedlich	Semitisch	Durchsetzte	Arier-	Partei
Nationale	Sendung:	Die	Andern	Prügeln!
Neuzeitliche	Soldateska	Der	Ausbeuler-	Parteien
Noch	Strömt	Die	Arbeitgeber-	Pinke
Nie	Sollst	Du	Arbeitgeber	Provokieren!
Nun	Stütz'	Dich!	Adolf	Proklamiert!
Nee,	Sind	Das	Aber	Proleten!!!



## Wählt Sozialdemokraten!

### Die Hitler-Leute

wollen den deutschen Arbeiter ans (Haken)kreuz schlagen



Wehrt die Nazi ab.

Wählt Sozialdemokraten. Liste 1

### Was sagen die Frauen dazu?

Herr Dr. Noppel in Mainz-Kastel, der Vorsitzende des Arbeitsausschusses von Zentrumswahlern, die die radikalen Frauenechterinnen bekämpfen, hat an die Leitungen der Parteien ein Schreiben gerichtet, das sich gegen „eine noch stärkere Vertretung der Frauen im Reichstag“ wendet. Wörtlich heißt es darin:

„Eine Partei, die verhältnismäßig viel weibliche Abgeordnete hat, schwächt sich selbst, weil sie in einem vielfach höherwertigen produktiv männliche Arbeitskraft lädt.“

Diesen Zentrumsleuten geht also schon die bisherige Verachtung von Frauen bei den Wahlen zum Reichstag zu weit. Bekannt genug ist, daß nur die Sozialdemokratische Partei den größten Wert darauf legt, den Frauen nicht nur das Recht zu wählen, sondern auch das Recht, gewählt zu werden, zu geben. Infolgedessen hatte bisher schon die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den stärksten Anteil von weiblichen Mitgliedern unter allen Parteien des Reichstages. Das Zentrum dagegen läßt es sich wohl gern gefallen, wenn die Frauen für seine Kandidaten stimmen; aber es sucht den Anteil der Frau an den aussichtsreichen Reichstagskandidaturen nach Möglichkeit zu beschränken. Dieser Arbeitsausschuss von Zentrumswahlern möchte aber noch weitergehen, indem er die weibliche Arbeitskraft indirekt als minderwertig bezeichnet und deshalb auch die Vertretung der Frau im Parlament ausschalten sucht.

Auf diese Herausforderung kann es für die Frauen nur eine Antwort geben: Sie wählen am 14. September Liste 1 der Sozialdemokratie, die siets für die Gleichberechtigung der Frau gekämpft hat und ihr auch durch die Tat Ausdruck gibt.

### Bahn frei!

Millionen marschieren im donnernden Takt  
Millionen haben ins Zeiträder gepaßt  
Millionen des Hungers, Millionen der Not  
Millionen im Kampf für Freiheit und Brot —!  
Millionen Hände, sie sind bereit,  
Millionen Hirne, sie formen die Zeit  
Millionen Lippen, sie sind wie ein Schrei  
Sie rufen der Arbeit Kolonnen herbei —  
Millionen, — es gilt —! Jetzt halst Gericht  
Millionen, — es gilt —! Vergeht's ihnen nicht!  
Millionen, — es gilt —! Mit der Waffe des Scheins  
Siegt eure Klasse mit Liste Eins! —

Kuka.

Prof. Ludwig Quidde, der verdienstvolle Friedenskämpfer sagt:

.. die Politik der Demokratischen Partei hat dahin geführt, dass  
ein Mann wie Erkelenz zur Sozialdemokratie  
geht..... Viele Jüngere stehen auf dem Sprunge,  
Erkelenz zu folgen.....



# Die Diktatur ein schlechtes Geschäft

## Die Finanzkrise der spanischen Diktatur

Von Paul Szende.

Die deutschen Freunde der Finanzdiktatur mögen sich nun in Spanien erkundigen, was für Unheil dort die Diktatur in finanzieller Hinsicht stiftet, und welches Chaos dort sie hinterließ. Die Diktatur ist ein schlechtes Geschäft. Allerdings nur für das Land — für die engeren Anhänger der Diktatur hingegen ein sehr gutes. Dadurch wird die Begeisterung führender Finanzkreise für die Diktatur verständlich.

Als General Primo de Rivera am 13. September 1923 seinen Staatsstreich vom Stapel ließ, wendete er sich in einer Proklamation an die Bevölkerung. Den Staatsstreich begündete er damit, daß sonst kein Mittel vorhanden sei, das korrupte parlamentarische Regime zu stürzen. Der General versprach, folgende Wunder in der kürzesten Zeit zu erwirken: Aufräumen mit der Verschwendug im Staatshaushalte, Herableitung der Ausgaben, keine Schuldenwirtschaft mehr und... vollständige Unterdrückung der Korruption. Der General trat in der Masse eines Sankt Georg Ritters auf den politischen Schuppen, er versprach die Tötung des Korruptionsdrachen.

Primo de Rivera wurde am 28. Januar 1930 durch einen anderen General ermordet. Wie er seine Versprechen erfüllte und in welcher finanziellen und wirtschaftlichen Lage er Spanien zurückließ, darüber berichtet ein Buch, das vor einigen Wochen im Verlag Boisot in Paris erschien. Der Verfasser des Buches, Santiago Alba, ist einer der bekanntesten Politiker und Volkswirtschaftler Spaniens. Zur Zeit des Staatsstreiches war er Minister des Außenwesens, und es gelang ihm, nach Frankreich zu fliehen. Das Buch stützt sich ausschließlich auf die Daten der offiziellen Statistiken und Erklärungen der gestürzten Diktatur. Eine besondere Bedeutung verleiht dem Buche der Umstand, daß Francesco Nitti, der gewogene italienische Ministerpräsident, dazu ein längeres Vorwort geschrieben hat, in dem er die Grundgedanken der spanischen und italienischen Finanzdiktaturen beleuchtet.

In welchem Zustande übernahm die Diktatur Spanien, und wie schaut ihre Verlassenschaft aus?

Ende 1922 betrug die spanische Staatsschuld 14,4 Milliarden Pesetas (der Wert der Peseta war dem des Goldfranken gleich). Diese Schuld erhöhte sich bis zum Ende 1929 auf 20,1 Milliarden; ihre Zunahme beträgt daher 5,7 Milliarden, mehr als 40 Prozent. Der Betrag der Kommunalsschulden stieg während derselben Zeit von 585 Millionen auf 1618 Millionen, die Gesamtsschuld der Provinzen von 72 Millionen auf 118 Millionen. Im Jahre 1922 hatte Spanien keine kurzfristigen Schulden im Auslande. Ende 1929 war es mit Morgan, Rothschild und die Midlandbank mit 67 Millionen Dollars verschuldet. Die Bedingungen dieser ausländischen Anleihen sind so drückend, daß sie lebhafte an die von der türkischen Regierung in der Vorkriegszeit aufgenommenen Darlehen erinnern.

So löste die Diktatur ihr Versprechen in Bezug auf Sparsamkeit und Herabsetzung der Staatsschulden ein!

Santiago Alba führt aus, daß Spanien in der ersten Nachkriegszeit sich in einer äußerst ungünstigen finanziellen Lage befand, da es an dem Kriege nicht teilgenommen und sehr gewinnreiche Geschäfte mit den kriegsführenden Staaten gemacht hatte. Er schätzt den Reingewinn der spanischen Volkswirtschaft während der Kriegsjahre auf 5 Milliarden Pesetas. Spanien brauchte daher keine Schulden im Auslande zu machen, im Gegenteil, es wäre in der Lage gewesen, dem Auslande Anleihen zur Verfügung zu stellen. Die Bande der Plünderer, die den Diktator umgab, vermehrte aber die Schulden des Staates, um dabei Geschäfte machen zu können.

Der größere Teil des Schuldenzuwachses blieb in den hohen Lohnen Tochtern der den Diktator unterstützenden Finanzgruppen und ihrer politischen Agenten.

Im Rahmen des Staatshaushaltes ist dasselbe Bild von Verschwendug zu verzeichnen. Die Staatsausgabe stiegen während der sieben Jahre der Diktatur von 3,25 Milliarden Pesetas auf 4,7 Milliarden, daher um mehr als 40 Prozent. Im Jahre 1922 betrugen die Gesamtausgaben des Ministerpräsidiums — das Kriegsministerium mit eingerechnet — 14 Millionen Pesetas. Im Jahre 1928 gab die Regierung zu, unter diesen Titel 50 Millionen verausgabt zu haben. Sie gab trocken nur einen Teil der Wahrheit zu, denn die spanische Diktatur, ebenso wie die italienische verwendete

ungeheure Summen zum Ausbau ausländischer Zeitungen und zur Besteckung ausländischer Politiker und Journalisten.

General Primo kam mit dem Versprechen, das militärische Abenteuer in Marokko, das Spanien furchtbare Geld- und Blutopfer auferlegte, in Wälde zu liquidieren. Diese Liquidierung ist aber noch heute nicht zu Ende.

In Marokko wurden 60 000 spanische und 30 000 eingeborene Soldaten auf Kosten der spanischen Steuerzahler erhalten.

Nach den bisherigen Feststellungen machen die Vorschüsse, die der Diktator den verschiedenen Unternehmungen gewährt, 700 Millionen Pesetas aus, es ist wenig wahrscheinlich, daß es der jetzigen spanischen Regierung gelingen wird, diese Vorschüsse von den Unternehmungen, von denen ein bedeutender Teil in der Zwischenzeit verkräfte, zurückzuziehen.

Es war letzten Endes der Sturz der Peseta, der den Sturz der Diktatur hervorrief. Auch die Bemühungen des Generals Berenguer, des jetzigen Regierungschefs vermochten nicht, dem Währungsverfall Einhalt zu gebieten. Der Wert der Peseta beträgt heute nur noch 54 Prozent des Friedenssturzes, ob zwar die spanische Notenbank über einen annehmbaren Metallhalbfach verfügt, der eine 50prozentige Deckung des Banknotenumlaufs gewährleistet. Diese Katastrophe wurde eigentlich durch die Valutapolitik der Diktatur hervorgerufen. Primo trug sich nicht ebenso wie Muñoz Torrecilla mit dem ehrgeizigen Plane, die Goldparität der Peseta herzustellen. Diese Bestrebung war nur eine kurze Zeit lang von Erfolg begleitet, um so früher war dann der Sturz. Die Regierung verspülerte riesige Summen, um den Kurssturz aufzuhalten, aber ohne den geringsten Erfolg — wie meinen, ohne Erfolg für den Staat, aber mit um so größerem Erfolg für die Eingeweihten, die große Gewinne einheimsten. Als die Regierung nicht mehr imstande war, zur Valutenstabilisierung größere Anleihen im Auslande aufzutreten, erklärte sie einfach, den Kurs nicht mehr stützen zu wollen. Die Folge dieser Erklärung war

ein Sturzlauf gegen die Peseta, an dem die Anhänger der Regierung in vollem Maße teilnahmen.

Eine weitere Insolation rief die Regierung dadurch hervor, daß sie den Erlös der Staatsanleihungen nicht in barem Gelde, sondern mit Staatsobligationen bezahlte, was letzten Endes zu einem Kurssturz sämtlicher Staatspapiere führte, da die Unternehmer gewußt waren, die Obligationen selbst um den Preis erheblicher Verluste weiterzugeben.

Die Minister Primo de Riveras wollen nun den Tarifstand so hinstellen, als ob die Peseta der Rache des amerikanischen Petroleumkonzerns zum Opfer gefallen wäre. Die Diktatur hat vor einigen Jahren ein staatliches Petroleummonopol eingesetzt und dadurch die Interessen des Petroleumkonzerns geschädigt. Dieses rächtet sich dadurch, daß es gegen die Peseta aus ausländischen Märkten anfällt. Wie weit die Petroleummagnaten an dem Fall der Peseta schuld sind, soll vorläufig dahingestellt bleiben. Die Diktatur führt das Petroleummonopol nicht an, um den Profit des Monopolkapitals zu schmälern oder den Interessen der Verbraucher zu dienen, sondern weil die inländische Finanzgruppe, die dieses Geschäft an sich rückt, aus den führenden Leuten der Diktatur besteht.

Für die Gewinne, die diese Leute auf Kosten der Verbraucher und unter Vergrößerung des ausländischen Kapitals einstecken, mußte die Peseta aufkommen.

Die Wirtschaftskrise verschärft sich dermaßen, daß Industrie und Handel, selbst ein Teil der Hochfinanz, sich veranlaßt fühlt, allmählich gegen Primo Stellung zu nehmen. Der König, der den Ausbruch einer Revolution fürchtete, entließ schließlich Primo und spielte die Macht einem anderen General in die Hände, der jetzt zweizweckige Versuche macht, die Folgen der verbrecherischen Politik der Diktatur mit untauglichen Mitteln gutzumachen.

Nach Mussolini Primo de Rivera! Diese Beispiele sind wirklich nicht danach angestellt, die Begeisterung der deutschen Steuerzahler für eine Finanzdiktatur zu steigern.

## Schieles Erfolge

### Belastungen der Verbraucher

Der Vertrauensmann des Reichslandbundes im Kabinett Brüning hat mit dem starken Einfluß der Grünen Front auf diese Regierung in weniger als einem halben Jahr zahlreiche Zollsteigerungen vollbracht, die gleichbedeutend sind mit ebenso vielen Neubelastungen der Verbraucher. Die folgende Liste gibt nur eine Auswahl dieser Zollsteigerungen seit April dieses Jahres.

	Zoll pro Tonne	Steigerung	
	vorher	jetzt	in Prozent
Mehl jeder Art	232,50	315,—	35
Graupen, Grisch, Grütze	187,50	315,—	68
Sago, Mandioca	150,—	450,—	200
Speiseerbsen	40,—	150,—	275
Weizen	120,—	150,—	25
Roggen	90,—	150,—	67
Talg von Rindern u. Schafen	25,—	200,—	700
Flomen (Fleisen, Viezen)	70,—	200,—	186
Eier	60,—	300,—	400
Milch, frisch	frei	50,—	?
Milch, entkeimt	50,—	85,—	70
Braunerzte	120,—	150,—	25
Futterrüben, frisch	frei	10,—	?
Futterrüben, getrocknet	10,—	30,—	200
Zuderrüben, frisch	frei	30,—	?
Zuderrüben, getrocknet	10,—	100,—	900
Kartoffelsoden	100,—	150,—	50
Federvieh, gejaglicht	300—750	450—1200	42—71

### Konsumenten!

Bedankt euch am 14. September

## FAMILIEN-NACHRICHTEN

Nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragtem Leid verschied am 10. September 1/4 Uhr, im 44. Lebensjahr, meine liebe Frau, unsere alte Mutter, Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

### Ida Rosemanit

Leipzig N 21, Magdalenenstraße 27, III, L.

In tiestem Schmerz

Reinholt Rosemanit und Kinder

nebst allen Hinterbliebenen.

Die Einäscherung findet am Sonnabend, dem

13. September, 15 Uhr, auf dem Südfriedhof statt.

Blumenpenden dankend abgelehnt.

### Dank.

Zurückgelebt vom Grabe unserer

lieben Entschlafenen, Frau

### Sidonieverw. Taubert

geb. Gräfe

lagen wir allen Verwandten, Be-

famten und Hausbewohnern

unseren herzlichsten Dank.

Leipzig W 32, Wigandstraße 52.

In tiefer Trauer

Ida verw. Fröhliche geb. Taubert

und Angehörige.

### Dr. Haymann

zurück.

### Zahnarzt Dr. Birkenruth

Brühl 25 Telephon 18770

zurück

## Verwenden Sie es beim nächsten Mal.



wenn Sie wieder Washtag haben. Sie werden hocherfreut sein, denn Dr. Thompson's Seifenpulver, Marke Schwan, ist tatsächlich vorzüglich für alle Wäsche, für alle Abseifarbeiten in Küche und Haus. Der hohe Seifengehalt verleiht ihm eine ganz besondere Wasch- und Reinigungskraft.

### D. Thompson's Seifenpulver

ist wirklich gut, ist ausgiebig und sparsam im Gebrauch — das ist das Urteil seit fünfzig Jahren.

Zum Bleichen und Käpfchen des Wäsche Seifex. Paket 15 Pfg.

## Amtliche Bekanntmachungen

**Maul- und Klauenpest** ist in Dresden, Leipziger Str. ausgebrochen, Gemäß § 161 ff. der Bundesanordnungen zum Reichsviereichsgesetz vom 7.12.1911 werden der Ortsteil Altdösen als Sperrbezirk und die Ortsteile Leubnitz, Döbeln, König, Neusdorf, Markleeberg und Wachau als Beobachtungsgebiet bestimmt. Rat der Stadt und Amtshauptmannschaft Leipzig, am 10. September 1930.

Infolge Ausbruches der Maul- und Klauenpest ist in Leipzig-Schönau Nr. 8 hat der Rat der Stadt Leipzig mit Bekanntmachung vom 8. September den Ortsteil Leipzig-Schönau zum Sperrgebiet erklärt. Im Anschluß hieran werden bestimmt: 1. Die Gemeinde Altmarsdorf, Großmiltitz, Kleinmiltitz und Lausen als Beobachtungsgebiet, 2. der Amtsgerichtsbezirk Markranstädt als Schutzzone. Leipzig, am 10. September 1930. Die Amtshauptmannschaft.

# FEUILLETON

## Leipziger Volkszeitung

DONNERSTAG, 11. SEPTEMBER 1930

### Wähler Zirrgiebel

Von Robert Größsch.

Aus dem kurz vor dem Kriege in der Vorwärts-Buchhandlung erschienenen Novellenbandchen „Verstrobenes Volk“ eine immer wieder aktuelle Geschichte zur Reichstagswahl.

Er wußte: ich bin ein lächerlicher Schneider; Meine Jinske mag keinen anderen. Er wußte weiter: meine beiden Nachbarn sind allein tote Leute; sie frielen ohne mich keinen gesiegten Staat zusammen. Aber vierzig Jahre war er alt geworden, ehe er gewahlt, daß sich außerdem noch andere Leute um ihn rissen.

Eines Morgens — die Sonne schien golden auf seinen Hockplatz — war er noch der einfache Alexander Zirrgiebel. Ein wunderer Schneider; ein zuverlässiger Statistiker. Nichts mehr, nichts weniger. Doch bereits arbeiteten um ihn her unsichtbare Mächte, die ihn zu einem dritten Bewußtsein erwecken sollten. Als er, wie immer früh gegen 8 Uhr, mit leerem Wasserkrug der Gossen des Korridors zulief, fiel ihm aus dem Spalt der Wohnungstür ein Papier vor die Füße. Zirrgiebel stieg, in all seinem Wollen auf jene Gossen konzentriert, über das Papier hinweg.

Er lehnte mit vollem Krug wieder, und zwischen Tür und Angel fiel abermals ein Papier nieder. Große Buchstaben schrien zu Zirrgiebel auf: „Wähler! Wer den Fortschritt will...“ Zirrgiebel schlurzte gleichgültig weiter.

Um Mittag schreckte ihn die Klingel vom Arbeitsplatz hoch; es rätselte in der Gegend der Türkspalte. Zirrgiebel öffnete, ein Papier flatterte zu Boden und wieder schrien Buchstaben hinauf: „Auf zum Kampf gegen...“

Am Abend stotterte Klopfen an der Tür, Rascheln, abgehende Tritte. Die Schneiderfaust öffnete wiederum. Diesmal gehämmerte ein Zettel am Boden: „Bürger! Wählt nur Männer, die...“

Vier schreiende Zettel an einem Tage! Zirrgiebel stützte allmöglich. Es ging um ihn herum Bedeutendes vor, zweifellos. Er hob die Zettel vom Boden hoch, stieg auf seinen Stuhl, ließ die Brille zur Rosenpfeife rutschen und las. Im Lesen glättete sich seine Stirn, befreiender Stolz breitete sich auf der blauen Fläche aus. Auffällig breit legte er Zettel um Zettel auf den Tisch. Sie, die Frau Zirrgiebel, die sollte sehen, wie man sich um ihren Mann stützt. Jawohl! stift! Es sei doch ein aufrechter Mann, sagte das Blatt, darum müsse er den Stadtverordneten Müller wählen, den Sozialdemokraten. Nicht doch, behaupteten das zweite und dritte Blatt, gerade ein aufrechter Mann könne nur den national-liberalen Dr. Lehmann wählen. Ganz im Gegenteil, erklärte das vierte Blatt, ein aufrechter Mann sei vor allem ein patriotischer Mann, und der möge die Sache überdenken, wie er wolle — er könne seine Stimme nur dem konservativen Kammerherrn Dr. von Meyer geben.

Zirrgiebel saß mit gestreuten Türklenbeinen auf seinem Platz. So hockte er arbeitend immer; nur der Kopf saß etwas anders denn sonst, etwas sehr vorgeneigt. Zirrgiebel dachte! Warum die da draußen gerade ihn brauchten, den Schneider Zirrgiebel! Sein Kopf hob sich; das machte der Stolz. Seine Stirn war geschrifft; das machte die neugierige Nachbarschaft.

Als er am Abend mit surzen Schneidererschritten die Straße hin zum Skatclub eilte, war sein Kopf außergewöhnlich hoch ausgerichtet. Also sah er Dinge, an denen er sonst mit hängendem Kopf vorbeigelaufen war. In den Plakatsäulen schrien zielhafte Buchstaben: „Wähler! Auf in die Versammlung! Es gilt eine Aussprache, eine Abrechnung!“

Zirrgiebel ging schnell und zierlich. Stadtverordneter Müller, Dr. Lehmann, Kammerherr Dr. von Meyer — solche Herren luden den Zirrgiebel zu einer „Aussprache“ ein.

Einen Abend später lag Zirrgiebel mit übereinander gelegten Beinen in der Versammlung. Der Glanz des Stolzes und banger Neugierde lag auf den Schneiderschläfen und verlor sich im Kinnbart. Zu dieser Feiermiete kamen im Laufe des Abends einige Stirnsäften. Zirrgiebel dachte wieder.

Ein „vielleicht denn?“ lag ihm schwer auf der Zunge, als er, vom verjammerten Wählerhaufen losgelöst, einsam heimwärts schrie. Ob schließlich doch Dr. Lehmann recht hatte? Der Zirrgiebel müßte noch viel mehr Steuern zahlen, wären die Nationalliberalen nicht gewesen. Überhaupt lähe es ohne die in vieler Beziehung traumhaft aus. So hatte Dr. Lehmann von der Rednertribüne herab versichert. Aber gleich war der Kammerherr Dr. von Meyer aufgestanden und nach seiner Rede war alles grad umgedreht. Immer hatten die Konservativen Zirrgiebels Rechte gewahrt, auch wenn's der Partei des Herrn Lehmann nicht recht gepaßt hatte. Dann kam der Stadtverordnete Müller zum Worte und gleich schaute die Wahrheit wieder anders aus. Was die beiden ersten gefagt, war alles nichts, falsch, verdreht; sie beide waren Zirrgiebels Feinde. Manchmal im Parlament war's mit Zirrgiebels Rechten beinahe aus gewesen, aber da war der Sozialdemokrat zur rechten Zeit dazwischen gesfahren....

Wie denn nun eigentlich?

Zirrgiebel las die Flugblätter der nächsten Tage mit seltener Aufmerksamkeit, aber im Kopfe blieb ihm derselbe Wirrwarr: Dr. Lehmann wollte den Zirrgiebel vor Dr. von Meyer schützen; Dr. von Meyer wollte aufpassen, daß Zirrgiebel nicht von der Partei des Herrn Lehmann geschädigt würde; Stadtverordneter Müller aber wollte den Lehmann und den Meyer abwehren, weil's sonst mit Zirrgiebel aus sei.

Zirrgiebel strakte sich verärgert am Hinterkopf. Warum mußte er sich aber auch um den Quark kümmern? Dann zog der Stolz über sein Gesicht: solche Herren — Dr. Lehmann, Dr. von Meyer, Stadtverordneter Müller — die zankten sich um ihn, den Zirrgiebel!

Und er legte die Zettel so, daß sie seine Frau nicht aus dem Gesicht bekam. Überhaupt sie das Papierzeug zu gleichgültig, dann ließ er plötzlich die Nadel sinken und wies nach dem Tische: „Was ich noch sagen wollte: heb die Zettel gut auf. Stadtverordneter Müller, wehe, von dem immer so viel erzählt wird, der hat mir die Zettel geklaut.“

Oder er schob die Brille auf die Nase und bat: „Gib mir doch mal die Zettel dort vom Tische... Nee, nee, nich den von Doktor Lehmann. Über so hört doch: den gelben, den mit Herr Kammerherr Professor Doktor von Meyer hergeschickt hat.“

Den „Professor“ lag er zum Kammerherrn, rückte den trümmern Rüden gerade und zückte die Nadel witzig-gierig.

So wichtig-zierlich führte er sein Werkzeug auch am Tage der Wahl. Morgens schon hing ein Zettel in der Türkspalte. Fette Buchstaben sprachen zu Zirrgiebel: „Wer den Zug der Zeit versteht, der wählt sofort Herrn...“

Aber was ein lächerlicher Schneider ist, der macht erst Herrn Jinske seine Hosen fertig. So sagte sich Schneider Zirrgiebel. Überhaupt: wen sollte er heute eigentlich wählen? Dr. Lehmann warnte immer noch vor Dr. von Meyer und Stadtverordneter Müller vor beiden. Allerdings, gefährlich schien er, der Kammerherr Dr. von Meyer. Der wollte wirklich noch mehr Steuern von Zirrgiebel. Und weniger Rechte. Wenn's nach dem Zirrgiebel gegangen wäre, dann hätte der Obermeister der Schneiderinnung, der Martin Zimbart — der hätte ins Parlament gemusst. Mehr Rechte für die Schneider — das war's, was not tat.

Zirrgiebels Nadel zitterte leise, als seine Frau um Mittag wieder Zettel aus der Türkspalte zog. „Na ja, vom Kammerherrn Professor Dr. von Meyer,“ flang's aus der Schneiderkelle, „ach nee, 's is von Doktor Lehmann.“ Und Zirrgiebels trümmeres Kreuz

streckte sich in stolzem Selbstbewußtsein. „Stadtverordneter Müller bettelt mich, Doktor Lehmann bettelt mich, Kammerherr Doktor von Meyer bettelt mich! Ja du lieber Himmel, alle kann ich nich wählen...“

Es schlug 3 Uhr. Zirrgiebel vibrierte. „Der aufrechte Mann wählt sofort Herrn...“ So schrie ein Zettel vom Tische her.

Es schlug 4 Uhr. Die Schneiderfaust hästete. Überhaupt: wen wählt? Kammerherr Doktor von Meyer war sicher ein Schlimmer...

Es schlug 5 Uhr. Von der Schneiderstirne troff der Schweif. Ob man den Doktor Lehmann wählen sollte? Der Kammerherr Dr. von Meyer war sicher ein Schlimmer...

Es schlug 6 Uhr... Gott sei Dank! Zirrgiebel atmete auf.

Er war über die Geschichte hinweg. Wenn er gleich wollte — er konnte nicht mehr wählen. Seine Schuld war's wirklich nicht, daß um 6 Uhr die Wahl geschlossen wurde! Er hätte gern gewählt, zum Beispiel den Doktor Lehmann, oder den Stadtverordneten Müller, der den Zirrgiebel von vielen Steuern befreien wollte! Aber wenn um 6 Uhr eben schon...

Die Glocke schrillte mürkisch. Aha, der Meister Jinske. Zirrgiebel sprang vom Hockplatz auf, Jinske Hose in der Hand. Er öffnete die Tür; eine Vase wurde flüssig, über die zwei Schnüsse ließen; dann ein gelüsteter Zylinderhut, ein Pelzmantel, Lackchuhe. Schließlich schnarrte sogar eine Stimme: „Habe ich die Ehre, Herrn Zirrgiebel...“

Zirrgiebel diente weiter. Seine Augen kommen vom Pelz und Zylinder nicht los, während die fremde Stimme weiter schnarrt: „Der Wahlauschluß des Herrn Kammerherrn Dr. von Meyer gestaltet sich Ihnen ein Automobil zur Verfügung zu stellen, sonst kommen Sie nicht mehr rechtzeitig zur Wahl. Wie? Umziehen? Aber Herr Zirrgiebel, es handelt sich ja für Sie nur darum, diesen Zettel abzugeben! Sie sind doch ein nationaler Mann!“

Und schon steht in Zirrgiebels Hand ein Zettel mit dem Aufdruck: Kammerherr Dr. von Meyer. Dann wird er fortgeschleppt; von einem Herrn in Pelz und Zylinder — er, der Schneider Zirrgiebel, ins Automobil des Herrn Kammerherrn Dr. von Meyer hinein. Zögernd nur trippelt er von dannen — seine Frau soll den kleinen Transport sehen: den Mann mit den Schnüsen, den Pelz, den Zylinder. Und Zirrgiebels Augen kommen minutenlang nicht von den Lackchuhen seines Transporteurs los. Im Kopfe aber freist der Gedanke: überhaupt, wer einen einfachen Schneider im Automobil fahren läßt, der wird im Parlament nichts Schlechtes gegen ihn machen...

So ging Schneider Zirrgiebel das erstmal zur Urne und wählte den, der ihn holen ließ...

### Der Bonapartismus

Die Diktatur des Neffen.

In der großen französischen Revolution des 18. Jahrhunderts erwuchs, wie wir gesehen haben (vgl. das Feuilleton vom 3. und 4. September), die Diktatur des ersten Napoleon, aus der Notwendigkeit, den bürgerlich-bäuerlichen Inhalt der Revolution gegen den drohenden Royalismus, den überholten Jacobinismus und ein schwaches Parlament durch die Aufrichtung einer starken Staatsgewalt nach innen und außen sicherzustellen.

Die Februarrevolution des Jahres 1848 bedeutete die Rückkehr zur ersten französischen Republik in der großen Revolution und die Liquidation der Restauration, die nur durch die Intervention der heiligen Allianz 1852 wieder in Frankreich Fuß fassen konnte.

Wieder waren es die Arbeiter der Pariser Vorstädte, die alles mit sich rissen und die Aufrichtung der Republik durchsetzen, als deren Symbol sie die rote Fahne proklamierten. Man einigte sich auf die Anbringung einer roten Rose am Fahnenstiel der Tricolore. Damit kam zum Ausdruck, daß die „rote Revolution“ zwar ein atelles, aber doch ein untergeordnetes Moment der bürgerlichen Revolution und der Republik war.

Zum ersten Male waren in einer Regierung Arbeiter vertreten und wurde von der provvisorischen Regierung die Arbeiterfrage als eine offizielle aus der Tagesordnung gezeigt.

Der 10-Stunden-Tag in Paris und der 11-Stunden-Tag in der Provinz wurden verkündet, was sogar gegenüber dem industriellen England, in dem er nur für Frauen und Kinder galt, einen Fortschritt bedeutete. In den sogenannten Nationalwerksätzen suchte man die Arbeiter zu beschäftigen, die infolge der Krise in der Pariser Lugusindustrie auf dem Pfosten lagen. Man brachte es aber doch nur zu einer neuen Notstandsaktion, zu einer Art unproduktiven Erwerbslosenfürsorge. Louis Blanc protestierte gegen die Entstaltung seiner Idee in den Nationalwerksätzen, die das Proletariat in ein parasitäres Lumpenproletariat verwandeln mußten, es, soweit es ethisch revolutionär war, in ausichtslose Aktionen fürzte und zum anderen Teile in der Mobilgarde in ein willküriges Werkzeug der militärischen Gegenrevolution verwandelten. Später hat Lafitte den Gedanken der Nationalwerksätzen in seinen Produktionsassoziationen mit Staatskredit aufgenommen.

Die Wahlen nach dem gleichen, allgemeinen und geheimen Stimmrecht, die der radikale Flügel der Revolutionstradition bis zur gründlichen „Auflösung“ des Volkes in der Provinz hinausziehen wollte, ergaben eine große bürgerliche Mehrheit.

Es kam zur Auseinandersetzung mit den Pariser Arbeitern, als die Schließung der Nationalwerksätzen verfügt wurde. In der gigantischen Jungschlucht, an der 40 bis 50 000 Arbeiter teilnahmen, und die eine ganze Woche dauerle, wurde unter dem Befehl des Generals Cavaignac blutig gewaltsam entschieden, daß die Revolution wieder nur einen bürgerlich-bäuerlichen Inhalt hatte.

Die Arbeiter standen der radikal-revolutionären Diktatur des ersten Napoleon gegenüber. In der Provinz wurde die Diktatur des ersten Napoleon durch die Auflösung der Nationalwerksätzen, die den Arbeitern die Möglichkeit der Arbeit entzog, und durch die Verhinderung der Versammlungen, die den Arbeitern die Möglichkeit der Versammlungen entzog.

Die Diktatur des ersten Napoleon war eine Diktatur der Bourgeoisie, die der radikale Flügel der Revolutionstradition bis zur gründlichen „Auflösung“ des Volkes in der Provinz hinausziehen wollte, ergab eine große bürgerliche Mehrheit.

Die Diktatur des ersten Napoleon war eine Diktatur der Bourgeoisie, die der radikale Flügel der Revolutionstradition bis zur gründlichen „Auflösung“ des Volkes in der Provinz hinausziehen wollte, ergab eine große bürgerliche Mehrheit.

Die Diktatur des ersten Napoleon war eine Diktatur der Bourgeoisie, die der radikale Flügel der Revolutionstradition bis zur gründlichen „Auflösung“ des Volkes in der Provinz hinausziehen wollte, ergab eine große bürgerliche Mehrheit.

Die Diktatur des ersten Napoleon war eine Diktatur der Bourgeoisie, die der radikale Flügel der Revolutionstradition bis zur gründlichen „Auflösung“ des Volkes in der Provinz hinausziehen wollte, ergab eine große bürgerliche Mehrheit.

Die Diktatur des ersten Napoleon war eine Diktatur der Bourgeoisie, die der radikale Flügel der Revolutionstradition bis zur gründlichen „Auflösung“ des Volkes in der Provinz hinausziehen wollte, ergab eine große bürgerliche Mehrheit.

Die Diktatur des ersten Napoleon war eine Diktatur der Bourgeoisie, die der radikale Flügel der Revolutionstradition bis zur gründlichen „Auflösung“ des Volkes in der Provinz hinausziehen wollte, ergab eine große bürgerliche Mehrheit.

Die Diktatur des ersten Napoleon war eine Diktatur der Bourgeoisie, die der radikale Flügel der Revolutionstradition bis zur gründlichen „Auflösung“ des Volkes in der Provinz hinausziehen wollte, ergab eine große bürgerliche Mehrheit.

Die Diktatur des ersten Napoleon war eine Diktatur der Bourgeoisie, die der radikale Flügel der Revolutionstradition bis zur gründlichen „Auflösung“ des Volkes in der Provinz hinausziehen wollte, ergab eine große bürgerliche Mehrheit.

Die Diktatur des ersten Napoleon war eine Diktatur der Bourgeoisie, die der radikale Flügel der Revolutionstradition bis zur gründlichen „Auflösung“ des Volkes in der Provinz hinausziehen wollte, ergab eine große bürgerliche Mehrheit.

Die Diktatur des ersten Napoleon war eine Diktatur der Bourgeoisie, die der radikale Flügel der Revolutionstradition bis zur gründlichen „Auflösung“ des Volkes in der Provinz hinausziehen wollte, ergab eine große bürgerliche Mehrheit.

Die Diktatur des ersten Napoleon war eine Diktatur der Bourgeoisie, die der radikale Flügel der Revolutionstradition bis zur gründlichen „Auflösung“ des Volkes in der Provinz hinausziehen wollte, ergab eine große bürgerliche Mehrheit.

Die Diktatur des ersten Napoleon war eine Diktatur der Bourgeoisie, die der radikale Flügel der Revolutionstradition bis zur gründlichen „Auflösung“ des Volkes in der Provinz hinausziehen wollte, ergab eine große bürgerliche Mehrheit.

Die Diktatur des ersten Napoleon war eine Diktatur der Bourgeoisie, die der radikale Flügel der Revolutionstradition bis zur gründlichen „Auflösung“ des Volkes in der Provinz hinausziehen wollte, ergab eine große bürgerliche Mehrheit.

Die Diktatur des ersten Napoleon war eine Diktatur der Bourgeoisie, die der radikale Flügel der Revolutionstradition bis zur gründlichen „Auflösung“ des Volkes in der Provinz hinausziehen wollte, ergab eine große bürgerliche Mehrheit.

Die Diktatur des ersten Napoleon war eine Diktatur der Bourgeoisie, die der radikale Flügel der Revolutionstradition bis zur gründlichen „Auflösung“ des Volkes in der Provinz hinausziehen wollte, ergab eine große bürgerliche Mehrheit.

Die Diktatur des ersten Napoleon war eine Diktatur der Bourgeoisie, die der radikale Flügel der Revolutionstradition bis zur gründlichen „Auflösung“ des Volkes in der Provinz hinausziehen wollte, ergab eine große bürgerliche Mehrheit.

Die Diktatur des ersten Napoleon war eine Diktatur der Bourgeoisie, die der radikale Flügel der Revolutionstradition bis zur gründlichen „Auflösung“ des Volkes in der Provinz hinausziehen wollte, ergab eine große bürgerliche Mehrheit.

Die Diktatur des ersten Napoleon war eine Diktatur der Bourgeoisie, die der radikale Flügel der Revolutionstradition bis zur gründlichen „Auflösung“ des Volkes in der Provinz hinausziehen wollte, ergab eine große bürgerliche Mehrheit.

Die Diktatur des ersten Napoleon war eine Diktatur der Bourgeoisie, die der radikale Flügel der Revolutionstradition bis zur gründlichen „Auflösung“ des Volkes in der Provinz hinausziehen wollte, ergab eine große bürgerliche Mehrheit.

Die Diktatur des ersten Napoleon war eine Diktatur der Bourgeoisie, die der radikale Flügel der Revolutionstradition bis zur gründlichen „Auflösung“ des Volkes in der Provinz hinausziehen wollte, ergab eine große bürgerliche Mehrheit.

Die Diktatur des ersten Napoleon war eine Diktatur der Bourgeoisie, die der radikale Flügel der Revolutionstradition bis zur gründlichen „Auflösung“ des Volkes in der Provinz hinausziehen wollte, ergab eine große bürgerliche Mehrheit.

Die Diktatur des ersten Napoleon war eine Diktatur der Bourgeoisie, die der radikale Flügel der Revolutionstradition bis zur gründlichen „Auflösung“ des Volkes in der Provinz hinausziehen wollte, ergab eine große bürgerliche Mehrheit.

Die Diktatur des ersten Napoleon war eine Diktatur der Bourgeoisie, die der radikale Flügel der Revolutionstradition bis zur gründlichen „Auflösung“ des Volkes in der Provinz hinausziehen wollte, ergab eine große bürgerliche Mehrheit.

Die Diktatur des ersten Napoleon war eine Diktatur der Bourgeoisie, die der radikale Flügel der Revolutionstradition bis zur gründlichen „Auflösung“ des Volkes in der Provinz hinausziehen wollte, ergab eine große bürgerliche Mehrheit.

Die Diktatur des ersten Napoleon war eine Diktatur der Bourgeoisie, die der radikale Flügel der Revolutionstradition bis zur gründlichen „Auflösung“ des Volkes in der Provinz hinausziehen wollte, ergab eine große bürgerliche Mehrheit.

</div